VERGEBLICHE WARNUNGEN

VON

ALEXANDER PRINZ ZU HOHENLOHE

MUSARION VERLAG MÜNCHEN

DIE SOZIALE REVOLUTION
Politische Bibliothek

VERGEBLICHE WARNUNGEN

VON

ALEXANDER PRINZ ZU HOHENLOHE

Immer wieder kann man Stimmen aus Deutschland hören, welche **die Schuld am Zusammenbruch** ganz wo anders suchen als da, wo sie wirklich liegt, und welche sich nicht scheuen, **die Verantwortung für den Zusammenbruch** denen zuzuschieben, die ihre **warnende Stimme** erhoben und zu einer **vernünftigen Verständigung** rieten, als es **noch Zeit** und **noch ein Fünkchen von Hoffnung und Aussicht** dafür vorhanden war. **Wenn diese Stimmen auch heute noch ertönen, dann zeigt das, daß die Revolution noch lange nicht genügend für Aufklärung gesorgt hat** und daß **die Verwirrung der Geister noch ebenso groß, die Kenntnis der wahren Vorgänge beim Ausbruch des Krieges und während seines Verlaufes noch ebenso gering in Deutschland ist, wie vor der Revolution.** Deshalb ist **alles nützlich, was dieser Aufklärung dienen kann,** und deshalb ist es so **wichtig,** daß **das deutsche Volk in seiner Gesamtheit die ganze objektive Wahrheit über die Tatsachen des Kriegsausbruches und der deutschen Kriegführung erfährt.** Aufzuklären, zur Einkehr zu mahnen – diesen Zwecken dient das Buch des Prinzen Hohenlohe, dem sich durch seine **zahlreichen engen Beziehungen zu den leitenden Kreisen des Auslandes,** welche er während seines ganzen Lebens unterhalten hat, wie kaum einem anderen die **geheimsten Fäden zeigen und entwirren mußten.**

MUSARION VERLAG MÜNCHEN

DIE SOZIALE REVOLUTION
POLITISCHE BIBLIOTHEK

HOHENLOHE / VERGEBLICHE WARNUNGEN
1.—3. TAUSEND

VERGEBLICHE WARNUNGEN

VON

ALEXANDER PRINZ ZU HOHENLOHE

1919

MUSARION VERLAG MÜNCHEN

M. W. WIEDMANN U. VON GUENTHER
MÜNCHEN, KÖNIGINSTR. 15

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung.

Die Aufsätze, welche in der vorliegenden Sammlung vereinigt sind, wurden in den letzten drei Kriegsjahren geschrieben und sind in verschiedenen Zeitungen erschienen. Wenn ich sie heute, dem Wunsche einiger Freunde und Gesinnungsgenossen entsprechend, noch einmal gesammelt veröffentliche, so geschieht es gewiß nicht aus Schadenfreude oder um diejenigen zu beschämen, von denen ich zur Zeit, als diese Artikel zuerst erschienen, bitteren Tadel, ja selbst schnöde Beschimpfungen erfahren mußte. Die Ereignisse haben diese Aufgabe schon gründlich genug übernommen; und so widerwärtig und empörend es war, mit ansehen zu müssen, wie die, welche sich anmaßten, die Vaterlandsliebe für sich allein gepachtet zu haben, das deutsche Volk aus selbstsüchtigen Interessen jahrelang hintergangen und betrogen haben, und jeden, der nur den leisesten Versuch machte, ihm die Wahrheit über die Lage zu sagen, als einen Vaterlandsfeind, einen Landesverräter oder einen Narren hinstellten, — noch widerlicher ist es, zu sehen, wie nunmehr, wo die Götzen, die sie angebetet haben, im Staube liegen oder, besser gesagt, die Machthaber, von deren Gunst und Gnade sie lebten, ihre Macht verloren haben, diese selben Menschen sich beeilen, in das Lager des neuen Regimes überzusiedeln und mit einer Geschwindigkeit ihre Haut und ihre Farbe wechseln, wie es nicht einmal ein Chamäleon fertig bringen würde. Doch es lohnt sich nicht, über diese jämmerlichen, verächtlichen Gesellen noch ein Wort zu verlieren. Die Tragik dessen, was sich vor unseren Augen in Deutschland vollzieht, ist zu groß; und für denjenigen Deutschen, der zu der kleinen Zahl seiner Landsleute gehört, die das Unheil, welches nun über das deutsche Volk hereingebrochen ist, schon seit Jahren haben kommen sehen und doch nicht haben verhindern können, ist die Tragik doppelt groß. —

Wie der Nachtwandler, der aus seinem Traum am Rande eines hoch abstürzenden Daches erwacht, so erwachte das deutsche Volk

am Rande des Abgrundes, an den es wie eine blinde Herde von gewissenlosen, machtgierigen Führern gebracht worden war; das System, das nun endlich zusammengestürzt ist wie ein Kartenhaus, hatte sich schon längst überlebt. Wenn es noch so erstaunlich lange gehalten und leider noch so viel Zeit gehabt hat, so entsetzlich viel Unheil in der Welt anzurichten, so läßt sich das nur durch die beinahe unbegreifliche Langmut und den Mangel an politischem Sinn im deutschen Volk erklären. In dem halben Jahrhundert Bismarckschen Regimes hatte sich das deutsche Volk allmählich das politische Denken abgewöhnt. Die beispiellosen Erfolge des großen Staatsmanns, welche dem deutschen Volk die langersehnte politische Einheit gebracht hatten, — es ahnte damals nicht, daß die Größe eines Reiches nicht immer das Glück seiner Bewohner mit sich bringen muß und daß es die Machtpolitik seines großen Kanzlers dereinst so teuer werde bezahlen müssen, — hatten die Deutschen daran gewöhnt, das politische Denken ihm allein zu überlassen. Der deutsche Bürger, wenn er, bei seinem Biere sitzend, in seinem Blättchen irgendeinen das Deutsche Reich berührenden Zwischenfall der inneren oder äußeren Politik las, pflegte sich zu sagen: „Unser Bismarck wird das schon wieder in Ordnung bringen, lassen wir ihn nur machen, er versteht es ja doch besser" — und bestellte ein zweites Krügl Bier. Dann ging er heim und überließ es „seinem Bismarck" in schlaflosen Nächten, die, wie er einmal zu Schouwalow gesagt hat, der „cauchemar des coalitions" ihm jahrelang bereitete, die komplizierte Politik von Bündnis- und Rückversicherungsverträgen sich auszudenken, mit denen der große Staatsmann durch Jahrzehnte das Gleichgewicht und den Frieden Europas aufrecht erhalten und Deutschland vor einem Kriege nach mehreren Fronten, dessen große Gefahr er erkannte, behütet hat. Es ist nicht richtig, daß Bismarck 1875 den Krieg gegen Frankreich beabsichtigt hat, wie eine schwer zu entwurzelnde Legende immer wieder behauptet hat. Damals wie 1914 war es eine militärische Hof- und Kriegspartei, welche einen Präventivkrieg wollte, und die Eitelkeit des alten Gortschakow*, der sich in der Rolle des Retters Frankreichs gefallen wollte, war es, die diese Legende erfunden und propagiert hat. Ich weiß das aus dem eigenen Munde meines Vaters, der zu jener Zeit deutscher Botschafter in Paris war, und besser wie irgendeiner der damaligen deutschen Diplomaten in die Absichten und Pläne

---

* Damals russischer Reichskanzler und Minister des Auswärtigen.

des Fürsten Bismarck, der volles Vertrauen in ihn hatte, eingeweiht war. Erst der alternde Bismarck, der in den letzten Jahren seines Regimes mehr als es gut war, die Leitung der Geschäfte des Auswärtigen Amts seinem Sohne Herbert überließ, der die Brutalität, mit der sein Vater gelegentlich auftreten und handeln konnte, von diesem ererbt hatte, aber ohne sein Genie und seinen feinen diplomatischen Takt, steuerte, ohne es zu wollen, einem europäischen Kriege zu. Aber sein Werk stand trotzdem noch fest und hätte trotz den Fehlern der letzten Periode seines Regimes auch noch manchen Sturm überdauert; auch genoß Bismarck selbst in Europa noch ein, freilich drückend empfundenes, aber so unbestrittenes Ansehen, daß ein Stirnrunzeln von ihm noch immer mehr Eindruck machte als später alle tönenden großen Worte, die aus dem Munde seines letzten, aber nicht auf seinem Grabstein* erwähnten Herrn erschallten. Es bedurfte erst der 30 Jahre des Regimes Wilhelms II., um die Grundlagen des stolzen Baues zu unterminieren, den der große Kanzler errichtet und mit Blut und Eisen zusammengekittet und befestigt hatte. Erst dieses Regime hat die durch das Bismarcksche System begonnene Demoralisation des deutschen Volks, das unter ihm das selbständige Urteilen in der Politik verlernt hatte, vollendet. Es hat aus einem großen Teil des deutschen Bürgertums Byzantiner gemacht, die, in materiellem Wohlstand und Luxus ihre Befriedigung findend, geistig und moralisch von Jahr zu Jahr tiefer herabsanken und, statt die gefährliche Wirkung der sich unaufhörlich wiederholenden öffentlichen Reden und Handlungen des Herrschers zu erkennen und zu mißbilligen, es in der Kritik derselben nicht weiter brachten als bis zu einem leisen Kopfschütteln, wenn sie nicht, obgleich sie diese auch nicht immer ernst nahmen, sich sogar bis zu einem gewissen Grade an der, ihrer Meinung nach, darin enthaltenen „Schneidigkeit" erfreuten. Als dann diese Töne noch durch den Chor der inzwischen entstandenen alldeutschen Vereinsorganisationen begleitet und unterstützt und in ihrem Widerhall durch ein allmählich wohlgeschultes Orchester von Preßorganen und Rednern verstärkt wurden, da fing nach und nach das ganze Ausland an, aufmerksam zu werden. Natürlich wurde das von den Kriegstreibern, die es ja überall gab, benützt, um die Erregung zu vergrößern; endlich kam noch die Bülow-Holsteinsche auswärtige Politik, insbesondere die verhängnisvolle Marokkopolitik, hinzu, um

* „Ein treuer Diener Kaiser Wilhelms I.", so lautet die Inschrift auf Bismarcks Grab, seiner eigenen letztwilligen Verfügung entsprechend.

die Besorgnis des ganzen Auslandes, vor allem der Westmächte und ihrer Lenker zu erregen und die öffentliche Meinung zu reizen. Der Deutsche, der sich inzwischen aus einem „Biedermann", wie er früher war, zu einem „gerissenen" Geldverdiener und Geschäftemacher entwickelt hatte, fing wohl an, zu merken, daß sich in dem Verhältnis der Außenwelt zu ihm etwas verändert habe, aber er führte das nicht auf sich und sein Verhalten bzw. auf das Verhalten seines Herrschers zurück, das diese Veränderung durch ihr lautes, prahlerisches und aggressives Auftreten hervorgerufen hatte, sondern sah darin nur den Ausfluß des Neides des Auslandes auf seine großartige materielle Entwicklung, auf den berühmten „Aufschwung" seines Handels und seiner Industrie. So fing allmählich in seinem Hirn der Gedanke und die Furcht vor der „Einkreisung" Wurzel zu fassen an und geradezu zur fixen Idee zu werden, geradeso wie gleichzeitig in England die Besorgnis vor einem deutschen Überfall immer größer wurde, infolge der durch Tirpitz im Einvernehmen mit dem Kaiser betriebenen Vergrößerung der deutschen Flotte, welche in keinem Verhältnis zu den Bedürfnissen einer friedfertigen und friedfertig bleiben wollenden deutschen Politik stand und natürlich den Argwohn Englands erregen mußte. Dieser Argwohn verstärkte sich mehr und mehr, trotz verschiedener, wenig glücklicher Annäherungsversuche des Kaisers, die, wie das eine Gewohnheit seines sprunghaften, sich widersprechenden inkohärenten Vorgehens war, — immer wieder durch direkt entgegengesetzte Handlungen und Reden zunichte gemacht wurden, namentlich nach dem Scheitern der Mission Haldanes im Frühjahr 1913, welcher zu einer vernünftigen Verständigung über den Fortgang des beiderseitigen Flottenbaus nach Berlin gekommen war und schließlich als letzten Ausweg einen „holiday" von einem Jahr im Flottenbau, ein beiderseitiges Aussetzen großer Schiffsbauten während eines Jahrs, vorgeschlagen hatte. Dieser Vorschlag, wie alle anderen vernünftigen Vorschläge, durch die ganz bestimmt eine Entspannung in den Beziehungen Großbritanniens und Deutschlands herbeigeführt worden wäre, wurde durch den hartnäckigen, geradezu eigensinnigen Widerstand des Admirals Tirpitz zunichte gemacht, so daß Haldane traurig und verstimmt mit der Überzeugung nach London zurückkehrte, daß ein Krieg zwischen England und Deutschland in nicht ferner Zeit bevorstehe, und infolgedessen nunmehr alle Maßnahmen in aller Eile und mit großer Gewissenhaftigkeit, Energie und Sachkenntnis traf, um die englische Armee und insbesondere

den Generalstab so zu organisieren, daß sie allen Eventualitäten, wenigstens für die erste Zeit, beim Ausbruch eines europäischen Krieges gerecht werden konnten. Daß England so bald und so wirksam hat eingreifen können, um in der Schlacht an der Marne im September 1914 den Ausschlag zu geben, so daß der deutsche Ansturm auf Paris abgewehrt und zurückgeschlagen und dadurch eigentlich schon der Krieg entschieden wurde, das verdanken wir Tirpitz. Denn der Plan des deutschen Generalstabs mitsamt seiner Vergewaltigung des unglücklichen Belgiens, die uns so unermeßlichen moralischen Schaden gebracht hat, hatte ja gerade in einem schnellen Niederwerfen Frankreichs bestanden, welches ihm erlauben sollte, dann seine ganze Kraft auf die Vernichtung der russischen Heeresmassen zu verwenden. Die wirksame Unterstützung Frankreichs durch eine genügende englische Armee war eine Folge des Tirpitzschen Widerstandes bei allen Verständigungs-Vorschlägen Haldanes während der Berliner Verhandlungen. So hat sich schon gleich bei Anfang des Krieges der unheilvolle Einfluß dieses Mannes, und seiner Hintermänner auf die Politik des Kaisers und des damaligen Kanzlers in gefährlichster und schädlichster Weise fühlbar gemacht, und bei der Untersuchung über die Schuld und Verantwortung an dem Unheil, das durch diesen Krieg über das deutsche Volk gebracht worden ist, wird man an dieser Episode und den dabei beteiligten Persönlichkeiten nicht vorübergehen dürfen.

Die gegenwärtige Débâcle des preußisch-militärischen Regimes ist in diesen Tagen oft mit dem Zusammenbruch des ersten napoleonischen Kaiserreichs nach dem Brand von Moskau verglichen worden, oder mit Waterloo. Aber wenn ja auch bei Napoleon in der Tat der Zusammenbruch in dem Cäsarenwahn begründet war, der sich immer weitere Ziele steckte, bis sie über seine Macht hinausgingen, wenn auch seiner Weltherrschaft durch dasselbe England, das schon damals Herr der Weltmeere war, ein Ziel gesetzt worden ist, gerade wie die Träume der deutschen Eroberer durch die vereinigte Macht des englischen Imperiums und der Vereinigten Staaten von Amerika zunichte gemacht worden sind, so ist die Parallele damit zu Ende. Zwischen Napoleon I. und Ludendorff ist der eine große Unterschied: Ludendorff war vielleicht ein genialer Heerführer, das definitive Urteil über seine militärischen Fähigkeiten wird erst später gefällt werden können, wenn man einen vollständigen Einblick in manche Vorgänge bekommen haben wird, über die jetzt noch der Schleier des Geheimnisses schwebt; denn sein schließlicher

Mißerfolg allein kann das Urteil noch nicht bestimmen, ist doch das Kriegsglück wetterwendisch, und beweist doch die Geschichte, daß auch den größten Heerführern zeitweise Niederlagen nicht erspart blieben. Aber Napoleon war mehr als ein genialer Heerführer, er war ein Genie, das alle Gebiete des staatlichen Lebens in Krieg und Frieden umfaßte, und gleichzeitig war er der Vollstrecker einer großen Erbschaft, die Verkörperung der französischen Revolution. Wenn seine Machtgier, oder nennen wir es sein Cäsarenwahnsinn, seinem Volke und den Völkern Europas Berge von Leichen gekostet hat, wenn seine Heere ganz Europa bis ins Innere Rußlands überschwemmt haben und bis an die Pyramiden an den Ufern des Nils gelangt sind, so haben seine Armeen in den Falten ihrer Fahnen dem alternden Europa neue Ideen gebracht, die Ideen der französischen Revolution, und mit diesen nicht nur einen Umsturz aller bestehenden Verhältnisse, insbesondere in Deutschland, sondern auch einen Fortschritt in der Geschichte der Emanzipation der Völker. Ohne das Genie Napoleons ist das neue Frankreich, das neue Europa, nicht denkbar; und wenn auch sein Hauptwerk, oder vielmehr das, was er als sein Hauptwerk zu hinterlassen gedachte, das Kaisertum, mit der Niederlage seiner Armeen zugrunde ging, er hinterließ doch Werke, die noch heute seinen Ruhm verkünden. Wenn ihm das Volk von Frankreich trotz dem furchtbaren Aderlaß, den er ihm gekostet, bis heute eine dankbare Erinnerung bewahrt hat, und sein Grab fast zu einem Nationalheiligtum geworden ist, so hat dies nicht nur darin seinen Grund, daß das stolze französische Volk ihm für die Gloire dankbar ist, die er über Frankreich gebracht hat, sondern auch, weil es wohl weiß, daß es ohne sein Genie die Errungenschaften der großen Revolution nicht bewahrt hätte. Was aber hinterläßt Ludendorff, nachdem er beinahe fünf Jahre als ungekrönter Kaiser, dank den Machtbefugnissen, welche er sich unter dem bestehenden militärischen System hatte aneignen können, und durch einen rücksichts- und skrupellosen Gebrauch derselben über das durch Knebelung der Presse und Verhinderung jeder unabhängigen Meinungsäußerung mundtot gemachte deutsche Volk unumschränkt geherrscht hat? Ein durch die Hinmordung und Verstümmelung der Blüte seiner wehrfähigen männlichen Bevölkerung, durch Hunger und Krankheit entkräftetes, durch eine unerhörte Korruption demoralisiertes, finanziell ruiniertes, um ein Jahrhundert in seiner Entwicklung zurückgeworfenes Volk, belastet mit dem Fluch und Haß des größten Teils der zivilisierten Bewohner der Erde. „Herrlichen Tagen führe ich

Euch entgegen", so hieß es einst. Heute steht das deutsche Volk vor einem Scherbenhaufen; aber nicht nur in Elsaß-Lothringen, wie ein Abgeordneter neulich im Reichstag gesagt hat, sondern in ganz Deutschland. Alles, was der riesenhafte, das Staunen und den Neid der Welt erweckende Aufschwung der letzten 20 Jahre dem deutschen Volke an materiellen Gütern gebracht hatte, die Achtung gebietende Stellung, die es im Rate der Völker eingenommen hatte und ohne die Fehler seiner Lenker und das unverantwortliche Treiben einer Bande von machtgierigen Kapitalisten und nach Kriegsruhm und -gewinn lüsternen Militärs, denen es gelungen war, selbst die Dynastie ihren Plänen geneigt zu machen, auch noch weiter hätte einnehmen können, — alles ist dahin. Im Privatleben kommt es vor, daß ein Vater ein großes Vermögen ansammelt und sich eine angesehene Stellung gründet, daß aber dann ein Sohn oder Enkel leichtsinnig in wenigen Jahren das väterliche Erbe an materiellem Gut und moralischem Ansehen verschwendet, geradeso war es hier. Warum ist es so weit gekommen? Liegt die Schuld allein nur an den Männern, die an der Spitze standen, an den Lenkern des deutschen Volkes, den militärischen wie den politischen?

Nein, so groß ihre Schuld und ihre Verantwortung ist, es wäre ungerecht, zu sagen, daß sie allein schuldig sind. Ein großer Teil der Schuld fällt auch dem deutschen Volke selbst zur Last.

Jetzt, wo das alte System zusammengebrochen ist, wo Ludendorff nicht mehr Diktator ist, jetzt bekommen auf einmal eine Menge Leute Mut, die sich früher ängstlich verkrochen und vor den Machthabern gebeugt haben. Wäre die Katastrophe über uns gekommen, wenn diese selben Leute beizeiten den moralischen Mut aufgebracht hätten, offen und rücksichtslos ihre Meinung zu sagen? Gewiß nicht. Es gab im Verlauf dieses Krieges manche Augenblicke, wo es noch ganz gut möglich gewesen wäre, das Unheil, das jetzt eingetreten ist, zu verhüten; das kann der Leser aus den vorliegenden Aufsätzen ersehen. Aber keiner von den Verantwortlichen brachte die dazu nötige Dosis von „Zivilcourage" auf, wie es Bismarck einst nannte; und die wenigen Stimmen aus der Mitte des Volkes, die sich warnend zu erheben versuchten, wurden bald erstickt. Die Volksvertretung aber, mit Ausnahme der äußersten Linken, versagte vollständig. Erklären, nicht entschuldigen, läßt sich diese Handlungsweise nur damit, daß der Glaube an die Unfehlbarkeit des Urteils der hohen Militärs, insbesondere des

preußischen Großen Generalstabs, seit den Erfolgen Moltkes und Roons im Jahre 70 sich im deutschen Volke derartig fest eingewurzelt hatte, wie der Glaube an die päpstliche Unfehlbarkeit im Gemüte eines strenggläubigen Katholiken, der seine bessere Überzeugung blind dem vatikanischen Dogma unterwirft. Ebenso hatten es die dabei interessierten Kreise, insbesondere der alldeutsche Teil der deutschen Schwerindustrie durch eine skrupellose, schon seit mehreren Jahren vor dem Kriege begonnene Agitation verstanden, den Glauben in die Unfehlbarkeit der in Betracht kommenden leitenden Personen der deutschen Marine im Volke fest zu verankern, insbesondere des Staatssekretärs von Tirpitz, der ein Niederzwingen der britischen Seemacht in bestimmter Frist in Aussicht gestellt hatte!

Das deutsche Volk hat in diesen Kriegsjahren Heldentaten vollbracht und Unerhörtes geleistet, im Felde wie im Heimatland, aber geerntet hat es nur Haß und Verachtung. Warum? Weil man draußen nicht verstand, und zwar schon vor dem Kriege, wie ein Volk wie das deutsche, das doch sonst so große Eigenschaften besaß, auf so vielen Gebieten so tüchtig war, sich eine solche Regierung, und — sagen wir es offen — einen solchen Herrscher so lange gefallen lassen konnte. Darin, und nur darin ganz allein ist es begründet, wenn das deutsche Volk bei, man kann leider sagen, allen zivilisierten Völkern der Erde so wenig Sympathie, Achtung und Vertrauen mehr genießt. Ja, zu seinem bitteren Schmerz und Staunen muß das deutsche Volk erkennen, daß bei der Nachricht von dem deutschen Zusammenbruch überall ein Gefühl, wir wollen nicht sagen der Freude herrscht, aber der Erleichterung, daß alle Welt den berühmten Ausruf „Ouf" wiederholen möchte, den Napoleon I. einst für den Augenblick vorausgesagt hat, wo die Welt seinen Tod erfahren würde. Und warum ist dem so? Weil alle Welt einen Sieg der Deutschen fürchtete, weil jeder wußte, daß dann der Welt ein Regime gedroht hätte, das zwar die Deutschen jahrzehntelang mit Lammsgeduld ertragen haben, das aber kein anderes Volk ertragen hätte, das Regime der berühmten deutschen Organisation, des bis ins Extrem getriebenen preußischen kategorischen Imperativs der Pflicht, der völligen Unterordnung des Individuums unter den Staat und seine militärische und zivile Bureaukratie, des Verlustes jeglicher Unabhängigkeit des einzelnen, der Zwangsarbeit im Dienste einer nicht rastenden Gewinnsucht, kurz ein Regime, bei dem das Leben jeden Reiz verliert und das allen Völkern im

voraus in tiefster Seele verhaßt und unerträglich schien. Daß das deutsche Volk ein solches Regime nicht nur so lange ertragen hat, sondern sogar noch sich dessen gerühmt hat und es auch den andern Völkern aufoktroyieren wollte, das war es, was alle die Gegner gegen uns zusammenführte, das war es, was sie bis aufs äußerste bekämpft haben. Erst wenn die Deutschen zu dieser Erkenntnis gekommen sein werden, wird es ihnen klar werden, wie sie das Vertrauen der Welt wiedergewinnen können, nämlich durch ein völliges Abwenden von dem bisherigen Wege und von dem Geist, der sie bisher beherrscht hat. Denn das deutsche Volk wird noch einen schweren Kampf siegreich zu bestehen haben, noch über den gegenwärtigen Krieg hinaus, vielleicht schwerer als der, in dem es mit der Waffe in der Hand fast fünf Jahre heldenmütig ausgehalten hat, den Kampf gegen das Mißtrauen, das jetzt die ganze Welt gegen alles, was deutsch ist, beherrscht. In weiten Kreisen Deutschlands, fürchte ich, hat man sich bis heute noch immer keine rechte Vorstellung davon gemacht, wie tief, wie nachhaltig und wie nachteilig gewisse Taten und Maßnahmen der deutschen Kriegführung und Politik in der außerdeutschen Welt gewirkt haben, und zwar vom ersten Tage des Krieges an. Ich erinnere nur an das Schicksal Belgiens und seine weitere Behandlung im Verlaufe des Krieges, an die Vorgänge, die zum Bruch mit den Vereinigten Staaten von Amerika geführt haben, an die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest usw. Aber so eingewurzelt war in Deutschland das Bismarcksche Prinzip der Macht- und Gewaltpolitik, der sogenannten „Realpolitik", und der Gedanke, daß mit der Politik des Staates die Moral nichts zu tun habe, die nur für die Individuen im Privatleben gelte, daß solche moralische Erwägungen kaum bei jemandem der maßgebenden Personen, noch auch bei der großen Mehrheit des deutschen Volkes, in Betracht kamen; oder, wenn das der Fall war, sofort beiseite geschoben wurden, mit der Rechtfertigung, daß das Interesse des Staates moralische Momente, wenn sie hinderlich sind, nicht zu berücksichtigen erlaube, wie das in dem berühmten Wort des Reichskanzlers v. Bethmann „Not kennt kein Gebot" zum Ausdruck kam. Dem wird man mir entgegenhalten, daß auch bei den Gegnern dieselben Prinzipien, derselbe Grundsatz des „Macht geht vor Recht" nicht nur in zahllosen Reden der leitenden Männer zum Ausdruck gekommen sei, sondern auch praktisch angewendet und noch weiter durchgeführt werde. Nur mit dem Unterschied, daß es die Gegner besser verstünden, ihrer Gewaltpolitik den Mantel der Humanität

umzuhängen. Auch ist es mir von manchen deutschen Seiten zum Vorwurf gemacht worden, daß ich meine Kritik zu ausschließlich an die Adresse meiner Landsleute richte und dieselbe imperialistische Gewaltpolitik der Gegner übersähe. Darauf antworte ich: Gewiß, ich weiß wohl, daß auch dort die imperialistische Gewaltpolitik noch am Ruder und besonders jetzt, wo sie Sieger sind, mehr denn je mächtig ist. Ich verkenne nicht, daß nicht nur ein deutscher Imperialismus bestanden hat, sondern daß es auch einen solchen bei den Gegnern gibt. Die gleichen Ursachen haben selbstverständlich überall dieselben Wirkungen. Auch dort, auch in den demokratischen Ländern, Frankreich, Amerika und England, ist das kapitalistische Regime das herrschende, und auch dort ist es dieses (aber daneben auch der intellektuelle Teil des Volkes gewesen), welches die treibende Kraft geliefert hat, welche die unglücklichen Völker für die selbstsüchtigen Interessen ihrer im geheimen herrschenden Macht in das entsetzliche Blutbad dieses Krieges geschickt haben. Aber meine Aufgabe war es in erster Linie, das eigene Volk, so weit es in meinen Kräften stand, aufzuklären und ihm, wenn möglich, den Weg zu zeigen, wie es, so lange es noch Zeit war, aus der Sackgasse, in die man es zu führen im Begriffe stand, herauskommen konnte. Das allein war es, was mich bewog, die Feder zu ergreifen und meine Meinung zu sagen, auch zu einer Zeit, als sie noch bei wenigen meiner Landsleute Gehör fand.

In allerletzter Stunde hat die deutsche Volksvertretung, der Deutsche Reichstag, die furchtbare Gefahr der Lage erkannt, in die das deutsche Volk im Laufe dieser fünf Kriegsjahre geraten war, und daß es sich um nichts Geringeres als seine ganze staatliche Existenz handelt. Endlich hat es sich dazu aufgerafft, das unheilvolle System, das es an den Rand des Abgrunds gebracht und ihm den Haß der ganzen Welt zugezogen hatte, zu beseitigen und die Reformen in Angriff zu nehmen, die dringend notwendig waren, um ein neues Gebäude auf den Trümmern des alten aufzubauen, eine erdrückend verantwortungsvolle und schwere Aufgabe, noch dazu in dem Augenblick, wo der siegreiche Feind vor den Toren steht.

Das, was bis jetzt geschehen ist, so tief eingreifend und folgenschwer auch die Veränderungen sind, die in der Verfassung des Deutschen Reichs vorgenommen wurden, bedeutete doch nur einen Anfang. Es hat lange gedauert, bis das Deutsche Volk und seine Vertretung aus ihrer Passivität erwacht sind, aber jetzt wird es so bald kein Halten mehr geben auf der Bahn, die man nun einmal

beschritten hat. Wann und an welcher Stelle die Umwälzung, oder besser gesagt die Revolution, an deren Anfängen wir stehen, Halt machen und ihr Endziel erreicht haben wird, läßt sich heute nicht sagen. Ob dieselben Männer, die sie begonnen haben, sie auch zu Ende führen werden, ist sehr zweifelhaft, sicher ist aber, daß, wenn erst einmal die Wehrmänner von allen Fronten und aus allen Gefangenenlagern zurückgekehrt sein und Neuwahlen zum Reichstag stattgefunden haben werden, das neugewählte deutsche Parlament, das erste, das diesen Namen wirklich verdienen wird, ein von Grund auf verändertes Antlitz zeigen wird*, im Vergleich zu dem jetzt noch amtierenden Reichstag. Daß eine Verschiebung nach der radikalen Seite stattfinden wird, ist unzweifelhaft. Erst dieses neue deutsche Parlament wird endgültig dem neuen Deutschland seine Form geben. Welche sie sein wird, das wird erst die Zukunft zeigen. Möchte es gelingen, daß sich diese große deutsche Revolution vollzieht ohne weitere blutige Opfer. Hat doch das deutsche Volk in diesen fünf Kriegsjahren Blut genug vergossen und Opfer genug gebracht. Alles wird darauf ankommen, ob die Männer, die in dieser seit seinem Bestande schwersten Stunde des Deutschen Reichs am Steuerruder stehen, die Notwendigkeiten des Augenblicks erkennen und alle die Maßnahmen ergreifen, welche die ganze Welt von ihnen erwartet. Es ist ein schwerer Entschluß, aber es ist auch keine Minute zu verlieren. Wenn sie versäumt wird, dann ist es zu spät; dann müssen wir den bitteren Kelch bis auf seine Neige austrinken. Davon wird es abhängen, ob wir das neue Deutschland begründen, ohne daß nach dem Krieg gegen die auswärtigen Gegner der Bürgerkrieg und Anarchie folgen.

War es notwendig, daß es so weit hat kommen müssen, daß das deutsche Volk an diesen Abgrund gebracht wurde, den es heute mit Entsetzen vor sich sieht, mußte es erst durch dieses entsetzliche Blutbad hindurch, um die Rechte und Freiheiten zu erlangen, die ihm jetzt die neue deutsche Verfassung bringen wird? War es wirklich unvermeidlich, daß dieser Krieg fast fünf Jahre geführt und das deutsche Volk in diesen Ruin hineingebracht werden mußte? Der Leser der vorliegenden Aufsätze wird, so glaube ich, aus ihnen die Antwort auf diese Frage entnehmen. Es ist gewiß richtig, daß keinem Volke die Freiheit mühelos als ein Geschenk des Himmels in den Schoß fällt. Aber daß das deutsche Volk die Er-

* Diese Erwartung ist nur zum Teil eingetroffen.

rungenschaften, die es sich jetzt erwirbt, so teuer erkaufen mußte, das war nicht nötig. Der Weltkrieg wäre zu vermeiden gewesen, noch bis zum letzten Tag vor der Kriegserklärung. Das steht für jeden fest, der auch nur mit einiger Aufmerksamkeit und Unparteilichkeit das heute schon vorliegende Material studiert hat und kennt. Eine andere Frage ist es, ob ohne Krieg der Götze „Militarismus" so gründlich zertrümmert worden wäre, wie er es jetzt zu sein scheint. Erst wenn die Menschheit sicher sein wird, daß er endgültig vernichtet ist, und zwar nicht nur bei uns, sondern auch bei allen anderen Völkern und daß er nirgends mehr imstande ist, wieder aufzustehen, erst wenn die Liga der Nationen alle Völker gleichberechtigt in einer den dauernden Frieden sichernden Organisation vereinigt haben wird, erst dann kann die Zukunft die Antwort auf diese Frage geben.

St. Moritz im Oktober 1918.

Seitdem die vorstehende Einleitung niedergeschrieben war, hat die Entwicklung der Ereignisse in Deutschland mit rasender Eile ihren Fortgang genommen. Endlich ist das geschehen, was schon vor mindestens einem Monat hätte geschehen müssen, — der Kaiser Wilhelm hat dem Thron entsagt. Durch sein verhängnisvolles Zögern war inzwischen die Erbitterung des deutschen Volkes auf ihren Höhepunkt gestiegen. Gleichzeitig am selben Tage unaufhaltsam hat sie sich in ganz Deutschland entladen: die Revolution ist losgebrochen und hat wie im Sturmwind alles, was noch vom alten System übrig war, hinweggefegt. Wie die Dinge sich weiter entwickeln werden, ist heute noch nicht abzusehen. Der „Tag der Abrechnung", den ich in meinem Zeitungsartikel vom 23. Mai 1917 voraussagte, ist gekommen. „Gründlich", sagte ich damals, „wie der Deutsche ist, wird er auch gründlich die Abrechnung besorgen." Das ist jetzt im Gang. Möchte es dem deutschen Volke vergönnt sein, die Umwälzung, die jetzt vor sich geht, in geordneten Bahnen und ohne Blutvergießen zu vollziehen. Aber es genügt nicht, daß das bisher herrschende System zu Boden geworfen ist und ein neues an seine Stelle tritt. „Auf die Regierungsform des Staates kommt es zunächst wenig an. Die Hauptsache ist die Gesinnung derjenigen, die an den Spitzen stehen," hat Muehlon geschrieben, und in diesen Worten liegt eine Wahrheit, die wir uns immer wieder vor Augen halten müssen, wenn es in Zukunft besser werden soll

in Deutschland; denn auch eine Demokratie braucht der Führer, die Masse kann sich nicht allein regieren. Aber der Geist, die Gesinnung eines Volkes kann nur dann ein guter sein, wenn auch der Geist, die Gesinnung derjenigen, denen es sein Vertrauen schenkt, ein guter ist.

Jahre hindurch hat das deutsche Volk unter einem Regime der Unwahrhaftigkeit gelebt, und die fünf Kriegsjahre hindurch war die Lüge herrschend geworden. Das Entsetzliche dabei war, daß sich die Deutschen an diese Herrschaft der Lüge gewöhnt hatten, ja daß sie, eine verschwindende Minderheit ausgenommen, sich diese Lügenherrschaft gutwillig gefallen ließen und dieser Geist der Lüge sich allmählich im ganzen Volk wie ein schleichendes Gift verbreitet hat. Nur wenn es dieses Gift ausscheidet, kann das deutsche Volk genesen, und nur wenn es seine Mitschuld erkennt und bekennt an all dem Unheil, das der bisher in ihm herrschende Geist über die Welt gebracht hat, kann es das Vertrauen der Welt wiedergewinnen, ohne das es nicht leben kann. Nur dann kann aus der furchtbaren Prüfung dieses entsetzlichen Krieges und aus den schweren Opfern, welche die Folgen dieses Krieges ihm auferlegen werden, trotz alledem das Morgenrot einer besseren Zukunft für die deutsche Nation hervorgehen, nur dann wird sie ein würdiges und gleichberechtigtes Mitglied des Völkerbundes werden können, welcher allein ihr und allen seinen Gliedern die Sicherheit einer gedeihlichen Entwicklung verbürgen wird.

12. November 1918.

Stimmung in Frankreich

I

Über die augenblickliche Stimmung in Paris, bzw. in Frankreich, also über etwas zu berichten, das man nur vom Hörensagen kennt, ist nicht leicht, und anders ist es ja für den, dem die Grenzen Frankreichs verschlossen sind, nicht möglich. Nicht, daß es an Quellen fehlte; strömen doch tagtäglich so viele Nachrichten aus den verschiedensten Schichten der französischen Bevölkerung hierher nach der Schweiz, so viele Franzosen kommen herüber und so viele Neutrale fahren hin und her, auch steht dem zeitunglesenden Beobachter die ganze französische Presse mit derselben Schnelligkeit zur Verfügung wie dem Bewohner der französischen Provinz. Material genug wäre also vorhanden. Und doch ist es etwas anderes, über Stimmungen mit Zuhilfenahme solcher indirekter Quellen zu berichten, als aus eigener Anschauung im Lande selbst. Es fehlt sozusagen die Luft, „*l'ambiant*", wie der Franzose sagt.

Noch eine andere Schwierigkeit ist vorhanden. Nirgends wie in Frankreich wechselt die Stimmung so leicht. Was heute wahr ist, kann es morgen schon nicht mehr und übermorgen wieder sein, wenigstens war früher gerade dieser rasche Wechsel das Charakteristische der französischen Stimmung.

Wenn wir trotzdem den Versuch machen wollen, zu schildern, welches die Stimmung zu sein scheint, die augenblicklich in Paris und in Frankreich herrscht, so wird uns das vielleicht in *einem* Punkte erleichtert. Zur Charakteristik des Franzosen von *heute* gehört nämlich, daß er, wie in so manchem anderen, sich auch darin geändert hat. Seine Nervosität hat sich gegen früher sehr vermindert, und es ist eine gewisse Stetigkeit eingetreten, die ihm bisher unbekannt war.

Wie in allen kriegführenden Ländern, so hat auch in Frankreich im Laufe des Krieges die Stimmung geschwankt je nach den Ereignissen. Zweierlei mußte aber jedem, der die Tage kurz vor dem

Ausbruche des Krieges in Paris miterlebt hat, auffallen, einmal, daß noch wenige Tage vor der Mobilisation im Volke, im eigentlichen Volke, von einer Lust zum Kriege, von einem Kriegsfieber keine Rede war. Ich entsinne mich eines charakteristischen Vorfalles, den ich von meinem Fenster aus zu beobachten Gelegenheit hatte: Ein Zeitungsverkäufer, der, einen Pack Zeitungen unter dem Arme, mit dem Rufe: „Mobilisation! La guerre!" die Straße durcheilte, war von einigen Arbeitern, ihrer langen, weißen Bluse nach zu urteilen Anstreicher- oder Malergesellen, angehalten, verprügelt, die Zeitungen ihm entrissen und er der herbeigerufenen Polizei übergeben worden. Auf meine an die Teilnehmer des Auflaufes gestellte Frage, was der Mann denn verbrochen habe, bekam ich zur Antwort, er habe Mobilisation und Krieg verkündet, das seien Lügen. „Nous ne voulons pas la guerre. Ce sera assez malheureux quand elle viendra, mais pour l'instant pas même la mobilisation n'est annoncée." (Wir wollen den Krieg nicht. Das Unglück wird groß genug sein, wenn er wirklich kommen wird; aber für den Augenblick ist noch nicht einmal die Mobilisierung angekündigt.)

Den Tag darauf war sie da. Aber an den empörten Gesichtern der Arbeiter am Tage zuvor hatte ich sehen können, daß von Begeisterung keine Rede sein werde. Das war am 30. Juli, zwei Tage vor der Veröffentlichung des Mobilisationsdekrets. Damals wollte das Volk, jedenfalls die weitere große Majorität des Volkes keinen Krieg. Aber — während seinerzeit im Beginn der Marokkokomplikationen, zur Zeit der Kaiserreise nach Tanger und namentlich im Augenblick der Agadiraffäre der Schreck den Franzosen dermaßen in alle Glieder gefahren war, daß es den Zuschauer fast peinlich berührte, war es diesmal anders.

Von Furcht, von Angst war nichts zu spüren, dagegen ernste Sorge konnte man auf den Gesichtern lesen, und eine gewisse ruhige Entschlossenheit, dem Unvermeidlichen, wenn es kommen sollte, mutig ins Auge zu sehen; und man konnte vielfach vernehmen, was man in den letzten Jahren übrigens schon oft von Franzosen zu hören bekam: „Eh bien, s'il le faut, allons-y, et qu'on en finisse une bonne fois." (Nun gut, wenn es denn sein muß, gehen wir los, damit man endlich einmal Ruhe hat.) Es war sozusagen der Wunsch, lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende, oder richtiger, lieber den Stier bei den Hörnern zu packen als ewig unter dem Damoklesschwert einer Drohung zu leben. Denn das hatte ja die Presse seit Monaten und Monaten jedem französischen Zeitungs-

leser eingehämmert, daß in Deutschland eine Kriegspartei bestehe, die nur auf den geeigneten Augenblick warte, um Frankreich zu überfallen.

Daneben konnte man merkwürdigerweise noch oft ein gewisses Vertrauen in die Friedfertigkeit und zugleich in die Macht des Deutschen Kaisers als letztes Überbleibsel seiner Popularität von ehedem bemerken, und mehr wie einmal habe ich die Bemerkung gehört: „Tout dépend du Kaiser! S'il veut, il peut encore empêcher la guerre." (Alles hängt vom Kaiser ab. Wenn er will, so kann er den Krieg noch verhindern.) — „Le voudra-t-il?" so wurde ich noch am 30. Juli gefragt. Wäre es damals den Bemühungen des Deutschen Kaisers gelungen, der Welt den Frieden zu erhalten, er wäre der populärste Mann in Frankreich geworden, wenigstens für einige Tage. Ob es länger vorgehalten hätte? Wohl kaum. Höchstens so lange, als bis Herr Iswolsky und Kompanie den Moment für „ma guerre" für gekommen erachtet hätten. Dafür hätte schon die Presse gesorgt*.

Dann kamen die Tage der Mobilisation und Kriegserklärung, und da zeigte sich so recht, was übrigens der aufmerksame Beobachter schon seit den letzten Jahren erkennen konnte, daß das Frankreich von heute ein ganz anderes geworden war wie das von 1870. Neue Generationen waren herangewachsen, die einen ganz anderen Geist atmeten. Romain Rolland hat sie in der Romanserie „Jean Christophe", seinem Meisterwerk, treffend dargestellt. Vor allem aber, die Armee war kein Söldnerheer mehr, sondern die Nation in Waffen. Es ist etwas anderes, wenn es heißt, sich von Weib und Kind, von Haus und Hof losreißen, um an die Grenze zu ziehen, als wie Anno 1870 nur zusehen, wie die gemieteten Soldaten hinausmarschieren. Deswegen gab es diesmal keine jener widerwärtigen Boulevardszenen, in denen damals der Chauvinismus seine Orgien feierte, kein Geschrei „à Berlin" usw. (einige wüste Ausschreitungen, denen Läden, Restaurants usw. mit deutschen oder deutschklingenden Firmen zum Opfer fielen, waren mehr von neidischen Konkurrenten angezettelte Unternehmungen, bei denen sich,

---

* Wer weiß? Heute, wo wir das Telegramm des Kaisers Nikolaus kennen, in welchem er dem Kaiser Wilhelm vorschlug, den serbischen Streitfall der Haager Konferenz zu unterbreiten, ein Telegramm, das ein ganzes Jahr lang vom Berliner Auswärtigen Amt der Öffentlichkeit vorenthalten wurde (!), sieht sich die Sache doch anders an. Vielleicht wäre der Weltfrieden erhalten worden.

wie immer in solchen Fällen, der Pöbel gern beteiligt; sie hörten aber, sobald die Polizei sich entschloß, ernstlich einzuschreiten, schnell auf und haben sich nicht wiederholt).

Ruhig und würdig, mit aufeinandergebissenen Lippen, zogen sie hinaus, die jungen Truppen, und wenn sie eine Ähnlichkeit aufwiesen mit irgendwelchen ihrer Vorgänger, so war es eher mit den Soldaten der Revolution als mit denen des zweiten Kaiserreiches. Und, o Wunder, wenn auch natürlich am Anfang nicht alles überall in musterhafter Ordnung war und mancherlei Defekte sich herausstellten, im großen und ganzen „klappte" es doch, und besonders die Eisenbahnen, in deren Organisation selbst viele Franzosen kein großes Vertrauen gesetzt hatten — man fürchtete anarchistische oder sozialistische Einwirkungen, Ausstände und dergleichen — bewährten sich und erfüllten ihre Riesenaufgabe im großen ganzen zur Zufriedenheit.

Und die Stimmung? Mit einem Male gab es keine Parteien mehr; wie überall, das ist ja das eigentümliche Charakteristikum dieses Weltkrieges, war auch in Frankreich gegenüber der drohenden Gefahr, wenigstens äußerlich, die Einigkeit aller Bürger hergestellt. Die einzige Stimme, die sich mit einiger Aussicht, im Volke gehört zu werden, gegen den Krieg hätte erheben können, war verstummt. Jaurès war der Kugel eines Mörders, den Kriegsfreunden sehr zur gelegenen Zeit, zum Opfer gefallen, und so gingen auch die Sozialisten mit fliegenden Fahnen in das Lager der Kriegsanhänger über. Und wie stellte sich die Kirche, die katholische Geistlichkeit zum Kriege? Die felddienstfähigen Priester rückten zu den Fahnen ein, denn in Frankreich besteht bekanntlich für die Geistlichen keine Dispensierung von der Wehrpflicht. Diejenigen, welche nicht hinaus mußten, bliesen ebenso in das Horn des Chauvinismus, oder sagen wir Patriotismus, wie alle anderen Staatsbürger, nur die Besonneneren unter ihnen erkannten mit Besorgnis, daß der Patriotismus allmählich sich selbst zu einer Art Konkurrenzreligion, zu einer „Sur-religion", wie sich ein Geistlicher ausdrückte, auszuwachsen begann, und der erhoffte Gewinn für die Kirche doch ein sehr zweifelhafter war. Daß der Papst, weil er sich nicht der Entente verschreiben wollte, von übereifrigen Katholiken rücksichtslos angegriffen wurde, ist bekannt. Ging man doch so weit, Benedikt XV. „le Pape boche" zu nennen. Und mit einer eigentümlichen Verkennung der politischen Verhältnisse in Deutschland wurde der Krieg in klerikalen französischen

Zeitungen und Broschüren als eine Art Kreuzzug der Protestanten gegen das katholische Frankreich hingestellt (!).

Nun kam aber die schlimme Zeit: der unerhörte Siegeslauf der deutschen Heere, die Rückschläge im Elsaß nach den ersten Erfolgen usw. Schon standen die deutschen Armeen vor den Toren von Paris. Das war der Moment, wo das Barometer der französischen Stimmung seinen tiefsten Stand erreicht hatte. In dem verdunkelten Paris, dessen Regierung und ein großer Teil der Bevölkerung geflüchtet war, gingen die Leute mit gesenkten Köpfen umher, man sprach sozusagen nur noch im Flüsterton, man war auf das Schlimmste gefaßt. Damals, so ist mir aus guter Quelle versichert worden, soll die Depression, selbst in Regierungskreisen, so groß gewesen sein, daß es nur noch eines deutschen Sieges bedurft hätte, und Frankreich hätte das Spiel verloren gegeben und den Frieden angenommen.

Da kam das „Wunder der Marne", „le miracle de la Marne", wie es der Nachfolger von Bossuet, der Bischof von Meaux, genannt hat. Aus heute noch nicht ganz aufgeklärten Ursachen kam der deutsche Zug zum Stehen, Teile der Armee wurden sogar zurückgenommen, wenn auch nicht weit, denn heute noch stehen ja die Deutschen bei Compiègne auf zirka 50 Kilometer von Paris. Aber der Bann des Schreckens war gelöst, Paris atmete auf, selbst Herr Poincaré und seine Minister entschlossen sich, wieder nach Paris zurückzukehren, Bordeaux verfiel wieder dem Dornröschenschlaf der französischen Provinzstädte, und sein berühmter „Chapon fin", der goldene Tage gesehen hatte, wie schon lange nicht, mußte sich wieder mit seinen lokalen Feinschmeckern begnügen. Und nun trat, wie das bei nervösen Naturen wie den lateinischen sehr oft der Fall ist, der Rückschlag ein, nun fiel man in das andere Extrem, von der tiefsten Depression in die kühnste Siegeszuversicht. Auch in der Armee, darüber ist kein Zweifel, war der moralische Effekt ein starker und hat, trotzdem daß irgendwelche größeren Erfolge immer wieder ausgeblieben sind, seitdem vorgehalten. Dazu mag auch beigetragen haben, daß im Laufe des Jahres manche Mängel in Ausrüstung, Verpflegung, Unterkunft usw., welche am Anfang des Feldzuges die Stimmung der Truppen nachteilig beeinflußt hatten, inzwischen behoben worden sind. Ob nicht doch in den Schützengräben eine gewisse Ermüdung und Sehnsucht nach der Heimkehr eingetreten ist, läßt sich bei der Sorgfalt, mit der die Zensur alle Presseäußerungen in dieser Hinsicht überwacht, schwer ergründen.

Wie ist es aber im Publikum bei den Zivilisten? Ist auch dort die Zuversicht auf den endgültigen Sieg die gleiche? Darauf eine zuverlässige und unzweifelhaft richtige Antwort zu geben, ist nicht leicht. Wenn man hört, mit welchem Eifer und Vertrauen die kleinen Sparer aus der Bourgeoiskaste sowohl wie aus dem besseren Arbeiterstande ihre Ersparnisse den Staatskassen gebracht haben, um dafür die Titel der neuen Anleihe „L'Emprunt de la Victoire", wie sie antizipando genannt wird, einzutauschen, könnte man darauf schließen, daß diese Zuversicht unerschüttert dieselbe geblieben ist. Aber bei der Anleihe ist nicht zu vergessen, daß sie eine sehr verlockende Anlage darstellt, eine seltene Gelegenheit, sein Einkommen zu verbessern, denn 5½ Prozent Rente auf ein erstklassiges steuerfreies Staatspapier, das findet man nicht alle Tage. Freilich vergessen die guten Leute, daß der Staat schon Mittel und Wege finden wird, ihnen das, was er ihnen anscheinend so freigebig in die eine Tasche steckt, aus der anderen in der Form von erhöhten Steuern wieder herauszupraktizieren.

Im allgemeinen, äußerlich, ist in Paris nicht viel von Depression zu bemerken. Das Steigen der Preise mancher Lebensmittel wird freilich nicht angenehm empfunden und der Kohlenmangel, wäre der Winter bisher nicht so ausnehmend milde gewesen, hätte sich wahrscheinlich noch unangenehmer fühlbar gemacht, als es schon der Fall ist. Der Verkehr auf den Straßen in den Nachmittagsstunden, das Gedränge der Wagen und selbst Automobile ist fast wie früher, die großen Warenhäuser mit Besuchern gefüllt, kurz, das Getriebe des täglichen Lebens geht wieder seinen gewohnten Gang. Auch die Theater, die im ersten Jahre zum größten Teile geschlossen waren, sind fast alle wieder geöffnet, und während im vorigen Jahre die patriotische Revue die Bühne allein beherrschte, während keiner Vorstellung das Absingen der „Marseillaise" fehlen durfte, sind die Theater heute wieder zu ihrem gewöhnlichen Repertoire zurückgekehrt und haben zum Teile die ältesten Ladenhüter von vor zehn Jahren hervorgeholt, merkwürdigerweise mit Erfolg. Es scheint, daß in den zwölf Kriegsmonaten das Publikum allmählich doch eine Indigestion an „patriotischen" Aufführungen bekommen hat. Nur ein Unterschied ist gegen früher auf der Bühne zu bemerken. Dezent müssen Text und Kostüm sein, darin kennt „Anastasie", wie „Dame Censure" in Paris genannt wird, keinen Spaß. Die besten Geschäfte aber, wie überall in der Welt, machen die Kinematographen, hier Cinémas genannt, besonders seitdem die Militärbehörden

ihnen mehr Freiheit in der Wiedergabe von Films aus der Front gaben, an denen sich das Publikum nicht sattsehen kann.

Sieht man sich die Zeitungen an, um sich über die Stimmung zu orientieren, dann wird man immer noch in einem großen Teile derselben die alte Zuversicht in den Sieg finden und womöglich noch eine Steigerung der Gehässigkeit, aber wer aufmerksam zwischen den Zeilen zu lesen versteht, der wird den Eindruck bekommen, daß dieser angeblich felsenfeste Glaube in den Sieg ein gekünstelter ist und daß er immer und immer wieder betont wird, um nur ja keinen anderen Gedanken in dem Leser aufkommen zu lassen. Daß einzelne Blätter immer noch nicht müde geworden sind, die alte Leier von der deutschen „atrocités" in den unwahrscheinlichsten Versionen vorzubringen, ja, daß sich manche ihrer Mitarbeiter, darunter namentlich solche, welche membres de l'Académie sind, und als solche der Vernunft doch mehr zugänglich sein sollten, in einen geradezu hysterischen Haß hineinschreiben, das läßt für den, der sich an die Zeiten der Affäre Dreyfus erinnert, darauf schließen, daß es um die Sache, die diese Presse vertritt, schlecht bestellt sein muß und sie besorgt ist, ihre Leser könnten hinter die Wahrheit kommen.

Bei der Affäre Dreyfus ging es ganz ähnlich zu. Je mehr die „vérité en marche" sich ihrem Ziele näherte, je mehr die Lügen und Ausflüchte der Generalstäbler, die das Opfer ihrer Borniertheit nicht loslassen und ihren Irrtum nicht eingestehen wollten, als solche erkannt wurden, um so größer, gehässiger, rasender wurde das Toben und das Wutgeheul in den Zeitungen. Daran muß man jetzt oft denken, wenn man die geradezu wahnsinnigen Gehässigkeiten und Verleumdungen liest, mit denen die Deutschen und ihre Verbündeten in einer Weise überschüttet werden, die jede Spur der sonst doch traditionellen Ritterlichkeit der Franzosen dem Gegner gegenüber vermissen läßt. In der Armee ist das anders. Der Soldat im Felde draußen sieht mit Verachtung auf das Geschreibe der Zeitungen: er achtet den Gegner, davon kann man jeden Tag Beispiele sehen, und ich selbst habe Briefe von der französischen Front gelesen, worin dieses Gefühl zum Ausdruck kam.

Einige wenige Zeitungen, so zum Beispiel das „Journal" in einem Artikel des Senators Humbert (abgedruckt in der Dezembernummer der in Budapest erscheinenden „Revue de Hongrie") haben es gewagt, offen gegen die Schönfärberei aufzutreten, und auch Hervé und Clemenceau in ihren Blättern lassen die Be-

sorgnis durchblicken, daß es am Ende doch nicht so glänzend stehen könnte, wie die Regierung es glauben machen möchte. Man fühlt, es beginnt zu tagen.

In der Tat, darin stimmen alle Neutralen überein, die kürzlich in Frankreich waren, im Volke fängt man an, eine gewisse Müdigkeit zu spüren. „Wie lange noch?“ Die Frage kann man täglich hören, nicht nur vom Droschkenkutscher, Autoführer, Concierge usw., nein, sogar höher hinauf. Die unzweifelhaft sehr großen Verluste mögen dazu beitragen, und besorgte Mütter sowie solche, die schon den Tod eines oder mehrerer Kinder zu beklagen haben, mögen dabei hauptsächlich mitsprechen. Merkwürdigerweise sollen es in den oberen Gesellschaftsschichten die Frauen sein, die am rabiatesten für eine Fortsetzung des Krieges sprechen, während bei den Männern sich schon, allerdings noch nicht laut, Stimmen vernehmen lassen, welche die Frage stellen, ob es denn nicht vernünftiger sei, dem grausamen Spiel bald ein Ende zu machen, wenn es mit Anstand geschehen könne. Darüber darf man sich aber keiner Täuschung hingeben, die maßvolle, ja man möchte fast sagen wohlwollende Haltung des größten Teiles der deutschen Presse Frankreich gegenüber findet dort nicht das geringste Echo. Und wenn wir oben von einer gewissen Kriegsmüdigkeit gesprochen haben, so darf man nicht glauben, daß sie allgemein ist, und vor allem nicht, daß sie sich schon bis zu einer Volksbewegung gegen die Regierenden zu verdichten im Begriffe wäre. Davon ist keine Rede. Es ist nur die Sehnsucht nach Frieden, der begreifliche Wunsch nach Beendigung der Schlächterei und nach Befreiung von den Sorgen, die der Krieg mit sich bringt, wie sie bei allen kriegführenden Völkern wohl im stillen vorhanden sein werden, mehr bis jetzt nicht.

Denn das ist das Merkwürdige bei diesem Kriege, bei dem jedes Volk von der Gerechtigkeit seiner Sache aufrichtig überzeugt ist, daß alle daran beteiligten Völker mit dem gleichen Stoizismus aushalten und alle Opfer an Gut und Blut ohne Murren auf sich nehmen, in einem Maße, wie es in der ganzen Geschichte noch nie da war. Es ist ein großartiges und doch betrübendes, ja tragisches Schauspiel; denn man fragt sich, wie soll das enden? Bis zu welcher Grenze werden die Opfer gehen, die noch gefordert werden müssen, bis es zum Frieden kommt, und ist es denn wirklich nötig, daß Europa noch mehr zu einem Trümmerfelde wird, gibt es denn kein Mittel, der Stimme der Vernunft wieder Gehör zu verschaffen?

(Neue Freie Presse, Nr. 18442 vom 25. Dez. 1915.)

Zur Erörterung der Friedensbedingungen.

Die „Neue Zürcher Zeitung" bringt in ihrer Nummer vom 21. Januar c. unter der Überschrift „Zu den Friedenserörterungen" einen Artikel, welcher dadurch von Interesse ist, daß er aus der großen Zahl von Zuschriften, welche der „N. Z. Z." aus Anlaß des in ihren Spalten erschienenen und in der Presse des Auslandes viel besprochenen Artikels „Friedensgedanken" zugegangen sind, zwei veröffentlicht, welche ihrer Auffassung nach gewissermaßen den Typus der sich gegenüberstehenden Meinungen (ententefreundlichen und vierverbandsfreundlichen) darstellen.

Die im Sinne der Entente geschriebene Kundgebung weist den, ihrer Meinung nach in dem Artikel „Friedensgedanken" enthaltenen Vorwurf energisch zurück, als seien es die Ententemächte, die „Alliierten", die allein Schuld hätten an der Fortdauer des Krieges. Sie gibt zwar zu, daß nicht nur die Regierungen, sondern auch die nichtoffiziellen Kreise der Entente von Friedensverhandlungen nichts wissen wollen, fügt aber hinzu, es sei wichtig, auch die Gründe kennen zu lernen, warum heute noch niemand auf seiten der Entente von Friedensverhandlungen etwas hören wolle. Und nun setzt sie auseinander, daß die Deutschen im Irrtum seien, wenn sie nach der heutigen Kriegslage sich für die Sieger hielten. Zum Beweise dessen führt sie an, die rasche Niederwerfung Frankreichs sei nicht geglückt, Rußland sei ebenfalls noch nicht zu Boden geworfen und England könne von Deutschland nie besiegt werden. Was könne Deutschland noch von einer weiteren Entwicklung des Krieges erhoffen? Nichts. Im Gegenteil, es habe mehr zu befürchten.

Warum will nun die Entente keinen Frieden? Weil sie fürchtet, wenn sie jetzt Frieden schließe, werde es nur ein Scheinfrieden werden, denn Deutschland werde von neuem rüsten, um bei der nächsten günstigen Gelegenheit unter besseren Bedingungen den

Krieg von neuem zu beginnen. Die Entente wolle aber einen dauerhaften Frieden, sie müsse Garantien haben gegen die Wiederholung solcher Vorfälle, wie der jetzige Krieg. Merkwürdig, wie hieß es doch in der Rede des deutschen Reichskanzlers? Deutschland müsse Garantien haben gegen die Wiederholung einer Koalition wie die jetzige, damit endlich der Frieden ein dauernder werde! Also beide Gegner wollen ein und dasselbe, einen dauernden Frieden, nur die Garantien, die sie fordern, sind verschiedene. Welches die von Deutschland zu fordernden Garantien sein sollen, hat der Reichskanzler nur andeutungsweise ausgesprochen; die Entente sieht, dem Artikelschreiber zufolge, eine Sicherheit für den dauernden Frieden erst dann, wenn die Alliierten „ihr Ziel, Achtung vor dem Recht", erkämpft hätten. Und dieses wiederum könne erst erreicht werden, „wenn die Ursache dieses Krieges, das militaristische System mit seinem Rüstungswesen, durch diesen Krieg gründlich ad absurdum geführt worden sei." Das werde erst der Fall sein, wenn die Welt erkannt habe, daß es, selbst mit einem so mustergültig organisierten Heere wie das deutsche, unmöglich ist, einen wirklichen Sieg zu erringen. Erst dann werde das Vertrauen in völkerrechtliche Verträge wieder zurückkehren, wenn Deutschland sich zur Selbsterkenntnis durchgerungen habe, daß es nicht der Sieger sei, erst dann könne man anfangen, vom Frieden mit dem Gegner zu reden.

Schält man aus der Hülle von Phrasen den eigentlichen Kern heraus, was bleibt übrig? Die Entente will noch nicht auf Friedensverhandlungen mit ihren Gegnern, insbesondere mit Deutschland eingehen, nicht etwa, weil sie die Hoffnung hat zu siegen, — davon ist mit keinem Worte die Rede —, sondern weil man sich auf deutscher Seite als den Sieger aufspiele, was nicht den Tatsachen entspreche!

Die Entente verlangt ein Anerkenntnis, ein Versprechen von seiten Deutschlands, daß es sich nicht mehr „vor den Neutralen als Sieger aufspielen" werde. Dann würden auch „die moralischen Faktoren wieder an Gewicht gewinnen" und dann werde „die Stunde gekommen sein, wo man wieder vom Frieden reden könne". — Also auf den Schein kommt es der Entente an, auf Worte; die Tatsachen können bestehen bleiben. Wenigstens ist davon keine Rede. Das wäre einmal eine ganz neue Friedenstechnik. Wahrhaftig, wenn weiter nichts verlangt wird, wenn um diesen Preis der Beginn der Friedensverhandlungen zu erlangen wäre, ich ginge,

wäre ich an Stelle des Vierbundes, auf diesen Vorschlag, so grotesk er ist, mit Vergnügen ein.

Aber ist das wirklich der eigentliche, wahre Grund, warum die Entente auf Friedensverhandlungen nicht eingehen will? Sollten nicht die eigentlichen Gründe ganz andere sein? Und warum sagt sie sie nicht? Sollten sie am Ende etwa derart sein, daß sie das helle Tageslicht nicht gut vertragen, bei den Neutralen nicht, und vielleicht auch nicht bei ihren eigenen Völkern?

Lange kann sie aber dieses System der Geheimniskrämerei wohl schwerlich mehr fortführen, denn auch die Lammsgeduld hat ihre Grenzen. Dafür machen sich schon in verschiedenen der kriegführenden Länder Anzeichen bemerkbar.

Wäre es nicht auch für Deutschland und seine Alliierten bald Zeit, mit ihren Friedensbedingungen oder Kriegszielen herauszurücken? Gerade weil es sich in einer derartigen Kriegslage befindet, daß ihm ein solches Vorgehen nie als Schwäche ausgelegt werden könnte, hingegen es den Gegner nötigen würde, seinerseits, und wenn es selbst nur negativ ist, in eine öffentliche Diskussion einzutreten, braucht es kein Bedenken zu tragen, eine diplomatische Konversation zu beginnen. Aber auch aus deutschen Kreisen hört man immer wieder, der Moment zur Erörterung der Friedensbedingungen sei noch nicht da.

Aus dieser Scheu vor der Öffentlichkeit bei allen kriegführenden Regierungen geht so recht hervor, wie schwer sie sich an eine neue Technik bei dem Beginn der Friedensverhandlungen gewöhnen wollen, so viel sie auf hundert andern Gebieten im Verlauf des Krieges schon haben umlernen müssen. Aber es wird alles nichts helfen. Auch hier wird man um das Umlernen nicht herumkommen.

Oder sollte der Grund der Schweigsamkeit und Zurückhaltung am Ende der sein, daß der Krieg allmählich zum Selbstzweck geworden ist?* Wenn man den in der „N. Z. Z." wiedergegebenen ententefreundlichen Artikel liest, möchte man es beinahe glauben.

In dem Artikel vom 22. Januar, welcher die Fortsetzung desjenigen

---

* In seiner Reichstagsrede vom 6. Februar 1888, als Bismarck von Bulgarien spricht, sagt er: „Dieses Ländchen zwischen Donau und Balkan ist überhaupt kein Objekt von hinreichender Größe, um daran die Konsequenz zu knüpfen, um seinetwillen Europa von Moskau bis an die Pyrenäen und von der Nordsee bis Palermo hin in einen Krieg zu stürzen, dessen Ausgang kein Mensch voraussehen kann; man würde am Ende nach dem Kriege kaum mehr

vom Tage vorher enthält, bringt die „N. Z. Z." nun einige „Vorschläge von deutscher Seite"; sie bemerkt aber gleich dazu, daß deren Ursprung nicht offizieller Natur sei, daß sie vielmehr wohl aus sogenannten „deutschvölkischen" Kreisen stammten. Diese Bemerkung wäre kaum nötig gewesen, denn die in diesen Vorschlägen enthaltenen Bedingungen sind derart extravagant, daß sie kaum mehr ernst zu nehmen sind. Wenn wirklich in Deutschland derartige Ideen eine größere Anhängerschaft hätten, so wäre das höchst bedauerlich und würde auf einen Mangel an psychologischem Verständnis schließen lassen, der erschreckend wäre. Es wäre dann an der Zeit, daß alle vernünftigen Leute dem energisch entgegenarbeiteten. Ich will nicht auf die Einzelheiten näher eingehen, ich möchte mir nur erlauben, daraus zu zitieren, daß danach u. a. nicht nur Belgien und überhaupt keines der besetzten Territorien von Deutschland wieder herausgegeben werden dürfe, daß der Kongostaat ebenfalls deutsch werden, daß England Ostafrika, Rhodesia, Walfischbai, Sansibar, Somaliland und die oberen Nilländer an Deutschland herausgeben, der südafrikanischen Union die volle Unabhängigkeit gewähren, Zypern, Aden, Ägypten an die Türkei zurückgeben müßte, daß Rußland nicht nur sämtliche Ostseeprovinzen, Polen und alle von den deutsch-österreichischen Truppen besetzten Gouvernements, sondern noch eine ganze Reihe anderer Provinzen mit vielen Millionen Einwohnern verlieren würde usw. usw., ebenso auch Frankreich nicht nur ein großes Stück von dem jetzt durch die deutsche Armee besetzten Territorium, sondern auch das Kongogebiet und Marokko (!) herausgeben müßte. Ähnlich übertrieben sind auch alle übrigen Forderungen.

Man sieht aus diesen wenigen Zitaten, welche Kluft die beiden Kundgebungen trennt.

Wenn sie die Meinung der sich gegenüberstehenden Regierungen wiedergeben würden, wären die Aussichten, in absehbarer Zeit zum Frieden zu gelangen, hoffnungsloser denn je. Zum Glück sind es nur Privatmeinungen. Freilich ist nicht außer acht zu lassen, daß sie

---

wissen, warum man sich geschlagen hat." Heute ist die politische Konstellation allerdings eine ganz andere, und auch Bismarck würde wohl Bulgarien nicht mehr als eine quantité négligeable behandeln, aber was den Schlußsatz des obigen Zitats betrifft, so möchte man, wenn man sich fragt, was eigentlich bei einer längeren Fortsetzung des Krieges herauskommen könne, fast glauben, daß er auch heute zutrifft.

weit verbreitet sind, und es ist deshalb notwendig, sie im Auge zu behalten und bei jeder Gelegenheit zu bekämpfen.

Jeder, der den Wunsch hat, dem Kriege ein baldiges Ende zu machen, hat meines Erachtens nichts anderes zu tun, als dahin zu wirken, daß die kriegführenden Staaten sich der neuen Friedenstechnik bedienen und endlich mit ihren Forderungen ans Tageslicht treten, damit die Völker selbst in der Lage sind, auch ihre Meinung zur Geltung zu bringen, wie es ja auch der Reichskanzler v. Bethmann in einer Rede dem deutschen Volke versprochen hat. Die Scheu vor einer öffentlichen Diskussion der Friedensziele in der Presse ist gegenstandslos geworden, nachdem ja doch einmal die Besprechung derselben in den neutralen Zeitungen begonnen hat. So wie sie jetzt vor sich geht, ist sie aber mehr schädlich als nützlich, da man fortwährend im Dunkeln tappt und über Friedensbedingungen diskutiert, von denen man nicht weiß, wer sie aufgestellt hat, und ob sie auch nur im entferntesten irgendeine reale Basis haben. Eine solche Diskussion kann aber nur zu Mißverständnissen führen und die Verbitterung womöglich vermehren. Das muß vermieden werden.

(Die Friedenswarte, Jahrg. XVIII, Nr. 2 vom Febr. 1916.)

Herr v. Bloch und der gegenwärtige Krieg.

Die englische Zeitschrift „The Economist" enthält einen sehr interessanten Artikel, der sich mit der Frage beschäftigt, ob die in dem berühmten Werk von Bloch über den Krieg enthaltenen Voraussagungen durch den bisherigen Verlauf des gegenwärtigen Krieges gerechtfertigt worden sind. Der Artikel beantwortet die Frage in bejahendem Sinne, indem er ausführt, daß die Schlüsse, zu denen Herr v. Bloch nach eingehendem, gewissenhaftem und erschöpfendem Studium gekommen sei, in geradezu erstaunlichem Maße durch den Lauf der Ereignisse in dem gegenwärtigen Kriege gerechtfertigt worden seien.

Es dürfte vielleicht für die Leser der „Friedenswarte" von Interesse sein, zu sehen, wie Bloch, den der englische Artikel ausgiebig zitiert, dies ausführt. Der Artikel bringt aus der Vorrede des Blochschen Werkes die Stelle, in der davon die Rede ist, was eintreten würde, bei einem Versuch, die Differenzen zwischen Deutschland-Österreich einerseits, Frankreich-Rußland anderseits durch den Krieg zu schlichten. Er zitiert die Worte Blochs: „Zunächst wird eine Schlächterei in einem derartig gegen früher vergrößerten Maßstabe entstehen, daß es nicht möglich sein wird, genügend Truppen in den Kampf zu schaffen, um eine ausschlaggebende Entscheidung herbeizuführen. Man wird es versuchen, in dem Glauben, daß man noch unter den alten Bedingungen fechte, man wird aber eine derartige Lektion erhalten, daß man den Versuch für immer aufgeben wird. Denn, anstatt eines Krieges, den man ausficht bis zu seinem bitteren Ende und einer Reihe von entscheidenden Schlachten, wird man eine lange Periode von immer größer werdender Anspannung aller Hilfsmittel der Kriegführenden bekommen. Der Krieg, anstatt eines Kampfes von Hand zu Hand, in dem die Kämpfenden ihre physischen und moralischen Kräfte messen können, wird eine Art von Dauerprüfung werden, in dem keine Armee Herr über die andere werden kann; beide Armeen werden sich gegenüber stehen bleiben,

sich bedrohend, aber nicht in der Lage, durch einen endgültigen Angriff eine Entscheidung herbeizuführen. Es wird einfach die allmähliche Umwandlung in den bewaffneten Frieden in einem verschärften Maßstabe werden. Damit verbunden sein wird eine totale Störung jeden Handels und Gewerbes und ein Abschneiden von allen Quellen der Versorgung, die allein es der Allgemeinheit ermöglichten, die Last dieses bewaffneten Friedens zu ertragen. Es wird eine Vergrößerung der Ausgaben zugleich mit einer Verminderung der Quellen, aus denen diese Ausgaben bestritten werden können, entstehen. Die Zukunft des Krieges ist — nicht Kampf, sondern Hungersnot, nicht Töten von Menschen, aber Bankerott der Staaten und ein vollständiger Zusammenbruch der ganzen sozialen Organisation."

Der Verlauf der Dinge zeigt, daß die Gefahr vorhanden ist, daß die Voraussage Blochs sich erfüllt.

Sehr merkwürdig ist auch, was Bloch betr. des Schützengrabenkrieges voraussagt, und der Artikelschreiber macht mit Recht darauf aufmerksam. Bloch sagt, im nächsten Kriege werde jeder Soldat eingegraben sein. Es wird ein Schützengrabenkrieg werden. Das erste, was jeder Mann zu tun haben wird, wenn ihm sein Leben lieb ist, wird sein, sich einzugraben und einen Erdwall so hoch wie möglich zu errichten, um sich vor dem Hagel von Geschossen zu schützen, der die Luft erfüllen wird.

Er weist darauf hin, daß schon Napoleon I. gesagt hat, alle Grabenarbeit sei eine langsame Arbeit und folglich, wenn man sich bei jedem Vorgehen eingraben müsse, werde man nur langsam vorwärts kommen. Die Schlachten würden Tage dauern (in Wirklichkeit dauern sie jetzt Monate!) und am Ende wird es noch sehr zweifelhaft sein, ob ein entscheidender Sieg überhaupt gewonnen werden kann. Es ist viel wahrscheinlicher, meint Bloch, daß in Zukunft beide Seiten den Sieg für sich in Anspruch nehmen werden.

Endlich sagt er: Durch den nächsten Krieg, wenn es allen Warnungen zum Trotz doch dazu kommen sollte, wird nichts anderes bewiesen werden, als daß der Krieg unmöglich geworden ist, es sei denn natürlich, daß sein Zweck Selbstzerstörung ist. Natürlich sei es auch in Zukunft möglich, daß Staaten sich und ihre Nachbarn in die furchtbarsten Katastrophen stürzen, die den Umsturz aller zivilisierten und geordneten Staatswesen zur Folge haben. Aber wenn er sage, der Krieg sei in Zukunft unmöglich, meine er, daß es in Zukunft für einen modernen Staat unmöglich sein

werde, unter modernen Bedingungen den Krieg bis zu einem Ende zu führen, wo der Gegner durch die Gewalt der Waffen auf dem Schlachtfelde besiegt wird. Mit anderen Worten, er hält einen entscheidenden Krieg für ein Ding der Unmöglichkeit, noch sei ein Krieg möglich, der nicht auch für den Sieger die Konsequenz habe, daß seine Hilfsquellen zerstört und sein ganzes Staatswesen ruiniert sein werde. Krieg sei in Zukunft gleichbedeutend mit Selbstmord. Bloch setzt dann auseinander, wie gigantisch die Zahlen der in einem modernen Krieg verwendeten Truppen sein würden, wie schwierig ihre Bewegung und ihre Ernährung sein werde, im Gegensatz selbst zu den größten Heeren des Altertums, die nichts als Horden waren, an das einfachste Leben gewöhnt. Er führt aus, wie riesige Fronten jede zukünftige Schlacht haben und welche Konsequenzen für die Zufuhr von Nahrung und Munition daraus entstehen würden und wie schwierig es sein werde, so große Heeresmassen zum Zusammenwirken zu bringen.

Der Artikelschreiber verfehlt nicht, Bloch recht zu geben, indem er auf die Fehler der Engländer in Neuve-Chapelle, Ypern und Loos hinweist. Des weitern zitiert er die folgende Stelle aus Bloch:

„Es ist einfach erschreckend, wenn man sich das Schauspiel von Millionen von Männern vorstellt, von denen die Hälfte in aller Eile, sei es vom Acker, sei es aus der Fabrik, dem Bergwerk usw. herbeigerufen und unter das Kommando von Offizieren gestellt wurden, von denen kaum einer auf 100 jemals im Feuer gestanden und von denen die Hälfte in mehr oder weniger altmodischen taktischen Schulen ausgebildet worden sind. Aber selbst das ist nicht das Schlimmste. Selbst wenn alle diese Offiziere bei Beginn des Krieges genügend waren, so wird der Krieg kaum ein paar Wochen gedauert haben und die Mehrheit dieser Offiziere wird abgeschossen sein."

Der Artikelschreiber bemerkt dazu, daß, als der Krieg begann, in der englischen regulären Armee sich etwa 10000 Offiziere befanden, bis zum 9. November v. J. hatte England schon 21317 Offiziere verloren, wovon 6940 tot und 2067 verwundet sind.

Bloch kommt dann auf die Unmöglichkeit des Zukunftskrieges vom ökonomischen Standpunkt aus. Der Deutsch-Französische Krieg habe sieben Monate gedauert, aber es sei keine Hoffnung, daß in Zukunft ein ähnlicher Krieg so schnell durch Kampf enden werde. Der Krieg der Zukunft werde nicht durch Kämpfe, sondern durch Hungersnot beendigt werden (S. XXXVIII Vorrede).

Die Notwendigkeit für die Verlängerung des Krieges ist, nach

Blochs Ansicht, durch die Tatsache bedingt, daß in Zukunft der Krieg den Charakter einer Belagerung annehmen werde. Der Effekt, den diese Tatsache auf das dabei beteiligte Menschenmaterial haben werde, werde unheilvoll sein. Man müsse nicht vergessen, daß die Verluste in diesem Kriege furchtbar sein werden und daß der moderne Mann viel weniger imstande ist, dergleichen auszuhalten als seine Vorfahren (darin hat sich B. geirrt, im Gegenteil, der moderne Soldat hat sich weit ausdauernder und widerstandsfähiger erwiesen). Dann wird es eine Prüfung an Ausdauer, Geduld bei Entbehrungen, Standhaftigkeit bei Niederlagen usw. geben, und, fährt er fort, „die Männer an der Front werden sehr bald zur Untätigkeit verurteilt sein, und da wird die Frage entstehen, wie lange werden die zu Hause physisch und moralisch in der Lage sein, die Männer an der Front mit dem Nötigen zu versorgen." Er führt aus, wie enorm die Kosten eines Krieges bei dem gigantischen Maßstab sein werden, in dem er geführt werden muß, wie schwierig die Ernährung der Heere sein wird. Die Eisenbahnen würden nicht nur mit Beschlag belegt, sondern desorganisiert werden (letzteres war ein Irrtum, nur in Rußland scheint diese Voraussage vollkommen zuzutreffen). Und diese Schwierigkeiten werden sich nicht nur beim Heere, sondern auch bei der Zivilbevölkerung erheben.

„Jeder große Staat werde sich zu Kriegszeiten in der Lage einer belagerten Stadt befinden, und der Faktor, der bei allen Belagerungen ausschlaggebend ist, werde auch den modernen Krieg entscheiden. Die Soldaten mögen noch so tapfer kämpfen, die letzte Entscheidung werde in den Händen der Hungersnot liegen."

„Glauben Sie mir," wiederholt er, „je mehr man sich die äußersten politischen und sozialen Konsequenzen des modernen Krieges in aller Ruhe vor Augen hält, desto deutlicher erkennt man, daß, wenn überhaupt ein Krieg noch möglich sein sollte, er allein möglich ist, wie ich schon früher nachgewiesen habe, um den Preis des Selbstmordes." (SS. XXIX n. I. Vorr.)

Im allgemeinen, so führt er aus, sei es hoffnungslos, von einem Appell an die Waffen die Beilegung einer Streitigkeit zu erwarten. Erstens weil bei diesem Gerichtshof keine endgültige Entscheidung herbeigeführt werden kann, zweitens weil die Kosten des Prozesses für beide Parteien ruinös sein würden, denn der Krieg ist gerade durch die Vervollkommnung seiner Prozeßführung und die Kostspieligkeit seiner Methoden nicht mehr geeignet, irgendeine Entscheidung herbeizuführen. Er kann die Parteien ruinieren, aber er

ist immer dem ausgesetzt, daß seine Entscheidung endlos hinausgeschoben wird.

Was England betrifft, so lenkt der Artikelschreiber des „Economist" die Aufmerksamkeit seiner Leser besonders auf den folgenden Ausspruch Blochs: „Auch hier, falls England in einen Krieg verwickelt werden sollte, wird der entsprechende Faktor nicht eine Entscheidungsschlacht sein, sondern der Zwang der Not, der Mangel an Nahrung, — kurz die unvermeidlichen ökonomischen Folgen jedes großen Krieges bei dem gegenwärtigen Stand der Zivilisation" (S. LX. Vorr.). Seine Schlußfolgerungen sind das Ergebnis eines sehr eingehenden Studiums der sozialen, ökonomischen und sonstigen Faktoren in den hauptsächlichsten Ländern Europas.

Es ist interessant, aus dieser Zusammenstellung von Zitaten aus dem Blochschen Werke zu beobachten, wie richtig Bloch vorausgesehen hat, wenn er von der Dauer des Krieges sprach, von der Größe der dabei zur Verwendung kommenden Heeresmassen, der enormen Höhe der Kosten usw.; ja selbst den Schützengrabenkrieg hat er genau vorhergesagt, und wenn er sagt, daß der moderne Krieg ein Festungskrieg sein wird und die Staaten in einem modernen Kriege belagerten Festungen gleichen werden, hat er ebenfalls vollkommen das Richtige getroffen. Das beweisen die Tatsachen schon jetzt.

In einem Hauptpunkt hat er sich allerdings geirrt, er hat die Ausdauer, sowohl die physische wie die moralische, der Menschen in einem modernen Kriege unterschätzt. Aber wer hat das nicht getan? Wer hätte noch vor zwei Jahren es für möglich gehalten, daß Männer schon gereifteren Alters, die man direkt aus ihren Privatberufen wegreißt und ins Feld schickt, ein derartiges Maß von Strapazen, Leiden und Entbehrungen ertragen und solche unvergleichlichen Leistungen vollbringen könnten, wie sie tatsächlich bei allen kriegführenden Völkern geleistet worden sind? Wie weit seine Voraussagungen noch eintreffen werden in bezug auf den bevorstehenden Ruin der kriegführenden Staaten bei einem langen Kriege, und daß es weder Sieger noch Besiegte geben werde, ist heute noch nicht entschieden. Nach der bisherigen Entwicklung der Dinge sieht es aber fast jetzt schon so aus, als ob er auch darin recht behalten werde, wenn die Völker nicht eine Lehre aus dem bisherigen Verlauf ziehen und rechtzeitig dem wahnwitzigen Unternehmen der gegenseitigen Zerfleischung ein Ende machen sollten. Leider scheint nicht viel Hoffnung dafür vorhanden zu sein.

(Die Friedenswarte, Jahrg. XVIII, Nr. 2 vom Febr. 1916.)

Renan und der Krieg.

In der „Revue de Hongrie“ vom 15. Januar 1916, einer in Budapest in französischer Sprache erscheinenden, aber von Ungarn redigierten Zeitschrift, hat sich der ungarische Kunsthistoriker J. v. Végh das Verdienst erworben, einen Artikel auszugraben, der vom 16. September 1870 datiert und doch heute noch von aktuellem Interesse ist und nicht nur wegen seines Gegenstandes, sondern auch wegen seines Autors. Es handelt sich um einen offenen Brief, den Renan im „Journal de Débats“ an den deutschen Philosophen David Friedrich Strauß gerichtet hat, und zwar als Antwort auf einen ebensolchen Brief, den dieser in der damals noch als ein Weltblatt geltenden Augsburger Allgemeinen Zeitung kurz vorher veröffentlicht hatte. Strauß hatte darin seinem französischen Kollegen den Vorschlag gemacht, er möge mit ihm in einen Gedankenaustausch über die Ursachen und die Folgen des damals wütenden Krieges treten. Er meinte, daß es von Wert sein könne, wenn zwei den im Kampfe stehenden Nationen angehörende und von einander unabhängige Männer offen und ohne Leidenschaft sich über diesen Gegenstand aussprächen. Renan ging auf diese Aufforderung ein. Nebenbei bemerkt, tat er damit etwas, was heute kaum mehr denkbar ist. Ich kann mich wenigstens nicht entsinnen, daß bei Beginn des gegenwärtigen Krieges ein derartig objektiver, ruhiger Gedankenaustausch zwischen Franzosen und Deutschen in der Öffentlichkeit stattgefunden hätte.

Renans Antwort erschien im „Journal de Débats“ etwa 14 Tage nach der Schlacht von Sedan und sie ist auch heute noch ein höchst lesenswertes Dokument.

Mitten in dieser, für sein Vaterland so schmerzlichen Krisis, sucht Renan mit einer staunenswerten Objektivität die Wahrheit zu ermitteln. Seine Worte legen nicht nur Zeugnis ab von einem klaren, logischen Verstande, sondern auch von einer Vornehmheit der Ge-

danken und des Stils, die in wohltuendem Gegensatze stehen zu den von blinder Leidenschaft und Parteilichkeit getrübten Äußerungen der heutigen intellektuellen Welt gegenüber Deutschland.

Wer die lateinische Geistesverfassung und ihre leichte Erregbarkeit kennt, legt zwar nicht jede solche leidenschaftliche Äußerung auf die Goldwage, allein es geht doch zu weit, wenn Männer der Wissenschaft, wie die Mitglieder der „Académie Française“, die doch zu allererst die Pflicht hätten, sich ihre Unparteilichkeit zu bewahren, dem Gegner selbst diejenigen intellektuellen und moralischen Eigenschaften jetzt abstreiten, die sie früher willig anerkannt haben *.

Das, was an der Beurteilung der damaligen Ereignisse durch Renan von so hohem Interesse auch heute noch ist, das ist die Ruhe seines Urteils. Er steht wirklich über den Parteien, „au dessus de la mêlée“ würde Romain Rolland sagen.

Er fühlt und er fürchtet den Haß sowohl bei seinen Landsleuten wie bei seinen Gegnern.

Er bleibt ein guter Franzose, und trotzdem der Beobachter, der Denker, der Philosoph in ihm spricht, vergißt er nicht, was er seinem Vaterlande schuldig ist. Er leidet mit seinen Landsleuten beim Anblick des Unglücks, das über sein Land hereinbricht. Aber er sieht weiter, in die Zukunft, und die Folgerungen, die er aus seinen Beobachtungen und Überlegungen zieht, haben keine Ähnlichkeit mit den Schimpfereien der heutigen Ententepresse über die germanische Rasse und Kultur.

Renans Gedanken haben das Wohl Frankreichs und den Fortschritt der ganzen Menschheit im Auge. Er verwechselt nicht die Handlungen einer Regierung oder einer Partei mit den Wünschen der Völker, die er so gerne versöhnt hätte.

Die Gedanken, die Renan in seinem Brief an Strauß ausspricht, sind heute wohl aktuell, und einige davon klingen geradezu wie Prophezeiungen, die sich erfüllt haben. Denselben Gegenstand hat Renan noch in seinem am 15. September 1870 in der „Revue des deux Mondes“ erschienenen Artikel, sowie in seinem zweiten Brief an Strauß vom 15. September 1871 besprochen. Herr v. Végh zitiert auch davon einige Auszüge, welche wir im folgenden, ins Deutsche übertragen, wiedergeben.

* Die deutschen Intellektuellen, insbesondere die große Mehrheit der deutschen Universitätsprofessoren, waren übrigens nicht um ein Haar besser und haben ihren französischen Kollegen an Chauvinismus nicht nachgestanden.

„Dieser Krieg“, schreibt Renan, „hat mich mit Schmerz erfüllt, einmal wegen des entsetzlichen Unheils, welches er unvermeidlich mit sich bringen mußte, und dann wegen des Hasses und der Irrtümer, die er verbreiten und des Schadens, den er den Fortschritten der Wahrheit bereiten wird. Das größte Unglück in der Welt ist die Tatsache, daß Frankreich nicht Deutschland und Deutschland nicht Frankreich versteht. Dieses Mißverständnis wird sich immer mehr vertiefen. Man bekämpft den Fanatismus nur durch einen entgegengesetzten Fanatismus. Nach dem Kriege werden die Menschen noch engherziger geworden sein und nur schwer werden sie dann noch unsere freie und schöne Objektivität annehmen wollen.

Der Krieg wird einen wütenden Haß zwischen denjenigen beiden Teilen der europäischen Rasse entzündet haben, deren Einigung gerade am wichtigsten für den Fortschritt des menschlichen Geistes gewesen wäre.

Auf einer Seite die große Lehrmeisterin der wissenschaftlichen Forschung, auf der anderen die geniale und gewandte Führerin der Welt in allen edlen Gedanken sind damit für lange Zeit, vielleicht für immer, entzweit. Jeder von beiden Teilen wird sich immer mehr in seinen Fehlern festlegen, indem der eine immer gröber und rauher, der andere immer oberflächlicher und rückständiger wird. Die intellektuelle moralische und politische Harmonie der Menschheit ist gestört. Eine schrille Dissonanz wird sich auf Jahrhunderte hinaus in das Konzert der europäischen Gesellschaft mischen. In der Tat, wenn wir von den Vereinigten Staaten von Amerika absehen, beruht die intellektuelle und moralische Größe Europas auf einer dreifachen Allianz zwischen Frankreich, Deutschland und England. Vereinigt, würden diese drei großen Machtfaktoren die ganze Welt führen, und gut führen, und sie würden notwendigerweise die übrigen noch recht bedeutenden Elemente mit sich reißen, die das europäische Staatensystem ausmachen. Sie würden vor allem einer anderen Macht in gebietender Weise ihren Weg zeigen, — einer Macht, die man weder über- noch unterschätzen darf: Rußland. Mit der Einigung Frankreichs, Englands und Deutschlands hätte der alte Kontinent sein Gleichgewicht behalten, er hätte den neuen kräftig im Zaum gehalten und hätte die weite orientalische Welt unter seiner Vormundschaft gehalten und ihr nicht gestattet, sich übertriebenen Hoffnungen hinzugeben.

Das alles war nur ein Traum. Ein Tag hat genügt, um das

ganze Gebäude, in das sich unsere Hoffnungen gerettet hatten, umzustürzen, um die Welt allen Gefahren, allen ehrgeizigen Gelüsten und Roheiten auszusetzen . . ."

Klingt das nicht wie eine Prophezeiung, und ist nicht alles dies, was Renan vor 45 Jahren vorausgesagt hat, Wort für Wort eingetroffen?

Nie mehr, allen Bemühungen bis in die jüngste Zeit zum Trotz (man erinnere sich an die im englischen Blaubuch veröffentlichte Unterredung Sir Goschens mit dem Reichskanzler von Bethmann vor Ausbruch des Krieges) ist es seitdem gelungen, eine Verständigung zwischen England und Deutschland herbeizuführen. Ebensowenig eine solche zwischen Deutschland und Frankreich, und heute weniger denn je ist die geringste Aussicht vorhanden, daß sich jemals der so richtige Gedanke Renans einer Einigung der drei Mächte Deutschland, Frankreich und England verwirklichen könnte.

An einer anderen Stelle sagt Renan: „Die Ausrottungsarbeit ist zeitlich begrenzt, gerade so wie eine ansteckende Krankheit findet sie ihr Ende durch ihre Zerstörungsarbeit selbst, so wie die Flamme erlöscht, wenn der Gegenstand, der brannte, zerstört ist.

Ich habe irgendwo die Parabel von den zwei Brüdern gelesen, die, wahrscheinlich zur Zeit von Kain und Abel, sich in solchem Grade haßten, daß sie beschlossen, miteinander zu kämpfen, bis sie nicht mehr Brüder wären. Als aber beide erschöpft zu Boden sanken, erkannten sie, daß sie noch immer Brüder waren, Nachbarn, Landsleute, Ansassen desselben Flüßchens . . ."

Werden nicht auch heute die Kriegführenden, wenn sie bis zur Erschöpfung gekämpft haben und schließlich einmal Friedensunterhandlungen beginnen, erkennen, daß sie alle Europäer sind und daß sie besser täten, sich zu vereinigen, als sich gegenseitig zu zerfleischen?

Im weiteren Verlauf seines Briefes an Strauß spricht Renan von den deutschen Einheitsbestrebungen und ihrer Entwicklung und erkennt das Recht der deutschen Nationalität auf einen einheitlichen Staat vollkommen an, indem er allen Verdiensten des deutschen Volkes um den Fortschritt der Menschheit volle Gerechtigkeit widerfahren läßt. Aber er unterscheidet auch schon zwischen dem auf einer liberalen Verfassung begründeten deutschen Verfassungsstaat, über dessen Entstehung seiner Auffassung nach jeder französische Liberale sich nur freuen könne, und dem preu-

ßischen Militarismus, der in der aggressiven Politik Bismarcks personifiziert sei. Sie haben gezeigt, schreibt er an Strauß, daß die wahre Personifikation Deutschlands Goethe ist. Was gibt es aber weniger preußisches als Goethe? Er setzt dann des längeren auseinander, wie seine Hoffnung die sei, daß allmählich Preußen in Deutschland aufgehe, Deutschland, wenn es sich selbst überlassen bleibe, werde eine liberale, friedliche, selbst demokratische Nation werden. Deswegen dürfe sich Frankreich nicht einmischen. Die feudale Militärpartei in Preußen, welche eine der größten Gefahren für den Frieden Europas bilde, werde allmählich durch die deutsch gesinnte, liberale, preußische Bourgeoisie ersetzt werden, aber Deutschland werde sich von der preußischen Hegemonie erst dann befreien, wenn es keinen Kampf mit Frankreich mehr zu befürchten haben werde. Die Grundlage der deutschen Nation könne nicht wie in Preußen die Armee und in dieser wiederum der kleine Adel sein, sondern eine liberale Bourgeoisie. Das hat Renan nicht voraussehen können, daß gerade die Armee, wie es sich im Verlaufe des gegenwärtigen Krieges zeigt, in einem niegeahnten Maße zur Demokratisierung des deutschen Volkes beitragen würde.

Aber er wenigstens will nicht durch den Krieg den preußischen Militarismus vernichten, wie es die heutigen Gegner Deutschlands tun zu wollen vorgeben, sondern durch den Frieden. Das läßt sich hören!

Eine weitere Äußerung von ihm könnte heute geschrieben sein: „Wer hat den Krieg gemacht?" „Man muß sich hüten, bei solchen Fragen nur die allernächsten Ursachen ins Auge zu fassen. — Wenn man sich auf einen höheren Standpunkt stellt, dann muß man die Verantwortung für das entsetzliche Unheil, das in diesem unseligen Jahr über die Menschheit eingebrochen ist, teilen . . .

Dieser Krieg, man mag sagen was man will, war durchaus nicht unvermeidlich.

In Wirklichkeit, um die Gefahren eines Brandes zu beseitigen, genügte zu warten. Wie viele, die arme Menschheit berührende Fragen muß man erledigen, dadurch, daß man sie . . . nicht erledigt? Nach einigen Jahren ist man ganz erstaunt, zu sehen, daß die Frage gar nicht mehr existiert.

Hat es jemals einen stärkeren Nationalhaß gegeben, als den, der Frankreich und England sechs Jahrhunderte hindurch entzweit hat? Fast jedermann meinte, das könne nur durch einen Krieg endigen. Und doch ist der Zwiespalt verschwunden wie durch ein Zauberwort.

Es gäbe Krieg ohne Ende, wenn es keine Verjährung gäbe für Gewalttätigkeiten der Vergangenheit."

Renan geht dann noch des längeren darauf ein, wie unrecht Frankreich gehabt habe, sich der innern Entwicklung Deutschlands zu widersetzen, aber er fügt hinzu, ein ebenso großer Fehler von seiten Deutschlands würde es sein, an der Integrität Frankreichs zu rühren. Das hätte nur einen Sinn, wenn man Frankreich vernichten wolle. — „Glaubt man jedoch wie Sie," schreibt Renan an Strauß, „daß Frankreich für die Harmonie der Welt unentbehrlich sei, dann überlege man die Folgen, bevor man es zerstückelt."

Renan führt dann des näheren alle die Gründe an, welche die Notwendigkeit der Existenz eines Volkes wie des französischen und seine nützliche Rolle für die Entwicklung der Menschheit dartun.

Ich sehe davon ab, hier die ganze Stelle wiederzugeben, um so mehr, da ja eine Zerstückelung Frankreichs am Ende dieses gegenwärtigen Krieges wohl kaum zu befürchten ist. Ich will nur anführen, was er über die nachteiligen Folgen sagt, welche eine zu scharf betonte Trennung der Rassen in der Politik haben muß.

Er sagt sehr richtig, daß diese Trennung an sich schon auf einem wissenschaftlichen Irrtum beruhe, denn sehr wenige Länder besitzen eine wirklich reine Rasse. Diese Scheidung der Rassen könne nur zu Ausrottungskriegen, zu „zoologischen" Kriegen führen, wie er sich ausdrückt, ganz analog denen, welche gewisse Arten von Nagetieren und Raubtieren sich um ihr Dasein liefern. Das Prinzip der unabhängigen Nationalitäten sei nicht geeignet, die Menschheit von der Kriegsplage zu befreien, im Gegenteil, er habe immer befürchtet, daß die Substitution des Nationalitätenprinzips an Stelle des milden patriarchalischen Legitimitätsprinzips zur Folge haben werde, daß die Kämpfe der Völker untereinander zu Rassenausrottungskriegen ausarten und aus dem Völkerrecht alle die Milderungen verjagen würden, welche die kleinen politischen und dynastischen Kriege charakterisierten. —

Wer den gegenwärtigen Krieg und seine Entstehung miterlebt hat, der wird mir gewiß zustimmen, wenn ich sage, daß Renan geradezu wie mit Sehergabe alles, was seit den letzten zwei Jahren eingetreten ist, richtig vorausgesehen und vorausgesagt hat, wenn er sagt, daß die Nationalitätenfragen die Kriege zu Ausrottungskriegen machen werden.

Und was er in seinem Briefe an Strauß von den segensreichen Folgen schreibt, welche eine Verständigung der drei größten euro-

päischen Mächte, Deutschland, Frankreich und England für den Fortschritt der Menschheit haben könnte, bleibt auch heute noch wahr. Leider sind wir aber heute weiter denn je von der Realisierung dieses Ideals entfernt. —

(Rundschau des Auswärtigen Dienstes, Jahrgang III, Nr. 1 vom 15. März 1916.)

Eine Antwort auf Lord Cromers Brief an die „Times".

Die „Times" vom 11. April veröffentlicht einen Brief, den Lord Cromer an diese Zeitung gerichtet hat, in welchem er die Rede des deutschen Reichskanzlers und dessen Bemerkung über die Äußerung des englischen Premierministers von der „Zerstörung der preußischen Militärmacht" bespricht. Lord Cromer sagt, er entsinne sich nicht, etwas Derartiges von Mr. Asquith oder einem anderen verantwortlichen englischen Staatsmann gehört oder gelesen zu haben, und er sei überzeugt, daß diese nichts von einer „Vernichtung der preußischen Militärmacht" oder eines „geeinigten noch eines freien Deutschlands" gesagt haben könnten.

Es ist gewiß erfreulich, daß in dieser Beziehung durch die Ansprache von Mr. Asquith an die französische parlamentarische Delegation und jetzt durch diesen Brief an die „Times" eine Aufklärung erfolgt ist. Die Äußerung eines Mannes wie Lord Cromer, dessen hervorragende Tätigkeit im Dienste seines Landes auch in Deutschland stets volle Anerkennung gefunden hat, und der jetzt noch, obwohl er kein Amt bekleidet, zu den einflußreichsten Mitgliedern des englischen Parlaments gehört, hat nicht verfehlt, Beachtung zu finden.

Wenn ein Briefwechsel mit einem Staatsmann eines gegnerischen Staates möglich wäre, würde ich Lord Cromer folgendes antworten:

Sie sagen, die Rede des Herrn von Bethmann Hollweg entspreche wohl der Meinung der Mehrheit des deutschen Volkes. Damit dürften Sie nicht unrecht haben.

Sie sagen weiter: Ist dies der Fall, ist dies die Meinung des deutschen Volkes, dann sind die Schwierigkeiten, welche dem Abschluß des Friedens entgegenstehen, geradezu unüberwindliche.

Des weitern geben Sie der Meinung Ausdruck, es sei unter den gegenwärtigen Umständen mit einem Streit um Worte wenig zu

gewinnen, auch sei es noch zu früh, um sich auf eine Diskussion über Einzelheiten der Friedensbedingungen einzulassen.

Anderseits halten Sie es aber doch für nützlich, daß die Erklärung des Reichskanzlers von autoritativer englischer Seite besprochen werde, damit die Deutschen erfahren, „nicht nur, wer die Engländer sind, sondern für was sie kämpfen".

Sie kommen dann auf das Wort von der „Zerstörung der preußischen Militärmacht". Ihrer Ansicht nach wünscht niemand in Ihrem Lande die „Militärmacht" Preußens zu zerstören. Die militärische Stärke Preußens habe immer bestanden, bestehe heute und werde wahrscheinlich auch in der Zukunft sehr groß sein. Niemand in England werde etwas gegen ihr Fortbestehen einwenden, vorausgesetzt, daß man eine gewisse Sicherheit habe, daß sie „nur für berechtigte Zwecke" verwendet werde und nicht eine „bleibende Drohung" für die übrige Welt sei. Was man dagegen einwende, das sei, daß diese riesige militärische Macht „in der Hand eines absoluten Monarchen sein könne, der nur sich selbst verantwortlich und anscheinend von einer Anzahl Leuten geleitet werde, deren Ansichten über die Heiligkeit internationaler Verabredungen und über die Staatsmoral durchaus verschieden seien von denen aller andern zivilisierten Nationen". Herr von Bethmann hätte richtiger geraten, fahren Sie fort, wenn er gesagt hätte, der englische Wunsch sei, nicht Preußens Militär**macht**, aber die in Preußen herrschende Militär**partei** zu vernichten. Sie fassen dann Ihre eigene Ansicht über die Frage, welches das **Kriegsziel Englands** sei, in drei Punkten zusammen:

1. Es gebe keine Aussicht auf einen dauerhaften Frieden, so lange als ein „unkontrolliertes Junkertum in Deutschland herrsche".

2. Jede Änderung zum Zweck, diese Junkerherrschaft zu beschränken, müsse von den Deutschen selbst ausgehen. Denn selbst wenn Deutschland vollständig besiegt wäre, würde es ein verhängnisvoller Irrtum sein, wenn man, von außerhalb, Deutschland irgendwelche inneren Reformen aufzwingen wollte. Der in Pillnitz seinerzeit begangene Fehler dürfe nicht wiederholt werden.

3. England brauche und solle nicht den Kampf fortsetzen aus reiner militärischer Ruhmessucht oder um Deutschland zu erniedrigen, seine ökonomische Evolution zu behindern usw. Aber England könne aus Rücksicht gegen sich selbst und das übrige Europa ja seine eigene Nachkommenschaft, das Schwert nicht aus der Hand legen, bevor die Deutschen nicht bekehrt („converted") und zu der Er-

kenntnis erwacht seien, daß ihre Politik und ihr Regierungssystem einen Fluch für sie selbst und die zivilisierte Welt bedeute". Keine solche „Bekehrung" könne aber stattfinden, „bevor nicht der vollständige Bankrott ihres Systems den in Deutschland noch vorhandenen vernünftigen Elementen so klar geworden sei, daß sie daraus den Mut schöpften, das Joch des Junkertums abzuwerfen und wieder in die Gemeinschaft der zivilisierten Völker einzutreten, aus der sie jetzt verbannt seien".

Ich will auf die Einzelheiten Ihrer drei Thesen nicht eingehen und auch nicht alle Irrtümer näher darlegen, welche darin, meiner Meinung nach, sowohl über die tatsächlichen inneren politischen Zustände als die staatsrechtlichen Bedingungen des Deutschen Reiches enthalten sind und aufzuklären wären. Die „Frankfurter Zeitung" hat dies erst vor wenigen Tagen* in einer Besprechung Ihres Briefes an die „Times" ausführlich getan. Aber eines scheint mir unzweifelhaft, daß nämlich Ihre These Nr. 1 nichts anderes bedeutet als eine Einmischung in unsere innere Politik; wollen Sie diese zur Bedingung der Beendigung des Kampfes machen, dann wird er nie aufhören.

Mit Nr. 2 Ihrer Thesen schränken Sie zwar die erste wieder ein oder vielmehr heben sie auf, indem Sie selbst zugeben, daß jede Änderung des politischen Systems in Deutschland nur von den Deutschen selbst ausgehen kann.

Darüber wird kein Deutscher im Zweifel sein. Aber gleich darauf in Punkt 3 nehmen Sie wieder, so viel ich verstehe, alles zurück, was Sie unter 2 gesagt haben, denn Sie stellen die These auf, solange die Deutschen nicht „bekehrt" seien, könne England nicht Frieden schließen. Sie versprechen sich also von einer Fortsetzung des Krieges eine Einwirkung auf die inneren Zustände Deutschlands und hoffen die Deutschen durch die Drohung mit einer Niederlage zu „bekehren".

Wie unrichtig diese Bemerkung wäre, werden Sie gewiß selbst einsehen, wenn Sie sich die Wirkung überlegen, die es auf Sie haben würde, wenn ich Ihnen z. B. sagen wollte, Deutschland wird nicht eher Frieden schließen, bevor nicht das jetzige englische Ministerium abgetreten ist, oder Deutschland wird den Krieg fortsetzen, bis die englische Regierung Homerule in Irland eingeführt hat. Mit Recht würde jeder Engländer eine solche Zumutung mit Entrüstung zurück-

* In Nr. 166 vom 16. April.

weisen. Gerade so wird auch kein Deutscher weder eine direkte noch eine indirekte Einmischung einer auswärtigen Regierung in seine innern Angelegenheiten dulden. Und der in Punkt 3 Ihres Briefes dargelegte modus procedendi beträfe eine innere Angelegenheit Deutschlands. Ich will hier nicht auf eine Diskussion über die innern Zustände Deutschlands eingehen, aber das kann ich Ihnen sagen, Ihre Methode, durch eine Einwirkung von außen auf den innern Zustand eines gegnerischen Staates den Frieden herbeiführen zu wollen, wäre nicht die richtige, und ich glaube, Sie würden gerade das Gegenteil von dem erreichen, was Sie zu erreichen beabsichtigen.

Wenn etwas dazu geeignet ist, das, was man gewöhnlich als „Militarismus" oder „Junkerherrschaft" bezeichnet, zu begünstigen und allem Liberalismus schädlich zu sein, so ist es der Krieg. Davon scheint man sogar in England schon jetzt einen Vorgeschmack zu bekommen. Ich lese wenigstens jeden Tag in englischen Zeitungen und Zeitschriften lebhafte Klagen über die Tatsache, daß seit dem Kriege schon so viele liberale Errungenschaften, die sich das englische Volk im Lauf der Jahrhunderte erkämpft hatte, verloren gegangen seien.

Wenn ich mir erlauben darf, meiner persönlichen Meinung Ausdruck zu geben: Für den einfachsten Weg würde ich immer noch halten, nicht daß man zu den Millionen von vernichteten Menschenleben neue Millionen und zu den Milliarden von zerstörten Werten weitere Milliarden hinzufüge, sondern daß die vernünftigen Elemente auf beiden Seiten einmal anfingen, miteinander vernünftig und höflich zu reden.

Nach der Rede des deutschen Reichskanzlers und der Erklärung des englischen Staatsmannes sieht es ja fast so aus, als ob die verantwortlichen Männer einer Aussprache nicht mehr so ganz abgeneigt seien.

Ich bin nicht „dans le secret des dieux", aber ich glaube, daß, ebenso wie Regierung und Volk in Deutschland fest entschlossen und dazu auch vollauf imstande sind, den Kampf gegen eine Welt von Feinden mit derselben Tatkraft wie bisher weiterzuführen, ebenso auch sowohl das deutsche Volk wie seine Regierung gern einem Vorschlag zustimmen würden *, der geeignet wäre, auf ver-

* Darin war ich damals zu optimistisch.

nünftigem Wege dem nun bald zwei Jahre währenden, Leben und Wohlstand von Millionen zerstörenden Zustand *ein Ende zu machen* und der Wiederkehr einer Weltkatastrophe wie der gegenwärtigen vorzubeugen, ohne das Selbstbestimmungsrecht der Nationen in bezug auf ihre innern verfassungsmäßigen Zustände anzutasten.

(Neue Zürcher Zeitung Nr. 652. I. vom 25. April 1916.)

Brief aus der Schweiz.

Der Ausländer, der die Gastfreundschaft der Eidgenossenschaft genießt, muß sich vor allem eins vor Augen halten, daß, will er über die Schweiz sprechen, in der gegenwärtigen Zeit mehr denn je Takt notwendig ist. Denn die geographische und politische Lage der Schweizer Republik, rings umschlossen von kriegführenden Großmächten, ist eine so besondere, und der Eidgenosse ist, mit Recht, so feinfühlend und empfindlich in allem, was die Beurteilung seines Heimatlandes durch Nichtschweizer, welcher Nation sie auch angehören mögen, betrifft, daß es für den Fremden einer gewissen Zurückhaltung bedarf, wenn er die Zustände dieses Landes beurteilen will. Er muß sich dieser schon deshalb befleißigen, will er nicht, selbst unabsichtlich, ein Mißverständnis hervorrufen und seine Gastgeber durch ein falschverstandenes Wort kränken. Und doch erscheint mir diesmal meine Aufgabe nicht gar so schwer, weil, wenn ich ganz objektiv und wahrheitsliebend sein will, ich wirklich Gutes und Erfreuliches zu berichten habe.

Es sind jetzt fast zwei Jahre her, seit ich, vor der entfesselten Kriegsfurie aus Frankreich flüchtend, den gastlichen Boden der Schweiz betreten habe. Ich werde mich den Rest meines Lebens an diesen Sonntag des 1. August 1914 erinnern.

Am Abend vorher war ich aus dem vor Aufregung zitternden, kurz vor der Mobilisation stehenden Paris mit dem letzten internationalen Luxuszug „Engadin-Expreß" abgefahren, hatte unterwegs in der Nacht von allen Bahndämmen, Brücken und Bahnhöfen die französischen Bajonette blinken gesehen, an allen Stationen das Gedränge der zu den Fahnen gerufenen Männer, welche ohne Begeisterung, aber mit ernsten, fast finsteren, entschlossenen Mienen auf ihren Abtransport warteten. Überall Berge von Gepäckstücken, die nun zur Verzweiflung ihrer internationalen Eigentümer einem unsicheren Schicksal preisgegeben, anderen im Augenblick für nütz-

licher geltenden Gegenständen beim Transport den Vorzug lassen mußten, nämlich Bomben, Granaten, Kanonen und ähnlichen schönen Dingen. Unterwegs, in Belfort, waren die ersten wilden Kriegsgerüchte von aufgerissenen Schienen, abgefangenen Lokomotiven, Vorpostengefechten an der elsässischen Grenze usw. in meinen Schlafwagen gedrungen und hatten die wenigen Reisenden, welche trotz allem noch den Schlaf gefunden hatten, wachgerüttelt. Gleichzeitig kam auch die Kunde von der am Abend vorher in Paris erfolgten Ermordung von Jaurès und von dem angeblichen Ausbruch einer Revolution in Paris. Um 7 Uhr früh in Delle überschritten wir die Grenze. Es war ein prachtvoller Sommermorgen, so ein richtiges Sonntagswetter. Klarer, blauer Himmel, in der Ferne duftige Berge, auf den vom Tau glänzenden, mit dem durchsichtigen Schleier des Morgennebels überzogenen Wiesen schöne, fette Schweizerkühe weidend, wie Spielsachen anzusehen, im Hintergrunde ein stattliches Dorf, von dem her sonntägliches Glockengeläute mit der frischen Bergluft durch das geöffnete Waggonfenster drang. Das Ganze ein Bild tiefsten Friedens, um so wohltuender bei dem Gedanken an das, was man hinter sich gelassen hatte. Unwillkürlich mußte ich an ein Gemälde von Böcklin denken, das ich einmal in Berlin gesehen habe, eine Landschaft darstellend, auf der rechts eine brennende Stadt, schwarze Rauchwolken, eine vom Krieg verwüstete Gegend zu sehen ist, über der in den Wolken die apokalyptischen Reiter dahinrasen, und links blauer Himmel und eine noch im tiefsten Frieden liegende, italienisch anmutende Landschaft; und ich zollte dem Lande Dank, innerhalb dessen Grenzen ich mich nunmehr in Sicherheit befand und von dem ich wußte, daß ich dort ein gastfreundliches Obdach finden würde. Das war das erstemal, daß ich der Schweiz, wenn auch nur im stillen, meinen Dank abstattete; und seitdem hat sich dieses Gefühl der Dankbarkeit noch vertieft. Denn nicht nur, daß die Schweiz denjenigen, die in diesen unruhigen Zeiten aus irgendwelchen Gründen eine ruhige und sichere Unterkunft außerhalb der kriegführenden Staaten gesucht haben, diese auf das freundlichste und entgegenkommendste gewährt hat, auch auf andere Weise hat sie sich den Dank aller der Vielen erworben, welche, von ferne kommend, sich für die Kriegsdauer bei ihr niedergelassen haben.

Jeder, der hier einige Zeit wohnt, und nicht zuletzt der Deutsche, kann hier vieles lernen, was ihm als Mensch und als Staatsbürger nützlich ist.

Das Beispiel, das die Schweizerische Eidgenossenschaft gibt, in der drei Nationen friedlich vereint eine Föderation bilden, ist in mehr als einer Beziehung lehrreich. Einmal, weil es demjenigen, der wie unsereiner aus einem Staate kommt, mit einer vollkommen anderen Verfassung und anderen politischen Verhältnissen, ein anschauliches Beispiel des Musters einer in Tätigkeit befindlichen Demokratie gibt, dann weil ihr Milizheer für jeden, der über solche Fragen, besonders im Hinblick auf die Zukunft, nachdenkt, von hohem Interesse zu studieren ist, und endlich, weil hier in der Schweiz, wie nirgends, ein lebendiges Beispiel uns vor Augen steht, daß und wie ein ersprießliches Zusammenleben und Wirken mehrerer grundverschiedener Nationen und Rassen möglich ist. Und damit eröffnen sich für den, der weiter überlegt, Ausblicke über die Möglichkeiten zwischenstaatlichen Lebens in einem Europa der Zukunft und alles, was damit zusammenhängt.

Nicht zuletzt ist es für den Ausländer von hohem Interesse, zu beobachten, wie die am Steuerruder befindlichen Männer das Staatsschiff der Schweiz durch die mannigfachen Klippen hindurchzusteuern wissen, welche die neutrale Stellung der Schweiz mit sich bringt. Ich muß es mir hier aus selbstverständlichen Rücksichten versagen, näher darauf einzugehen; das aber darf ich doch wohl aussprechen, daß Reden wie die, welche die Bundesräte Motta, Hoffmann und andere gehalten haben, diese offene, klare, mutige, im besten Sinne demokratische Art sich mit seinem Volke wie freimütige Männer auseinanderzusetzen, auch für den Nichtschweizer wohltuend anzuhören sind, denn sie beweisen, daß die Geschicke des Landes von Männern gelenkt werden, denen die salus publica (das öffentliche Wohl) suprema lex (das oberste Gesetz) ist und daß das Schweizervolk mit Vertrauen und Sicherheit in die Zukunft blicken darf.

Noch eines haben diese Debatten ergeben, daß die Schweizer stolz sein können auf ihr Heer, denn wenn wirklich ernstliche Mängel darin vorhanden wären, dann hätte die von dem Zwischenfall mit den zwei hohen Offizieren des Generalstabs hervorgerufene mehrwöchige Diskussion in der Presse, wie die Verhandlungen vor dem Militärgericht sowie die ausgiebigen Debatten in Nationalrat und Ständerat, in denen überall die Zustände im Heer und das Verhältnis zwischen Militär- und Zivilgewalt unter die Lupe genommen wurden, sie unzweifelhaft zutage fördern müssen. Nichts Derartiges aber hat sich ergeben, sondern das Heer ist glänzend aus

der Probe hervorgegangen. Wer übrigens jemals in der Kriegszeit Gelegenheit gehabt hat, eine Abteilung der Schweizer Armee vorüberziehen zu sehen, der muß, selbst wenn er ein militärischer Laie ist, den Eindruck bekommen haben, daß diese stattlichen, in strammer und doch elastischer Haltung marschierenden Männer wirklich eine kriegstüchtige Truppe bilden, auf die sich das Land verlassen kann. Sie setzen ja übrigens nur eine alte Tradition fort; ist doch der Schweizer von jeher kriegstüchtig gewesen, der seit Jahrhunderten auf allen berühmten Schlachtfeldern ruhmvoll gekämpft hat. Um so mehr wird er es jetzt sein, wo Heer und Volk nur mehr Eines sind, wo er nicht mehr, wie so oft in früheren Zeiten, für die Sache fremder Staaten und fremder Souveräne kämpft, sondern wo sein alleiniger Existenzzweck der Schutz des eigenen Vaterlandes und seiner Integrität und Unabhängigkeit ist.

Die Aussprache in der Frühjahrstagung des Nationalrates behandelte Fragen, welche nicht nur von der größten Wichtigkeit für das Land, sondern zugleich von der heikelsten Natur waren: so die Stellung der Schweizer Bundesregierung und ihre Auffassung über die Neutralität und ferner das Verhältnis zwischen Militär- und Zivilgewalt und die Änderungen, die es infolge des Kriegszustandes erlitten hat, womit speziell die sogenannte „Oberstenaffäre" zusammenhing, welche in der Schweiz so tiefgehende Erregung hervorgerufen hatte, daß es fast den Anschein hatte, als ob darüber das Verhältnis zwischen den drei Nationalitäten, die der Schweiz angehören, in die Brüche gehen würde. Aber gerade hier hat es sich gezeigt, daß in einer kräftigen, selbstbewußten Demokratie in solchen Fällen offene Aussprache das beste Mittel zur Beruhigung und Verständigung ist. Ich glaube, es wird wenige Staaten, selbst unter viel größeren als die Schweiz es ist, geben, welche es wagen würden, eine Prozeßverhandlung, wie diesen Prozeß gegen die beiden Generalstabsobersten *, mit einer derartig rückhaltlosen Öffentlichkeit stattfinden zu lassen. Selbst die Bundes-

* Die schweizerischen Obersten Egli und v. Wattenwyl kamen vor das Züricher Gericht, weil sie beschuldigt waren, Berichte der Nachrichtensektion an den Militärbevollmächtigten einer kriegführenden Macht (Deutschland) geliefert zu haben. Sie konnten aber dartun, daß sie das aus dienstlichen Gründen getan hatten, um wieder Nachrichten zu erhalten und wurden deshalb freigesprochen. Sie erhielten dann auf dem Disziplinarwege „wegen Mangels an Umsicht" 20 Tage strengen Arrest und wurden aus dem Generalstab entlassen.

regierung hat anfangs gezögert, bis sie sich dazu entschlossen hat, was man begreifen kann. Und doch hat das Resultat nachher gezeigt, daß diese Offenheit das einzig Richtige war. Daß ein solches Vorgehen in einem Staate möglich ist, das beweist, wie gesund die Grundlage ist, auf der er ruht. Die Verhandlungen des Nationalrates haben dann weiter klärend und beruhigend gewirkt, und es war interessant, zu beobachten, wie durch alle Gegensätze hindurch immer wieder die Liebe zum Schweizer Vaterland bei allen Abgeordneten durchleuchtete.

In einem Teile der deutschen Presse findet man häufig die fehlerhafte Auffassung vertreten, als ob die Sympathien der Deutschschweizer für das stammverwandte Reich sich auch in einer ausgesprochenen Parteinahme für die deutsche Sache im Weltkriege ausdrücken müßten und als ob die französischen Sympathien der Westschweizer gleichbedeutend mit dem Wunsche einer Vereinigung mit Frankreich seien. Das eine ist so falsch wie das andere. Der Teil der deutschen Presse, der diese Auffassung vertritt, kann sich offenbar nicht in die Denkart oder, um das so viel gebrauchte Wort zu verwenden, in die Mentalität des Schweizers hineinversetzen, ebensowenig wie er sich in die unserer Gegner hineindenken kann. Er teilt diesen Mangel an psychologischem Verständnis übrigens mit den Heißspornen aller Nationen. Was die Schweiz betrifft, ist dieser Fehler doppelt bedauerlich, denn er entfremdet uns Sympathien, die uns sonst mühelos zugefallen wären.

Gewiß, ich begreife, daß es manchem Deutschen eine unangenehme Überraschung und Enttäuschung war, als er zum erstenmal während des Krieges nach der deutschen Schweiz kam und zu seinem Erstaunen bemerkte, daß, neben ausgesprochen Deutschfreundlichen, er auch dort viele antraf, die, obgleich Deutschschweizer, dem Deutschen gegenüber von einem Mangel an Enthusiasmus und von einer Zurückhaltung waren, die er nicht erwartet hatte. Auf der anderen Seite fand er in der französischen Schweiz, namentlich in der dortigen Presse, eine teilweise geradezu fanatische Parteinahme für Frankreich und einen wenig freundlichen Empfang, während er doch in Friedenszeiten auch dort ein gern gesehener Gast gewesen war. Und doch, bei ruhigem Nachdenken hätte er leicht eine Erklärung für beide Tatsachen finden können.

Daß die französische Schweiz oder la Suisse Romande intellektuell ihre ganze geistige Nahrung aus Frankreich bezieht und nur ausnahmsweise aus Deutschland, ist Tatsache. Auch erlernt der

französische Schweizer viel seltener das Deutsche, während umgekehrt der deutsche Schweizer viel öfter des Französischen mächtig ist und infolgedessen auch intellektuell dem Franzosen näherkommt. Es ist daher erklärlich, daß der französische Schweizer, der an sich schon leidenschaftlicher ist, sich schwer dem suggestiven Einflusse der französischen Presse entziehen konnte. Dazu kommt noch, daß von Frankreich aus sehr geschickt durch Entsendung von Koryphäen der intellektuellen Welt unter dem Deckmantel wissenschaftlicher und literarischer Vorträge Propaganda für die französische Sache gemacht wurde, der die Deutschen anfangs teils zu wenig Beachtung schenkten im Vertrauen der Gerechtigkeit ihrer guten Sache, teils ihr nichts anderes entgegenzusetzen hatten, als eine Anzahl von mehr oder weniger geschickt abgefaßter Broschüren, bei denen man nur, zu oft die Absicht merkend, verstimmt wurde.

Wenn nun selbst in der deutschen Schweiz die Sympathien für die deutsche Sache nicht überall so warm zum Ausdrucke kommen, als man bei uns vielfach gewünscht und erwartet hätte, so bedeutet das noch lange keine Deutschfeindlichkeit. Es liegt vielmehr an verschiedenen Ursachen, die näher auszuführen ich mir hier leider aus Mangel an Raum versagen muß.

Über das eine müssen wir uns aber klar sein, das ist die Bedeutung, welche für den Schweizer die Neutralität seines Landes hat. Sie ist geradezu der Grundpfeiler, auf dem das ganze Gebäude ruht, seine raison d'être, ohne die eine Schweiz, wie sie heute ist, überhaupt nicht denkbar wäre. Daß das Schicksal so mancher neutraler Staaten in diesem Kriege dem Schweizer zu denken gegeben und er die Nutzanwendung daraus für sich gezogen hat, ist begreiflich; besonders aber, daß ihm das Los Belgiens einen tiefen Eindruck gemacht hat.

Dies zeigte sich schon bei der früher erwähnten „Oberstenaffäre". Mit welcher Aufmerksamkeit wurde in der ganzen Öffentlichkeit der Schweiz jede im Verlaufe des Zeugenverhörs gefallene Äußerung, welche die Neutralität der Schweiz betraf, namentlich die Aussagen des Generalstabschefs, verfolgt und auf die Goldwage gelegt. Auch konnte man beobachten, wie sofort sich eine gewisse Erregung bemerkbar machte, als die Nachrichten über militärische Maßnahmen der niederländischen Regierung zum Schutze ihrer bedrohten Neutralität und über eine Aggravierung der dortigen Lage eintrafen. Als wieder beruhigende Meldungen kamen, verschwand auch wieder die Erregung. Im allgemeinen nimmt man allerdings im jetzigen

Stadium des Krieges alle solche Nachrichten mit größerer Ruhe auf, als bei Beginn des Krieges. Es ist, als ob allmählich eine gewisse Abgestumpftheit und Gleichgültigkeit eingetreten sei, nach allem, was man hat mitansehen müssen. Immerhin findet alles, was einem neutralen Staate widerfährt, in der Schweiz sofort seinen Widerhall. Denn jeder Schweizer hat das Gefühl, daß die Neutralität seines Landes zu dem Kostbarsten gehört, was er besitzt; und mit Recht, denn sie verbürgt ihm sein heiligstes Gut, seine Unabhängigkeit und seine ruhige Entwicklung im Schutze des Friedens.

Daß die rücksichtslose Behandlung der neutralen Staaten durch die Entente und der ungeheure Schaden, der ihnen daraus erwächst, auch in der Schweiz schmerzlich empfunden wird, und die dadurch erzeugte Stimmung von Tag zu Tag an Bitterkeit zunimmt, kann man überall hören. Bei Frankreich läßt man mehr oder weniger noch die schlechte Organisation und Ähnliches als Entschuldigung gelten für die mancherlei Schäden, welche der Schweiz zum Beispiel durch Zurückhaltung von Eisenbahnwagen und ähnlichem zugefügt werden. Freilich wird auch gegen Frankreich die Stimmung in Handelskreisen täglich ärgerlicher. Aber England macht man direkt den Vorwurf mangelnden guten Willens. Was besonders empört, das ist die rücksichtslose Verletzung des Briefgeheimnisses und die dadurch benützte Ausspionierung kommerzieller Geheimnisse (soll doch das englische Konsulat so weit gehen, Vorlage ihrer Bücher von schweizerischen Geschäften zu verlangen), sowie die erpresserische Art, wie die Notlage eines neutralen Staates und der Mangel an gewissen Rohstoffen von England benützt wird, um ihn gefügig zu machen. Deshalb empfindet man es besonders bitter, daß die Vereinigten Staaten, dieser größte aller neutralen Staaten, aus egoistischen Motiven eine Politik befolgen, die zur Verlängerung des Krieges beiträgt, statt mit allen übrigen neutralen Staaten dafür zu wirken, daß der Friede so bald wie möglich wieder zurückkehre und dem weiteren Fortsetzen des Ruins Einhalt getan werde.

Abgesehen von dem hohen Interesse, welches das Studium der politischen Verhältnisse des Landes für den dort die Gastfreundschaft während des Krieges genießenden Ausländer bietet, hat er aber Gelegenheit, die Schweiz noch von einer anderen Seite kennen zu lernen, und ich möchte fast sagen, von ihrer schönsten, nämlich der rein menschlichen Seite.

Es ist bekannt, daß die Schweiz von jeher den Verfolgten ein Asyl gewesen ist, jeder weiß ferner, daß es ein Schweizer (Dunant) war, der eine der segensreichsten Institutionen der Menschheit, das Rote Kreuz gegründet hat, das seit seinem Bestehen so unendlich viel zur Linderung menschlichen Elends getan hat. Die Schweiz ist von jeher ob ihrer Hilfsbereitschaft in Kriegs- und sonstiger Not berühmt gewesen, was sie aber im bisherigen Verlauf des jetzt noch tobenden Weltkrieges an Menschenfreundlichkeit, an Opferwilligkeit, an ebenso intelligenter wie tatkräftiger Hilfe nach den verschiedensten Richtungen zum Heile von Hunderttausenden von Opfern des Krieges ohne Unterschied der Nation geleistet hat, das dürfte wohl in seiner Großartigkeit einzig dastehen. Es ist ein Trost für alle diejenigen, die im Entsetzen ob der noch nie dagewesenen unheimlichen Größe menschlichen Jammers und Schmerzes, den dieser Krieg im Gefolge hat, an der Menschheit zu verzweifeln anfingen, es gibt ihnen Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Ich würde den mir zur Verfügung stehenden Raum überschreiten, wollte ich alles anführen, was aus der Initiative der Schweiz an Hilfeleistungen für Teilnehmer des Krieges und ihre Angehörigen usw. geleistet worden ist und noch wird; ich möchte nur einige der wichtigsten davon erwähnen.

Gleich zu Beginn des Krieges bewiesen die Schweizer ihre Hilfsbereitschaft, als in den ersten Tagen des August 1914 sich plötzlich lawinenartig der Strom der aus Deutschland und Frankreich in ihre Heimat zurückflutenden Italiener in die Schweiz ergoß. Überall, in Boncourt und Basel, in Romanshorn wie in Zürich, in St. Gallen wie in Luzern, wurde die Hilfsaktion eingeleitet, die Flüchtenden beherbergt, gelabt und unterstützt, bis es möglich war, sie alle nach und nach durch die Schweiz an die italienische Grenze zu bringen. Welche Summe von Aufopferung und Mühe dies darstellt, kann man ermessen, wenn man berücksichtigt, daß in dem einen Monat August mehr wie hunderttausend solcher italienischer Rückwanderer die Grenze in Chiasso überschritten.

Die wichtigste von allen Hilfsorganisationen stellt das Internationale Komitee des Roten Kreuzes dar. Auf die Initiative seines Präsidenten, des Staatsrates und Nationalrates Gustav Ador, wurde gleichzeitig zu Beginn des Krieges in Genf das Ermittlungsbureau für Kriegsgefangene errichtet. Er kam damit einem Beschluß nach, der im Mai 1912 auf der Konferenz der Roten Kreuz-Gesellschaften gefaßt worden war und

der die segensreichsten Folgen haben sollte. Als damals die Vertreter des Roten Kreuzes sich in Washington in dem Palast der Panamerikanischen Union, dieser in Europa noch zu wenig beachteten Institution, versammelt hatten, hat wohl keiner unter ihnen geahnt, daß kaum dreißig Monate nachher die furchtbare Katastrophe hereinbrechen und ihre Tätigkeit in einem nie gesehenen Umfange auf die Probe stellen sollte. Die Konferenz beschloß, daß sofort noch im Frieden alle Roten Kreuz-Gesellschaften die Organisation von Spezialkommissionen in die Hand zu nehmen hätten, um die Hilfsdienste zu beraten, die in Kriegszeiten den Kriegsgefangenen geleistet werden könnten. Mit der Durchführung dieser Arbeit wurde das Internationale Komitee des Roten Kreuzes in Genf betraut.

Wenn es gerade Genf, die Stadt Dunants, des Begründers des Roten Kreuzes, war, welche so gewissermaßen die Zentrale ist, von der aus das Ministerium der Humanität, wie man es mit Fug und Recht nennen könnte, unter der Leitung des Herrn G. Ador seine Wirksamkeit entfaltete, so folgt sie damit nur einer alten Tradition. Rühmt doch schon Monier in seinem Buche über das Genf Töpfers, wie tief eingewurzelt bei seinen Bürgern das Gefühl der menschlichen Solidarität sei und wie hilfsbereit seine Einwohnerschaft sich bei jeder Gelegenheit gezeigt habe.

Man kann es wirklich ein Ministerium nennen, dieses Bureau, welches seinen Sitz im Museum Rath in Genf aufgeschlagen hat und in dem Hunderte von freiwilligen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen im Dienste der Menschenliebe tätig sind. Nicht nur mit den verschiedenen Zentralkommissionen des Roten Kreuzes, aber auch mit den verschiedenen Regierungen der kriegführenden und neutralen Staaten hat sein Präsident zu korrespondieren. Und es handelt sich oft um schwierige und heikle Fragen, welche unendlich viel Takt und Geduld, ja diplomatisches Talent und dabei Energie und Zähigkeit verlangen. Welchen Umfang die Tätigkeit dieses Bureaus angenommen hat, möge man daraus ermessen, daß allein in der Zeit bis 30. Juni 1915 schon über 3730000 Antworten auf Anfragen von dem Komitee hinausgegangen sind. Bei diesen Auskünften handelt es sich um die Vermittlung zwischen den Kriegsgefangenen, sowie den Zivilinternierten in den verschiedensten Ländern mit ihren Angehörigen. Wie viele gepeinigte Menschenherzen dort Trost gefunden haben und Erlösung aus banger Ungewißheit,

freilich, wie manche letzte Hoffnung auch für immer dort geknickt werden mußte, ist kaum zu sagen.

Rührend ist das Vertrauen, mit dem sich Schreiberinnen und Schreiber an das Komitee wenden, um Auskunft über ein geliebtes Wesen zu erlangen, und wie zähe sie an der Hoffnung festhalten. Die Unsumme von Kummer und Pein, die täglich aus diesen Tausenden von Briefen und Karten spricht, wäre grauenerregend, wenn dem nicht auf der anderen Seite die Aufopferung, das warme Mitgefühl, die Liebe gegenüberständen, die Balsam auf alle diese zerrissenen Menschenherzen träufelt.

Die Wohltat, welche das Ermittlungsbureau in Genf so vielen Kriegsteilnehmern und ihren Angehörigen erwiesen hat, war um so größer, als bei Beginn des Krieges noch so manche durch eine skrupellose Hetzpresse verbreitete unsinnige Gerüchte (wie Tötung von Gefangenen durch den Feind und ähnliches), namentlich in Frankreich, verbreitet waren und die Besorgnisse der Familien ins Ungemessene gesteigert hatten. Erst durch die in die Wege geleitete Korrespondenz zwischen Kriegsgefangenen, Internierten und ihren Angehörigen trat allmählich Beruhigung ein.

Außer der Auskunftserteilung und Vermittlung von Nachrichten beschäftigt sich das Komitee noch mit der Besorgung der Paketsendungen für die Kriegsgefangenen, sowie dem Geld- und Anweisungsverkehr. Getrennt von diesem Hauptbetrieb ist ein Bureau für Zivilgefangene (in Feindesland internierte Personen). In diesem Bureau hat längere Zeit Romain Rolland gearbeitet. Eine andere Abteilung betrifft die Korrespondenz der Geiseln. Aber noch über diese so segensreiche Arbeit hinaus hat sich das Genfer Komitee große Verdienste erworben durch eine Reihe humaner Anregungen zu zahlreichen ähnlichen Werken der Hilfsarbeit.

Ich nenne davon nur die Aufnahme belgischer Flüchtlinge und Waisenkinder, die Heimschaffung der Internierten und Evakuierten, von denen viele Tausende ihren Weg durch die Schweiz genommen haben, das Internationale Frauenbureau für Erkundigungen zugunsten der Opfer des Krieges, das Züricher Bureau für Aufsuchung Vermißter, die Hilfsstelle für Kriegsgeiseln in Basel, der Austausch schwer Verwundeter und andere mehr.

Die Wirkung aller dieser Aktionen wird sich noch auf Jahre hinaus geltend machen. Sie wird den Völkern, deren Angehörige die Wohltaten derselben genossen haben, ein Beispiel sein, von dem, was wahre Menschenliebe vollbringen kann, und es wird eine mora-

lische Erhebung davon ausgehen. Anderseits wird sie den Schweizern selbst in der Befriedigung, die sie empfinden müssen, nicht nur den verdienten Lohn, sondern zugleich den Ansporn geben, weiterhin auf diesem altruistischen Wege ihr Glück zu suchen. Und noch eine gute Folge hat sie schon jetzt gehabt. Sie hat Menschen zu gemeinsamer Arbeit vereint, welche durch ihre politischen Meinungen getrennt waren, und hat ihnen so den Weg gezeigt, wo das Gebiet zu finden ist, auf dem die Gegensätze verschwinden und nur das einigende übrig bleibt, nämlich das der wahren Humanität. Der Ausländer aber sieht mit hoher Bewunderung, wie einig die Eidgenossenschaft auch auf dem Gebiete der allgemeinen Menschenliebe ist. Und wenn dereinst diese Kriegszeit zu Ende ist und die Völker Europas wieder daran gegangen sein werden, das Zerstörte wieder aufzubauen, die Gräben zu überbrücken, und die abgerissenen Fäden wieder anzuknüpfen, dann wird es wiederum die Schweiz in erster Linie sein, die hilfsbereit das Ihrige tun wird, um die feindlichen Brüder zusammenzuführen und zu versöhnen. Jeder aber, der in dieser Schreckenszeit hier ein Asyl gefunden hat, wird sich den Rest seiner Tage mit innigem Dank und mit den aufrichtigsten Wünschen erinnern an dieses, nicht nur durch äußere landschaftliche, sondern auch durch innere moralische Schönheit, vor vielen anderen ausgezeichnete Land und seine währschaften Bewohner.

(Neue Freie Presse vom 25. Juni und 15. Okt. 1916.)

Friedensstimmung.

Nicht nur in den Ländern der Entente, auch in Deutschland setzt sich heute noch jeder, der von Frieden spricht, und gar von einem vernünftigen Frieden, der nicht gleich wieder den Keim zu neuen Kriegen in sich trägt und nicht nur ein Frieden der Diplomaten, sondern der Völker ist, den Angriffen und Verdächtigungen einer gewissen Presse aus, die den Patriotismus für sich allein gepachtet zu haben glaubt. Trotzdem halte ich es für die Pflicht jedes Deutschen, der eine unabhängige Meinung nicht für unvereinbar mit der wahren Liebe zu seinem Vaterlande hält, dieser Meinung öffentlich Ausdruck zu geben.

Deswegen möchte ich die Gastfreundschaft dieser Spalten dazu benützen, um auf einen Artikel aufmerksam zu machen, der vom Frieden spricht, und, da er in der englischen Zeitschrift „The Economist" vom 3. Juni steht, für die Stimmung in ernsten, finanziellen und politischen Kreisen Englands von Bedeutung ist. Es würde den Raum, der mir zur Verfügung steht, überschreiten, wollte ich den Artikel vollständig wiedergeben. Selbstverständlich sieht er die Dinge vom Standpunkte Englands und seiner Alliierten an, aber er enthält so vielen gesunden Menschenverstand, daß er verdient, auch nichtenglischen Lesern, speziell Deutschen, zugänglich gemacht zu werden.

Der Artikel behandelt die Rede, welche Präsident Wilson vor der von Taft präsidierten „League to enforce peace" hielt. Er führt aus, daß die Kommentare der Londoner Presse zu dieser Rede den Mangel an Verantwortungsgefühl in dieser Presse bewiesen, und nimmt dann scharf Stellung gegen die „Times" und die „Morning Post", sowie den australischen Premier Mr. Hughes, welche den Krieg fortsetzen wollten „bis zu dem bitteren Ende". Allerdings werde das Ende „bitter" sein, wenn all der Jammer und all die Leiden fortdauern sollen bis zu einem neuen Krieg, dem

Tarifkrieg, in den Mr. Hughes dies unglückliche Land verwickeln wolle. Wenn England, dieser Politik folgend, noch jahrelang täglich tausend Mann und fünf Millionen Pfund verlieren solle, dann müßten natürlich „Times“, „Morning Post“ und Mr. Hughes überfließen von Höflichkeiten für den Präsidenten Wilson und sein großes Volk. Denn, sagt der „Economist“, und dieses Geständnis ist interessant: „Wo wären wir in diesem Krieg ohne die wohlwollende Neutralität Amerikas?“ Wie auch die Politik der englischen Regierung sein möge, man müsse sagen, daß sie schlecht bedient ist durch ihre Presse, welche das Monopol des Patriotismus zu besitzen glaubt, weil sie am lautesten die Kriegstrommel schlägt. Wenn die Londoner Presse „Friedensintriguen“ denunziert, dann gebe sie nicht mehr die öffentliche Meinung wieder. Der Friede sei in der Luft; und ein auf ehrenvollen Bedingungen basierender Friede, welcher alle vernünftigen Erwartungen erfülle, würde mehr als populär sein. Er würde allgemeine Freude hervorrufen. Weder in der City noch anderswo wünsche das Volk den letzten Mann und den letzten Farthing für eitle Phantasien auszugeben, wie sie noch in der Rhetorik einiger aufgeregter Journalisten und Politiker figurieren. Selbst der Streit zwischen Herrn Bethmann Hollweg und Sir Edward Grey über die diplomatische Vergangenheit interessiere niemand mehr. Sollten die Politiker und Diplomaten sich unfähig erweisen, den Frieden herbeizuführen, dann müsse man eine andere Sorte von Vermittlern suchen. Er erinnert daran, wie seinerzeit Lord Kitchener „mit seinem gesunden Soldatenverstand“ den Burenkrieg durch den Frieden von Vereeniging beendet habe. Ein vernünftiger Kriegführender wäge den zu erhoffenden Gewinn gegen den möglichen Verlust ab. Das einzige, was sicher feststehe, das sei die Tatsache, daß am Ende jeden Monats wir alle schlechter daran seien als am Anfang . . . Der Friede könne nahe sein, und wenn die City oder die Armee abstimmen könnten, würden die Zeitungen jeden Kredit als Führer der öffentlichen Meinung verlieren. Endlich erwähnt der Artikel die Erklärung des Mr. Robert Flemming, den er einen der kühlsten und scharfsinnigsten Köpfe der City nennt. Dieser gebe vollkommen richtig die Meinung von Tausenden vernünftig gesinnter Geschäftsleute in allen Teilen des Vereinigten Königreichs wieder und blase wie ein frischer Luftzug durch die erstickende Atmosphäre der bornierten Ansichten. Mr. Flemming hatte in seiner

Rede an folgende Worte des Herrn Ballin, Direktors der Hamburg-Amerika-Linie, erinnert, welche dieser vor einigen Monaten geäußert haben soll:

„Die Männer, welche eines Tages damit betraut werden, die Friedensbedingungen festzusetzen, werden als Hauptaufgabe haben, nicht nur den Krieg selbst zu beendigen, der ganze Generationen vernichtet hat, sondern auch das Rüstungsfieber, oder zum mindesten das letztere in die engsten Grenzen zu beschränken."

Dafür, fügt Mr. Flemming hinzu, haben wir gekämpft, lange bevor der Krieg begann, und solange dies nicht erreicht sei und wenn Europa diesen Krieg nur beende, um wieder für einen neuen Krieg zu rüsten, sei die Zukunft dunkel.

Ich muß es mir versagen, noch weiter in Einzelheiten des sehr lesenswerten Artikels einzugehen. Ich möchte nur noch erwähnen, daß in den weiteren Ausführungen die Äußerungen des Mr. Wilson mit denen von Lord Asquith und Herrn von Bethmann Hollweg in Parallele gestellt werden. In allen dreien trete derselbe Wunsch zutage, daß der Friede ein dauernder sein und allen Nationen, großen wie kleinen, dieselben Rechte und Möglichkeiten friedlicher Existenz und Arbeit bringen, die Herrschaft des Rechts befestigen und die der Gewalt beseitigen möge. Von dem Rest des Artikels möchte ich noch den Satz hervorheben, daß es „wünschenswerter sei, Frankreich und Belgien zu retten, als Deutschland und Österreich zu ruinieren", und „daß es die Sache jedes einzelnen Volkes selbst sei, die für den Krieg Verantwortlichen zu bestrafen". Mit letzterer Bemerkung wendet er sich gegen die oft in der englischen und französischen Presse geäußerte Behauptung, der Zweck des Krieges sei, „Deutschland zu bestrafen".

Die Zeitschrift „The Economist" ist das angesehenste Organ der Finanzpresse Londons und genießt wegen ihrer ausgezeichneten Nachrichten und ihrer Unbestechlichkeit ein hohes Ansehen. Die Äußerungen eines solchen Blattes sind daher nicht ohne Bedeutung, und es ist doppelt erfreulich, wenn sie so verständig und gemäßigt sind, in einer Zeit, wo auch in England selbst hervorragende Köpfe ihr Gleichgewicht verloren haben. Ich meine, es kann nicht schaden, wenn sie auch einem größeren Kreise in Deutschland zugänglich gemacht werden. Vielleicht finden sie dort ein Echo, vielleicht auch nicht. Jedenfalls zeigen sie, daß die wahre Volksmeinung in England eine andere ist, als sie die Londoner Presse des Herrn North-

cliffe und Konsorten darstellt, und daß sich jetzt in England die Stimmen mehren, und zwar ernste Stimmen, welche sich nicht scheuen, dieser Meinung Ausdruck zu geben.

Man braucht sich deshalb gewiß keinen Illusionen über einen vor der Türe stehenden Frieden hinzugeben, und ich weiß wohl, daß die Lage derzeit, und besonders seit den letzten Tagen, wo fast an allen Fronten Kämpfe im Gange sind, von denen man weittragende, wenn nicht gar entscheidende Folgen erwartet, noch nicht darnach aussieht, als ob schon sehr bald das Schwert der mündlichen Verhandlung weichen werde. Auch ist mir der Brief nicht entgangen, den erst kürzlich in der „N. Z. Z." Sir Edward Goschen, der frühere englische Botschafter in Berlin, veröffentlicht hat. Er sagt darin, England denke zurzeit nicht an Frieden, und das englische Volk werde so lange kein „Friedensgerede" dulden, bis Aussicht auf Erreichung der Kriegsziele Großbritanniens bestehe. Ich möchte seine Behauptung aber, trotzdem sie in so bestimmtem Tone aufgestellt ist, einigermaßen bezweifeln, denn sie widerspricht den Tatsachen. Es wird auch von den Engländern nicht geleugnet, daß in großen Teilen der englischen Bevölkerung dieselbe Sehnsucht nach Frieden besteht, wie anderswo, selbstverständlich nach einem „ehrenvollen" Frieden. Es mag sein, daß die Gruppe von Anhängern der Friedensidee, welche in die englische Öffentlichkeit tritt, verhältnismäßig klein ist, aber die Zahl ihrer Anhänger wächst von Tag zu Tag. Auch ist es nicht richtig, daß die Friedensfreunde nicht im Parlament vertreten seien, haben doch schon wiederholt solche in beiden Häusern des Parlaments gesprochen. Sir Edward Goschen mag das ignorieren, früher oder später wird er doch zugeben müssen, daß die wahre öffentliche Meinung anders denkt, als die Londoner Presse. Das hat Lord Loreburn, der frühere Lordkanzler im Kabinett Asquith in einer längeren Zuschrift* an den „Economist" vom 10. Juni ausdrücklich zugegeben, in der er ausführte, es sei die Pflicht der Regierung, zu sagen, welches die Kriegsziele, die Verpflichtungen und die Aussichten Englands und welches die seiner Feinde seien. Er fügte hinzu, er sei überzeugt, daß mehr als eine neutrale Macht auf die Gelegenheit warte, ein ehrenvolles Ende des Krieges zu fördern und daß, wenn man solche Mächte mit dem gehörigen Vertrauen behandeln wollte, sie auch Erfolg haben würde.

---

* In der Frankfurter Zeitung Nr. 167 vom 18. Juni 1916 wiedergegeben.

Sind das nicht alles Symptome, die darauf schließen lassen, daß der Frieden jeden Tag mehr Anhänger gewinnt, und zu diesen Symptomen gehört der eben besprochene Artikel des „Economist". Ich glaube, daß eine weitere Verbreitung desselben dazu beitragen kann, den Boden zu den kommenden Friedensverhandlungen vorzubereiten und die dazu nötige psychologische Atmosphäre zu schaffen, wenn überhaupt noch Vernunftgründe in der Welt Geltung haben; und ich bin so optimistisch, das noch zu glauben. Daß es dringend notwendig ist, nach und nach eine solche Atmosphäre zu schaffen, damit bei der ersten Gelegenheit Friedensverhandlungen auf Grund von vernünftigen Vorschlägen beginnen können, wer sollte das nicht wünschen, allein schon bei dem Gedanken an die Hekatomben an allen Grenzen, vor allem an die Berge von Leichen, welche sich vor und innerhalb der Mauern von Verdun auftürmen, Leichen von Angehörigen zweier Nationen, die ihrer Natur nach geschaffen sein sollten, sich zu ergänzen und gemeinsam an dem Werke der Zivilisation zu arbeiten, nicht aber sich gegenseitig auszurotten.

(Neue Zürcher Zeitung Nr. 1053. IV. vom 1. Juli 1916.)

Europas Selbstmord.

Heute von Frieden, von Mediation oder Intervention zwischen den Kriegführenden reden zu wollen, sieht beinahe kindisch aus. Diesem Völkermorden, das sich zu immer größerer Raserei entwickelt, Einhalt tun wollen, das erscheint fast, als ob ein einzelner Mensch sich auf den Eisenbahnschienen aufstellen wollte, um einen in voller Fahrt daherbrausenden Expreßzug aufzuhalten.

Und doch darf man nicht ablassen, davon zu sprechen, und selbst den Fluch der Lächerlichkeit nicht scheuen; denn wer diesen systematischen Vorbereitungen zum Selbstmord Europas schweigend und teilnahmslos zusehen kann, der hat kein Herz und kein Gewissen.

Man wird mir antworten: „Ganz recht; aber gibt es ein Mittel, diesem Kriege ein Ende zu bereiten, und noch dazu jetzt, bevor alle die großen militärischen Unternehmungen, welche in diesen Tagen an allen Fronten begonnen haben oder im Gang sind, eine Entscheidung herbeigeführt haben? Ein Krieg wird nur durch die Niederlage des Gegners beendet, wird man sagen, und die ist bis jetzt auf keiner Seite zu erkennen. Keiner der Kämpfenden wird vor einer solchen Entscheidung einer von dritter Seite kommenden Intervention zugänglich sein."

Ich antworte darauf, gerade jetzt ist es notwendig einzugreifen, denn jeder Tag, jede Stunde kann noch so und so viele junge, kräftige, hoffnungsvolle Menschen vom Tode retten. Ist denn das Leben dieser Hunderttausende es nicht wert, daß man einmal die altmodische Etikette durchbricht und aufgibt, die verlangt, daß erst einer am Boden liegen muß, bis der Kampf von den Diplomaten als beendet erklärt werden darf? Diese Etikette war gut zur Zeit der Kabinettskriege und der Söldnerheere, als noch relativ kleine Armeen von Berufssoldaten sich gegenüberstanden. In die heutige Zeit, für den gegenwärtigen Völkerkrieg, paßt sie nicht mehr. Heute muß man sich endlich dazu entschließen,

die alte Routine über Bord zu werfen und auch hier wie in so vielem anderen umzulernen.

Überdies aber zeigt sich schon jetzt, daß die alte Friedenstechnik in diesem Kriege nicht mehr anwendbar ist. Denn darüber müßte doch nachgerade jeder denkfähige Mensch im klaren sein, daß es am Schluß dieses Krieges keinen ausgesprochenen Sieger und keinen Besiegten geben, daß dieser Krieg nicht mit der vollkommenen Niederlage der einen oder der andern kriegführenden Partei enden kann. Das hat der ganze Verlauf des Krieges bisher so klar und deutlich erwiesen, daß ein Zweifel daran wirklich nicht mehr möglich ist; es sei denn, daß man zu den unbelehrbaren Leuten gehört, die heute noch in ihren utopischen Träumen befangen davon faseln, Deutschland müsse aus diesem Kriege mit einem doppelt so großen Kolonialreich als früher hervorgehen, das Deutsche Reich müsse sich in Zukunft von der Elbe bis zum Äquator erstrecken, und zu diesem Zwecke müsse erst England vernichtet sein — oder wie es in England und Frankreich Utopisten gibt, die von einer Vernichtung Deutschlands, von einer Aufteilung des Deutschen Reiches und der Habsburgischen Monarchie als dem Endziel des Krieges reden. Solche phantastischen Hoffnungen und Entwürfe werden unerfüllt bleiben.

Ist dem aber so, kann der gegenwärtige Krieg, wie jetzt schon vorauszusehen ist, nur entweder durch einen Kompromiß oder durch den vollständigen Ruin aller Beteiligten enden, ist es dann kindisch, ist es dann lächerlich, wenn man immer wieder nach einem Mittel sucht, dieser Katastrophe vorzubeugen, solange noch Zeit ist?

Daß überall, bei allen kriegführenden Völkern, ohne Ausnahme, trotz den kriegerischen Phrasen ihrer Lenker und Staatsmänner, eine tiefgehende Sehnsucht nach Frieden, nach einem „ehrenvollen Frieden" versteht sich, herrscht, das ist so sicher, daß überhaupt kein Wort mehr darüber zu verlieren ist. Und daß auch die neutralen Staaten, selbst die, welche aus dem Kriege für einen Teil ihrer Bevölkerung große Gewinne erzielt haben, den Frieden mit Freuden begrüßen würden, darüber ist ebenfalls kein Zweifel möglich.

Ehrenvoll aber würde jeder Friede sein, der heute zwischen den Kriegführenden abgeschlossen würde; denn hat nicht jeder von ihnen im Verlaufe dieser Kriegsjahre der Ehre und des Kriegsruhms genügend eingeheimst? Haben sich nicht alle Armeen unvergleichlich tapfer geschlagen, haben sie nicht alle einen Heldenmut,

eine Ausdauer, eine Standhaftigkeit bewiesen, wie sie die Geschichte noch nicht gesehen hat? Kann es ihren Ruhm erhöhen, kann der Frieden „ehrenvoller" werden, wenn noch einige Millionen Menschen hingeopfert, noch eine Reihe von Dörfern und Städten dem Erdboden gleich gemacht, noch mehr Länderstrecken in eine Wüstenei verwandelt werden, auf der in Jahrzehnten kein Grashalm mehr wachsen wird, wenn die Schuldenlast, die noch auf Generationen drücken und alle zivilisatorischen Werke aus Mangel an Mitteln unmöglich machen wird, noch um einige hundert Milliarden vergrößert und das Ende vielleicht der Bankrott Europas sein wird? Und dahin muß eine noch längere Fortsetzung dieses Krieges führen.

Aber wie ein Mittel finden, diesem drohenden Kataklysmus vorzubeugen? Wo ist der Mann, der es auf sich nähme, den rollenden Rädern des dem indischen Jaggernaut gleich alles zermalmenden Kriegswagens in die Speichen zu fallen? Zwei Männer gibt es, welche, der eine die moralische Autorität, der andere die materielle Macht dazu hätten. Ich meine den Papst und den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Wenn Benedikt XV. und Mr. Wilson sich vereinigten zu dem gemeinsamen Rettungswerk, sie könnten es vollbringen. Des einen moralische Macht und Autorität erstreckt sich über die ganze Welt, denn er ist der Hirt einer Herde, die über die ganze Welt verbreitet ist, und er genießt selbst bei denen, die nicht seiner kirchlichen Autorität unterworfen sind, hohes Ansehen.

Der andere hat die materielle Macht, denn es bedürfte nur eines Wortes von ihm, und der Krieg nähme morgen ein Ende, wenn er sich energisch dafür einsetzte, daß jede weitere Lieferung von Kriegsmaterial aus den Vereinigten Staaten, seien es Waffen, sei es Munition oder was immer, an die Kriegführenden ausnahmslos verboten würde, dann wäre es den kriegführenden Staaten unmöglich gemacht, den Krieg noch länger fortzuführen, denn die Menge von Munition, welche sie benötigen, ist bei der maßlosen Verschwendung, die heutzutage damit getrieben wird, so riesig, daß die Staaten selbst nicht imstande sind, genügende Vorräte davon herzustellen. Der Krieg würde also von selbst aus Mangel an Kampfmitteln ein Ende nehmen. Man wird mir vielleicht entgegenhalten: Dann würde Deutschland den alleinigen Vorteil haben, denn es fertigt seinen Bedarf an Waffen und Munition selbst an. Aber Deutschland befindet sich ja heute im Zustande der Verteidigung, im Zustande einer belagerten Festung.

Gibt der Belagerer das Beschießen der Festung auf, dann braucht auch der Belagerte nicht mehr wieder zu schießen. So wäre es auch hier. Deutschland würde gewiß dem Frieden, einem ehrenvollen Frieden, und ehrenvoll wird er ja, wie ich oben auseinandergelegt habe, auf jeden Fall für alle sein, kein Hindernis in den Weg legen. Die beiden Männer aber, welche die Welt vom Alp dieses wahnsinnigen Völkermordens befreit und die Zivilisation Europas noch im letzten Moment vom sichern Untergang gerettet hätten, würden sich ein unsterbliches Verdienst um die ganze Menschheit erwerben und in der Geschichte dereinst größer dastehen als die größten Kriegshelden.

(Neue Zürcher Zeitung Nr. 1487. I. vom 20. Sept. 1916.)

Stimmung in Frankreich

II

Es ist schon an sich nicht leicht, über die Stimmung in einem Lande zu berichten, das dem Schreiber verschlossen ist. Man ist auf Hörensagen angewiesen und auf ein gewisses intuitives Gefühl, beides sehr trügerisch.

Doppelt schwer aber ist es heute, wo sich die Lage durch das große Ereignis des Friedensangebotes so plötzlich geändert hat. Denn es liegt auf der Hand, daß diese Tatsache, welches auch die Beschlüsse der Ententeregierungen sein werden, nicht ohne Nachwirkung auf die Stimmung der beteiligten Völker gewesen sein muß und noch weiterhin sein wird.

Trotzdem will ich es versuchen, Ihrem Wunsche zu willfahren und Ihren Lesern ein Bild von der Stimmung der Bevölkerung in Frankreich am Ende des dritten Kriegsjahres zu geben, so wahrheitsgetreu, als mir dies aus der Ferne möglich ist. Zum besseren Verständnis wird es gut sein, auf die Entwicklung derselben kurz zurückzukommen.

Während bisher das französische Volk immer als eines der am meisten dem Wechsel der Eindrücke unterliegenden Völker galt und besonders seine Hauptstadt Paris von jeher einem ewig brodelnden Vulkane glich, hat es wider alles Erwarten in diesem Kriege eine Ruhe und Besonnenheit gezeigt, die man dort nicht zu sehen gewohnt war. Durch lange Monate und durch alle Wechselfälle des Krieges hatte sich ein Vertrauen in die Führung und ein felsenfester Glaube an den kommenden Sieg im französischen Volke erhalten, die zu erschüttern nicht möglich schien. Man hatte den Eindruck, als sei wirklich eine Veränderung im Volkstemperament vor sich gegangen, die übrigens demjenigen, der in dem letzten Jahre vor dem Kriege in Frankreich gelebt und dort aufmerksam alle Symptome beobachtet hatte, nicht überraschend kam.

In Deutschland hatte man davon in weiten Kreisen keine Ahnung. Immer noch glaubte man die Franzosen von 1870/71 vor sich zu haben, ja vielfach war die Meinung verbreitet, daß sie ein degeneriertes Volk, ihr Staat ein morsches Gebäude sei, das beim ersten Anstoß von außen wie ein Kartenhaus zusammenstürzen werde.

Das Bild entsprach nicht den Tatsachen. Neue Generationen von Franzosen waren inzwischen herangewachsen, die sich wesentlich von denen von vor vierzig Jahren unterschieden, weniger nervös, kräftiger und gesünder, eine Jugend, die, als es galt, die Probe auf das Exempel zu machen, bewiesen hat, daß sie imstande war, ihren Mann zu stellen.

Ein neuer Geist war über das französische Volk gekommen.

Auf die zahlreichen Ursachen dieser Veränderung einzugehen, würde mich zu weit führen. Ein Umstand hat jedenfalls sehr dazu beigetragen: die riesenhafte Verbreitung und der enorme Einfluß der Presse von heutzutage. In der Zeit vor und bis 1870/71 gab es in Frankreich nur wenig Zeitungen, und auch diese wenigen hatten wenig Leser und infolgedessen auch wenig Einfluß. Heute, wo die Pariser Zeitungen in Auflagen von Hunderttausenden von Exemplaren täglich ins Land hinausgehen, ganz abgesehen von den großen und sehr einflußreichen Provinzblättern, und am Morgen nach ihrem Erscheinen bereits im entlegensten Dorfe der Cevennen oder der Pyrenäen oder in dem einsamsten Fischerdorfe der Bretagne gelesen werden, heute ist der Einfluß der französischen Presse ein ungeheurer. Da sie zugleich die diszipliniertestе Presse der Welt ist, und gar jetzt in der Kriegszeit, unter einer Zensur, die an Strenge die ihres russischen Alliierten übertrifft, mit ganz seltenen Ausnahmen nur das schreibt, was ihr die Regierung oder die großen Kanonen- und Munitionsfabrikanten erlauben oder diktieren, ist die öffentliche Meinung so einheitlich, wie sie es früher nie war, und die plötzlichen Schwankungen in der Volksstimmung sind viel seltener.

Ob das französische Volk, insbesondere das von Paris, durch eine ernstliche und entscheidende Niederlage nicht aus der bisher gezeigten stoischen Ruhe und Geduld gebracht werden würde, ist freilich die Frage. Die Probe müßte erst gemacht werden. Jedenfalls ist selbst in den drohenden Septembertagen 1914, als die deutschen Heere schon bis Compiègne, also vor die Tore von Paris vorgedrungen waren und der Donner der deutschen Kanonen sich schon innerhalb der Stadt deutlich vernehmen ließ, nur Herr Poincaré und seine Minister sowie ein großer Teil der politi-

schen Welt, von Panik erfaßt, nach Bordeaux geflohen. Die eigentliche Bevölkerung ist dagegen zum größten Teil ruhig in Paris geblieben. Viel mag dazu das Verhalten des Generals Gallieni beigetragen haben, der den Kopf nicht verlor und durch seine verständigen Maßnahmen der Bevölkerung Mut und Vertrauen einzuflößen gewußt hat. Das Volk von Paris hat es ihm gedankt und verehrt ihn heute noch, nach seinem Tode, als den Retter der Stadt.

Auch später, als die drohende Gefahr von der Hauptstadt abgewendet war und nach der Schlacht an der Marne der Stellungskrieg begann, der bis zum heutigen Tag andauert, behielt das französische Volk sein Zutrauen zu der obersten militärischen Führung noch viele Monate; von der fanatischen Liebe zu seiner Armee nicht zu reden. War doch von jeher die Armee für jeden Franzosen eine Art Heiligtum, das alle seine patriotischen Hoffnungen verkörperte, um wieviel mehr jetzt, wo sie aus der Jugend von ganz Frankreich besteht, wo es kaum eine französische Familie gibt, die nicht ein Mitglied unter den Waffen hätte.

Wie ist es aber heute, wo der dritte Kriegswinter herannaht, ohne daß eine irgendwie erhebliche Besserung in der militärischen Lage Frankreichs eingetreten ist? Die im Verhältnis zu der Länge der Front und zu der Größe des von den deutschen Truppen besetzten Landes erreichten Vorteile können doch ernstlich nicht ins Gewicht fallen, denn ein Durchbruch der deutschen Mauer ist nicht gelungen. Dagegen sind die Verluste so erschreckend groß, daß wiederholt in der Kammer darauf hingewiesen und offen ausgesprochen worden ist, ein weiteres Jahr solcher Verluste, und in Frankreich werde es keinen einzigen Bauern mehr geben (denn der Bauernstand ist es, der das Hauptkontingent des Heeres liefert).

Haben nun diese Verluste keinen Einfluß auf die Stimmung gehabt? Anfangs nicht. Einmal wurden sie, infolge des Verbots der Regierung, Listen darüber zu veröffentlichen, nicht so schnell in ihrem wahren Umfang bekannt; und dann war im Beginn des Krieges die patriotische Erregung noch so groß, daß selbst die davon Betroffenen diese Opfer mit stoischem Gleichmut ohne Klage ertrugen, in dem Bewußtsein, daß sie der Rettung des Vaterlandes gebracht seien. Allmählich aber, als die Trauerkleidung bald in jeder Familie getragen wurde, als die Züge mit Verwundeten, so sehr sich die Behörden Mühe gaben, sie den Augen der Bevölkerung zu entziehen, immer zahlreicher wurden, als man selbst in

Paris immer mehr Krüppel in Uniform, ja ganze Reihen von blinden Soldaten, die von hilfreichen Frauen durch die Gassen geführt wurden, zu sehen bekam, als endlich von Tag zu Tag die Hoffnung auf eine baldige Entscheidung sich immer weiter entfernte, da fing doch allmählich eine tiefgehende *Erregung* und *Unruhe* an sich der Bevölkerung zu bemächtigen.

Ihr öffentlich Ausdruck zu geben, war unter der Herrschaft der drakonischen Zensur nicht möglich. Es blieb nur die *Kammer der Deputierten*, wo die Unzufriedenen sich mit der Regierung auseinandersetzen konnten. Freilich, gerade diejenigen Fragen, die am lebhaftesten das Volk beschäftigten, wurden nur in geheimen Sitzungen verhandelt, über welche die Zeitungen nicht berichten durften. So haben in den letzten Tagen wiederum *Geheimsitzungen* stattgefunden, zum zweitenmal seit sechs Monaten. Diesmal scheint aber die Debatte eine sehr weite Ausdehnung genommen zu haben, und nach einer zehntägigen geheimen Session mußte die Regierung zu durchgreifenden Maßnahmen schreiten. Denn es ist kein Zweifel mehr, die *Stimmung im französischen Volke* ist zum *erstenmal* im Verlaufe dieses Krieges *umgeschlagen*, die bisherige Geduld und das *Vertrauen* in die Führer, vor allem in die Zivilregierung, ist *ins Wanken gekommen*. In der Armee ist zwar der Geist noch gut, in der Zivilbevölkerung hat aber der von der Presse künstlich genährte Optimismus unter der Wucht der Tatsachen der Besorgnis und der Unruhe Platz gemacht. Man zweifelt zwar immer noch nicht an dem endgültigen Sieg der französischen Waffen oder vielmehr, man *will nicht* daran zweifeln, und verstopft sich die Ohren und schließt die Augen vor allem, was diesen Zweifel bestätigen könnte. *Aber* man fängt an, sich zu fragen, *wie* dieser Sieg herbeigeführt werden wird. Die *schönen Worte* der Regierung fangen an, ihre Überzeugungskraft zu verlieren, und der allgemeine Ruf geht nach Taten. „*Des paroles aux actes*“, so heißt es überall.

Auch die Presse sieht sich gezwungen, von ihrem bisher auf Order der Regierung geflissentlich zur Schau getragenen Optimismus abzugehen und dem Publikum reinen Wein einzuschänken, soweit das möglich ist.

Clemenceau, der alte Kampfhahn, einer der wenigen, der schon bisher der Regierung in seinen täglichen Artikeln rücksichtslos die Meinung gesagt hat, hatte in den letzten Tagen in seinem „Homme

Enchaîné" ausgesprochen, wie man bei Gericht schwören müsse, „de dire la vérité, toute la vérité", so sei es auch jetzt nicht genügend, nur die Wahrheit zu sagen, sondern man müsse die ganze Wahrheit sagen. Das verlange das Volk, und dazu habe es ein Recht. Und ähnlich wie sein Blatt sprechen jetzt sämtliche Zeitungen von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken.

Aber nicht nur die Zivilbevölkerung ist infolge der ihr so oft verheißenen und immer wieder ausbleibenden großen Erfolge unzufrieden, eine noch viel tiefergehende Verstimmung zeigt sich draußen im Heer. Nicht etwa, daß der Geist der Truppen nachgelassen hätte, im Gegenteil, die lange Kriegszeit hat die natürlichen Anlagen des französischen Soldaten zum Kriegshandwerk vervollkommnet und die Truppe gestählt, nach wie vor ist sie bereit, ihren Führern zu folgen, aber des Offizierskorps soll sich eine tiefgehende Mißstimmung, ja Erbitterung bemächtigt haben; und zwar richtet sich diese gegen die Regierung mitsamt Herrn Poincaré, dessen Popularität nie groß war, die aber heute vollkommen verschwunden ist. Die Offiziere sind empört über den Anblick der „Profiteurs" (der durch Kriegslieferungen reich Gewordenen), die sie im Verdacht haben, unter einer Decke mit Parlamentariern und Regierung zu stecken. Sie sprechen es laut aus, wenn sie vom Urlaub in die Schützengräben zurückkehren, wie widerlich es ihnen sei, wenn sie in die Stadt hereinkämen, mitansehen zu müssen, wie diese Menschen, die unter irgendeinem Vorwande dank irgendeiner Protektion sich dem Militärdienst zu entziehen gewußt hätten, nun noch obendrein mühelos Riesengewinne aus dem Kriege zögen und diese, während sie, die Offiziere, draußen ihre Haut zu Markte trügen, in Paris in Kokottengesellschaft verjubelten.

Sowohl in Zivil- wie in Militärkreisen ertönt immer vernehmlicher der Ruf nach anderen Männern in der Regierung (dem Briand durch die Rekonstruktion und Zusammenfassung seines Ministeriums auf wenige Minister nun entgegengekommen ist). Alte revolutionäre Erinnerungen werden wieder lebendig, von einem Komitee ist die Rede, das verzweifelte Ähnlichkeit mit dem „Comité du Salut public" unheimlichen Andenkens aus der Zeit der großen Revolution hat, und immer deutlicher zeichnet sich auf diesem dunklen Hintergrund das Gespenst eines kommenden Diktators ab. Wäre unter den Thronprätendenten einer, der fähig wäre, dann wäre der Moment für ihn günstig wie schon lange nicht.

Für diesmal scheint es dem vielgewandten Briand noch gelungen zu sein, den Sturm zu beschwören. Aber daß die Lage für ihn allmählich sehr gefährlich geworden ist, zeigt die Zahl von 107 Stimmen, die der Mißtrauensantrag des ehrgeizigen Tardieu auf sich zu vereinigen gewußt hat. Dieser in den Kulissen der politischen Welt wohlbewanderte ehemalige Redakteur des „Temps", der zu Beginn des Krieges als Hauptmann an der Front mitgekämpft und sich dort ausgezeichnet haben soll, ist seit einiger Zeit wieder zur Politik zurückgekehrt. Er scheint sich nach und nach zum Haupt einer Briand nicht ungefährlichen Fronde und zum Sprachrohr der unzufriedenen militärischen Elemente herauszubilden.

Die Vorgänge in der Kammer sind nur die Wiederspiegelung der Volksstimmung. Sie zeigen, daß die letzten Erfolge der Zentralmächte, namentlich der so glänzend und schnell durchgeführte Feldzug in Rumänien ihren Eindruck auch in Frankreich nicht verfehlt haben. Trotz aller Versuche ist es diesmal der Presse nicht mehr möglich gewesen, die Wahrheit zu verhüllen.

Man darf jedoch nicht glauben, daß schon ein vollständiger Umschlag der Stimmung in Frankreich eingetreten ist. Dazu ist die Illusion von dem sicher bevorstehenden Siege dem französischen Volke zu lange und zu systematisch Tag für Tag eingehämmert worden; aber während bisher nur in den höheren Klassen und in den Arbeitervierteln den schöngefärbten Zeitungsberichten gegenüber sich eine gewisse Skepsis gezeigt hatte, ergriff nunmehr die Unruhe und der Zweifel auch weitere Kreise, und es ist noch nicht abzusehen, welche Dimensionen sie noch annehmen wird.

Mitten in diese Krise hinein platzte die Bombe des Friedensvorschlages.

Die erste Aufnahme desselben in der französischen Presse war die denkbar schlechteste. Aber damit ist noch nicht gesagt, daß in diesem Falle die Preßäußerungen die wahre Stimmung wiedergeben. Denn daß bei allem Willen zum Siege auch im ganzen Volke und selbst in der Armee in Frankreich wie überall eine große Sehnsucht nach Frieden besteht, das könnte man ruhig aussprechen, wenn es selbst nicht durch Nachrichten aus guten Quellen bestätigt wäre, denn es ist zu natürlich. Die Franzosen müßten jeden menschlichen Gefühls bar sein, wenn sie nicht nach beinahe drei Jahren dieses entsetzlichen Elends und Schreckens sich nach der Rückkehr in geordnete Zustände, nach Beendigung dieser fortwährenden Todesgefahr, mit einem Worte nach Frieden sehnten.

Das Ereignis ist zu schnell gekommen, als daß man erwarten könnte, daß eine Presse, die seit Monaten, ja seit Jahren nichts anderes tut als Gift und Galle zu verspritzen, als lügen und verleumden, als immer wieder die niedrigsten Leidenschaften des Hasses und des Fanatismus von neuem zu entfachen, von einer Stunde zur anderen plötzlich umsattle und den Friedensvorschlag entgegenkommend aufnehme. Ganz abgesehen davon, daß, wie bei uns, der Teil der Presse, der die Interessen der großen Kanonen- und Munitionslieferanten vertritt, sich bei der Ankündigung des Friedens nicht gerade freuen wird — denn für ihn ist ja der Krieg der Existenzgrund — kann es auch der Regierung zunächst bequem sein, sich hinter dem patriotischen Zorn der Presse zu verstecken, solange sie sich mit ihren Alliierten nicht über die an die Zentralmächte zu erteilende Antwort geeinigt hat.

Aber trotz alledem, eine tiefgehende Wirkung muß der Vorschlag auch in Frankreich haben. Er wird den Friedensfreunden, von denen in Frankreich doch auch einige vorhanden sind, Mut einflößen, vor allem wird er aber auch die übrige Bevölkerung, soweit sie nicht durch die tägliche Vergiftungsarbeit der Presse unzurechnungsfähig geworden ist und noch einer Überlegung zugänglich ist, zum Nachdenken veranlassen.

Der Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich ist überhaupt von allen Konflikten dieses Riesenkrieges der tragischste. Denn hier sind zwei Völker in den Krieg hineingeraten, von denen eigentlich keines den Krieg gegen das andere wollte.

Gewiß, im Herzen mancher Franzosen, aber weitaus nicht der großen Majorität, lebte bis kurz vor 1914 noch das alte Revanche-Ideal und der Wunsch nach Rückeroberung von Elsaß-Lothringen. Sie waren aber weder so stark, noch so vorbereitet, als daß deswegen das französische Volk einen Krieg gegen Deutschland vom Zaune gebrochen hätte. Die bei weitem große Mehrheit der Franzosen wollte keinen Krieg. Der Krieg ist ihr von einer kriegerischen und ehrgeizigen Clique, deren treibende Kräfte und Beweggründe erst einer späteren Zeit klarzulegen vorbehalten ist, und durch das Verhängnis der russischen Allianz aufgedrungen worden. Wer zur Zeit der Präsidentenwahl Poincarés in Paris war und etwas hinter die Kulissen gesehen hat, konnte schon damals das Unheil kommen sehen. Außerdem war durch eine jahrelange systematische Hetz- und Intrigierarbeit in der französischen und internationalen Presse

in dem französischen Volke die Überzeugung nach und nach zum Dogma geworden, daß ein Krieg mit Deutschland, ja ein Weltkrieg unvermeidlich sei, wenn Frankreich nicht zum Vasallen eines übermächtigen Deutschland herabsinken solle. So hatte sich allmählich im friedlichsten Franzosen der Gedanke festgesetzt, daß es so nicht mehr lange weitergehen könne, „qu'il faudra en finir tôt ou tard". Als dann wirklich die Kriegserklärung kam, da nahm sie der Franzose hin wie eine furchtbare, aber unvermeidliche Fügung des Schicksals, und dementsprechend zog er hinaus, nachdem er Abschied von den Seinen genommen, mehr resigniert als begeistert.

Erst als die deutschen Truppen in seinem Lande standen, nach ihrem Zuge durch Belgien und nun der Vormarsch begann, bei dem die deutschen Heeresmassen, wie eine Lawine alles überrennend, sich bis an die Tore von Paris hereinwälzten, und zum zweitenmal Frankreich die Schrecken der „Invasion" seines geheiligten heimatlichen Bodens, von der die ältere Generation den Jüngeren noch so vieles aus Anno siebzig zu erzählen gewußt hatte, mit eigenen Augen erleben mußte, da flammte ein fanatischer Patriotismus auf, der das ganze Volk ergriff, und geschürt durch die teils wahren und teils erlogenen Berichte der Zeitungen von den Greueln des Krieges, entstand ein Haß gegen den Eindringling, der sich in den Herzen festsetzte und alles übertraf, was man im Kriege 1870/71 erlebt hatte. Natürlich gab es auch Ausnahmen, die sich um so wohltuender von diesem dunkeln Hintergrund abhoben. Im allgemeinen aber blieb, dank der unermüdlichen Verhetzungs- und Lügenarbeit der Presse, das Gefühl des Hasses gegen den „Envahisseur" bis heute unvermindert lebendig.

Dazu kommt, daß, je länger der Krieg dauerte, je größer auch die Opfer an Blut und Gut werden mußten, was wiederum zur Vertiefung des Haß- und Rachegefühls beitragen mußte; und immer wieder konnte man den Ausspruch hören: „Der Friede muß uns die volle Entschädigung für die gebrachten entsetzlichen Opfer bringen, denn wir haben den Krieg nicht gewollt, die Deutschen sind es, die uns überfallen haben."

Berücksichtigt man diese Stimmung, wie ich sie nach übereinstimmenden Berichten hier dargestellt habe, dann mußte man leider fürchten, daß die Antwort Frankreichs auf den Friedensvorschlag der Zentralmächte eine ablehnende sein wird.

(Neue Freie Presse Nr. 18803 vom 24. Dez. 1916.)

Der Zwischenakt.

Hätten die Menschen nach all den furchtbaren Erlebnissen der letzten 2½ Jahre sich nicht allmählich gewöhnt, selbst das Entsetzlichste mit einem erstaunlichen Gleichmut zu ertragen, die ganze Welt müßte heute vor Angst und Sorge zittern und in atemloser Spannung sein. Stehen wir doch vor dem letzten Akt eines Dramas, packender und ergreifender als alles, was dichterische Phantasie jemals ersonnen, einer Tragödie, bei der wir nicht nur Zuschauer, sondern Mitspielende und — Mitleidende sind. Soll doch am Schlusse dieses Zwischenaktes entschieden werden über das Schicksal der ganzen europäischen Menschheit und Zivilisation.

Es ist nicht Übertreibung, wenn ich das sage, sondern eine feststehende Tatsache für jeden, der sich noch die Fähigkeit bewahrt hat, mit klarem Blick vorauszusehen, was kommen muß, für jeden, der nicht absichtlich eine Binde vor den Augen hat. Europa ist an einem Wendepunkt seines Schicksals angelangt, wie es in seiner ganzen Geschichte wenige gegeben hat. Aber die Menschen, mit wenigen Ausnahmen, scheinen sich der Bedeutung und der Tragik des Augenblicks gar nicht bewußt zu sein. Es ist, als ob eine Art Fatalismus sich ihrer bemächtigt hätte, als ob sie sich sagten: das Schicksal ist doch stärker als wir.

Und doch könnten sie mehr tun, als sich fatalistisch dem Lauf des Verhängnisses überlassen. Unser Schicksal sind wir selbst, wenn wir uns dahin führen lassen, wohin wir nicht wollen. Wäre es nicht unsere Pflicht, uns zu rühren, solange noch Zeit ist, und alles zu versuchen, um den Gang der Dinge so zu lenken, daß die Katastrophe uns erspart bleibe, die nach Ablehnung des Friedensvorschlages aus einer Fortsetzung des Krieges unbedingt entstehen muß? Denn darüber dürfen wir uns keinem Zweifel hingeben, wenn es jetzt nicht zu Friedensverhandlungen

kommt, dann kann es lange dauern, bis eine ähnliche Gelegenheit wiederkehrt. Das sollten sich alle sagen, wir sowohl als unsere Gegner. Der Krieg aber wird rücksichtsloser, blutiger, vernichtender denn je werden, und der Haß zwischen den Völkern von neuem aufflammen und die Völker noch mehr als bisher vergiften. Hunderttausende von blühenden Menschenleben, die jetzt noch verschont geblieben waren, werden zu den Millionen von Opfern hinzukommen, das Vermögen der Völker noch um weitere ungezählte Milliarden von Schulden belastet werden, vielleicht definitiv dem Bankerott verfallen; und das alles, um — schließlich zu demselben Resultat zu kommen, das man jetzt schon haben könnte, nämlich sich an einen Tisch setzen und verhandeln; überlegt man sich das, so wäre man versucht, es Wahnsinn zu nennen, ein solches Friedensangebot zurückzuweisen. Und doch sieht es nach allem, was man bisher aus dem Lager der Gegner vernommen hat, so aus, als ob die Antwort negativ ausfallen werde. In allen ihren Äußerungen, sei es in den Reden der Minister, sei es in der gegnerischen Presse, immer heißt es, das Angebot Deutschlands, denn als solches wird es fast ausschließlich behandelt, sei ein Bluff oder eine Falle, darauf berechnet, Uneinigkeit zwischen den „Alliierten" zu säen, ihre Völker sowie die Neutralen zu beeinflussen und auf das eigene Volk zu wirken. Es sei mit einem Wort nicht aufrichtig gemeint.

Am unbegreiflichsten erscheint den Deutschen die Haltung Frankreichs, das doch am ärgsten gelitten und mehr geblutet hat in diesem Kriege als alle seine großen Alliierten, dessen Bevölkerung bei einer längeren Fortsetzung des Krieges, wie selbst in der französischen Deputiertenkammer wiederholt öffentlich gesagt worden ist, Gefahr läuft, vollständig dezimiert zu werden, und das bei einem schlechten Ausgang des Krieges geradezu mit dem Untergang bedroht ist. Es erscheint den Deutschen unfaßbar, wie Frankreich zögern kann, diese Gelegenheit zu ergreifen, mit Ehren aus dieser Sackgasse herauszukommen, in die es seine Verbündeten hineingetrieben haben. Die psychologische Erklärung für sein Verhalten ist meines Erachtens nichts anderes als der tiefeingewurzelte Mangel an Vertrauen zu uns, die Furcht vor einem Mißbrauch der deutschen Machtherrlichkeit. Diese Besorgnis ist es, die Frankreich verhindert, auf die entgegenkommende Geste Deutschlands und seiner Verbündeten seinerseits einen Schritt des Entgegenkommens zu tun. Wer imstande ist, die Lage der Franzosen objektiv zu betrachten und sich in ihre

Denkungsart hineinzuversetzen, muß gestehen, daß so ganz unbegreiflich ihr Mißtrauen nicht ist.

Dafür haben gewisse Heißsporne bei uns ausgiebig gesorgt. Es kann nicht dazu beitragen, Frankreich Vertrauen in die Annehmbarkeit unserer von Herrn v. Bethmann für seine Friedensverhandlung in Aussicht gestellten Vorschläge einzuflößen, wenn Herr Bassermann und seine Gesinnungsgenossen gleichzeitig mit der Rede des Reichskanzlers verkünden lassen, ohne reale Garantien sei ein Friede nicht möglich, und diese sollten wir uns verschaffen durch die Annexion des Kohlenbeckens von Briey und anderer Teile des von Deutschland okkupierten französischen Gebietes. Aber Herr Bassermann ist nicht Reichskanzler; wenn es nicht unhöflich klingen würde gegen einen früheren Kollegen vom Reichstag, so würde ich sagen: „Gott sei Dank." Vor allem, er hat nicht das deutsche Volk hinter sich, sondern nur eine kleine, freilich sehr rührige und einflußreiche Minderheit. Der Reichskanzler Herr v. Bethmann denkt nicht so wie er, wie wir aus seinen Reden wissen. Das Friedensangebot Deutschlands und seiner Verbündeten ist von dem aufrichtigen Wunsche eingegeben, den Krieg zu beenden, solange noch Zeit ist, Europa vor dem gänzlichen Ruin zu retten. Es ist die erste tatsächliche Möglichkeit, den entsetzlichen Leiden dieses grausamen Krieges ein Ende zu machen, der erste praktische Schritt zum Frieden.

Das, was der Gegner daran auszusetzen hat, namentlich an dem in der Rede des Reichskanzlers enthaltenen Kommentar der Note, ist ihr Ton, d. h. daß darin gewissermaßen mit einer Hand am Schwertknauf ein drohender Sieger zum Besiegten spricht. Man muß zugeben, die Form des Friedensantrages ist nicht gerade eine sehr versöhnliche. Es scheint, daß man sich in Deutschland noch immer nicht von der Furcht freimachen konnte, man könnte am Ende vom Gegner für schwach gehalten werden. Wahrhaftig eine überflüssige Besorgnis, denn diese Gefahr zu beseitigen, dafür haben unsere Heere in nachdrücklicher Weise gesorgt; und wenn es jemand gegeben haben sollte, der darüber noch im unklaren war, dem wird wohl der Gang des Feldzuges in Rumänien den letzten Rest von Zweifel über die noch vorhandene Kraft der Deutschen und ihrer Verbündeten genommen haben. Konfuzius hat einmal gesagt: „Machtbesitz ohne Milde und Großmut ist etwas, was ich nicht zu sehen ertragen kann." Der Spruch ist

heute noch wahr, und deshalb wäre es vielleicht praktischer gewesen, einen Vorschlag zum Frieden mit etwas versöhnlichern Tönen einzuleiten und dem Gegner nicht einen Anlaß zu geben, diesen kriegerischen Ton zum Vorwand zu nehmen, um den Antrag abzulehnen.

Aber wenn Herr Lloyd George behauptet, die Rede, mit der der Reichskanzler den Friedensvorschlag begleitet hat, sei „ihrem Wesen und ihrer Form nach eine Weigerung, dem Frieden unter den Bedingungen zuzustimmen, unter denen er einzig möglich sei", und wenn er Herrn v. Bethmann den Ton seiner Rede vorwirft, so möchten wir ihn daran erinnern: Wie hat er denn selbst noch vor kurzem gesprochen? Allerdings, er war damals noch nicht Premierminister, aber er war doch Kriegsminister, also eines der verantwortlichen Mitglieder der englischen Regierung. Ein größerer Gegensatz als zwischen diesen beiden Reden ist kaum möglich. Damals war ihm kein Ausdruck zu stark, um auszudrücken, daß es das Kriegsziel Englands sei, Deutschland niederzuringen. Heute ist keine Rede mehr vom „Knock out", er sagt vielmehr: „Wir wünschten keineswegs, die Existenz der Zentralmächte zu gefährden, und das ist auch heute nicht unser Zweck." Ja, er erkennt sogar an, „daß, solange die deutsche Nation die Bahn des Friedens zog, die ganze Menschheit die Wohltaten ihrer Anstrengungen genoß". Aus allen seinen Worten zeigt sich, daß, wenn die Gegner dem Reichskanzler vorgehalten haben, er habe eine Wandlung durchgemacht, dies mit demselben Recht von dem englischen Minister gesagt werden kann, und auch seine Wandlung ist eine erfreuliche. Als Herr v. Bethmann den Friedensvorschlag der Zentralmächte einbrachte, hatte Herr Lloyd George seine neueste Rede noch nicht gehalten. Von dieser Wandlung konnte der Reichskanzler also noch nichts wissen.

Ist es nicht allein schon der beste Beweis von dem versöhnlichen Geist der deutschen Regierung, daß es der Reichskanzler über sich gebracht und dabei die Zustimmung der großen Mehrheit des deutschen Volkes gefunden hat, den Friedensvorschlag einzubringen, nachdem erst vor kurzem solche Worte gefallen waren? Beweist diese Tatsache allein nicht, daß Deutschland das Wohl Europas über seine egoistischen Interessen und Wünsche setzt? Und wenn Herr Lloyd George ebenso wie Herr Briand den Friedensvorschlag der Zentralmächte als eine Schlinge bezeichnen, in die man sich hüten müsse, den Kopf zu stecken, so

berechtigt ihn nichts dazu. Im ganzen neutralen Ausland ist, soviel wir gesehen haben, in dem guten Glauben und an der Aufrichtigkeit des Friedensvorschlages kein Zweifel erhoben worden.

Wollten die Ententeregierungen sich übrigens die Mühe nehmen, den Vorschlag der Zentralmächte genauer anzusehen, so könnten sie erkennen, daß er im Grunde ganz annehmbar ist. Denn gibt er in seiner Quintessenz nicht zu erkennen, daß Deutschland und seine Verbündeten auf einen militärischen Frieden zu verzichten und einen politischen oder diplomatischen, einen Frieden durch Verhandlungen zwischen Gleichberechtigten und nicht einen durch den Sieger dem Besiegten aufoktroyierten Frieden abzuschließen wünschen? Ist das nicht schon ein Erfolg für die Alliierten? Warum sollte das Deutschland nicht zugeben? Tatsächlich ist ja auch die militärische Lage zurzeit so, daß keine der beiden im Kriege befindlichen Staatengruppen behaupten kann, sie könne der andern ihre Bedingungen diktieren. Ob sich durch eine Fortsetzung des Krieges diese Lage ändern wird, kann niemand wissen. Das aber läßt sich voraussagen, daß dazu ein Krieg von Jahren gehören würde, und ob die paar Vorteile, welche die eine Gruppe dann mehr als bisher erringen könnte, den entsetzlichen Ruin und die unsagbar blutigen Opfer wert wären, die eine Fortsetzung des Krieges mit sich bringen würde, das ist doch sehr die Frage; man kann jetzt schon sagen, die Vorteile würden in gar keinem Verhältnis zu den Schäden sein.

Es wäre tragisch, wenn wiederum, wie bei Ausbruch des Krieges, das Mißtrauen auch bei dem Versuch, ihn zu beendigen, seine verhängnisvolle Rolle spielen sollte. Ich meine, wenn die Staatsmänner der Ententeregierungen es ablehnen, an diese Aufrichtigkeit zu glauben, so kann das nur ein Vorwand sein, um einen andern Grund zu verbergen, den nämlich, daß sie sehr gut wissen, daß, welches auch die Bedingungen Deutschlands sein mögen, sie nie den Hoffnungen entsprechen werden, welche sie bei ihren Völkern durch ihre unvorsichtigen Versprechungen erregt haben, und daß sie den Augenblick der Beendigung des Krieges fürchten, weil mit ihm die Zeit beginnt, wo ihre Völker Rechnungslegung von ihnen verlangen werden, wo die Stunde einer furchtbaren Verantwortung schlagen wird. Das ist der eigentliche Grund, warum sie alle, die Leiter der „alliierten" Regierungen, die Hand nicht ergreifen wollen, die sich ihnen ehrlich entgegenstreckt.

Es mag sein, ja es ist sehr wahrscheinlich, daß die Rede des Herrn Lloyd George bei der großen Masse seiner Landsleute Beifall findet. Als echter Demagoge kennt er genau den Ton, den man anschlagen muß, um ihr zu gefallen, und wenn seine Rede auch diesmal gemäßigter ist als seine berüchtigte „Knock out"-Rede, so weiß sie doch meisterhaft alle die Redensarten zu wiederholen, die der Menge gefallen. Ob die Art, wie er dabei den Militärdespotismus Napoleons I. und den preußischen Militärdespotismus auf eine Stufe stellt, gerade nach dem Geschmack der Franzosen sein wird, das mögen sie untereinander ausmachen. In England werden diese Reminiszenzen ihre Wirkung nicht verfehlen.

Aber eines unterschätzt doch Herr Lloyd George, das ist die Wirkung, welche der Friedensvorschlag, mag er nun angenommen oder abgelehnt werden, haben wird. Denn darüber kann kein Zweifel sein: die Wirkung wird eine tiefgehende sein, ja ist es schon, und zwar nicht nur in Deutschland, nicht nur bei den Neutralen, sondern auch bei den Völkern der „Alliierten" selbst. Und bevor die Staatsmänner der „Alliierten" ihre Antwort, die ja, wie man kaum mehr zweifeln kann, ablehnend ausfallen wird, abschicken werden, sollten sie, wenn sie gut beraten sind, sich doch noch einmal überlegen, welche furchtbare Verantwortung vor ihren Völkern, ja vor der ganzen Menschheit sie auf sich nehmen, wenn sie es nicht einmal auf den Versuch ankommen lassen, zu einer Verständigung mit den Gegnern zu gelangen.

Herr Lloyd George sagt ja selbst sehr richtig, daß jeder, der leichten Herzens und ohne hinreichenden Grund den schrecklichen Kampf verlängern würde, ein Verbrechen auf dem Gewissen hätte, das Ozeane nicht wegwaschen könnten. Ist wirklich ein hinreichender Grund vorhanden, daß er und seine Ministerkollegen von den Alliierten, ihre Völker, ja ganz Europa der Gefahr des vollständigen Ruins aussetzen? Würden sie ihre Völker befragen, zu Hause und im Felde, alle würden sie mit Nein antworten, davon bin ich fest überzeugt.

Deswegen, so traurig die Aussichten sind, kann und will ich noch immer nicht die Hoffnung aufgeben, daß das letzte Wort noch nicht gesprochen und die Türe noch nicht definitiv zugeschlagen ist.

Jetzt wie noch nie während des ganzen Verlaufs des Krieges wäre der Augenblick, wo die Neutralen ihre Rolle spielen und sich um die ganze Menschheit verdient machen könnten. Wenn sie bis jetzt immer sich vorsichtig gehütet haben, sich in den Streit

der kriegführenden Mächte einzumischen, so ließ sich das aus vielen Gründen begreifen. Wenn aber diesmal, bei der ersten und vielleicht letzten Gelegenheit, den Krieg unter für alle Beteiligten und Nichtbeteiligten annehmbaren Bedingungen zu beendigen, die Neutralen schweigend und ängstlich beiseite stehen, dann laden auch sie eine große Verantwortung auf sich, und ihr Versäumnis wird sich nicht zu allerletzt an ihnen selbst rächen. Sie brauchten nicht einmal zu einer direkten Intervention oder Mediation zu schreiten, es würde vielleicht schon genügen, wenn sie sich gemeinsam darüber schlüssig machten, den Kriegführenden ihre Bereitwilligkeit zu erkennen zu geben, für eine Aktion im Sinne der Sicherung eines dauernden Friedens nach dem gegenwärtigen Kriege (auf Grundlage des Programms der amerikanischen „league to enforce peace") einzutreten. Daraus würde sich das weitere dann von selbst ergeben.

Es ist aber keine Zeit zu verlieren. Die offizielle Antwort auf den Vorschlag der Zentralmächte ist noch nicht erfolgt, — vielleicht ein Zeichen, daß die „Alliierten" trotz den Reden ihrer Minister noch nicht ganz einig darüber sind —, sie wird aber in „wenigen Tagen" erfolgen, wie Herr Lloyd George in seiner Rede angekündigt hat. Die Zeit ist kostbar, es steht viel auf dem Spiel, für alle. Jeder fragt sich: Was werden die Neutralen tun? Wo bleiben die Neutralen?

(Neue Zürcher Zeitung Nr. 2121. III. vom 24. Dez. 1916.)

Über den Friedensschluß.

Im Augenblick, wo ich diese Zeilen niederschreibe, ist die offizielle Antwort auf den Friedensvorschlag der Zentralmächte noch nicht erfolgt. Nach allen bisherigen Äußerungen der leitenden Minister und der Presse der Entente, besteht nur eine schwache Hoffnung, daß diese Antwort nicht ganz negativ ausfallen könnte. Ob sie aber die Möglichkeit einer Verständigung oder wenigstens einer Verhandlung zwischen den beiden Staatengruppen in sich bergen wird, ist schwer vorauszusehen.

Aus allen Reden der Ententestaatsmänner geht ein tiefes Mißtrauen gegenüber dem Vorschlag der Zentralmächte hervor. Alle sehen darin entweder einen Bluff oder eine Falle oder einen Versuch, Uneinigkeit in die Reihen der „Alliierten" zu tragen. Keiner will den Regierungen der Zentralmächte guten Glauben zubilligen. Dieses tief eingewurzelte Mißtrauen wird der Grund sein, wenn der aufrichtig gemeinte Schritt der Zentralmächte schließlich erfolglos bleibt und der Krieg seinen Fortgang nimmt. Es sei denn, die Intervention des Präsidenten Wilson rettet die Situation im letzten Moment.

Es wäre tragisch, wenn wiederum, wie schon der Ausbruch des Krieges im Grunde durch nichts anderes als das gegenseitige Mißtrauen der europäischen Staaten verschuldet worden ist, jetzt wieder dasselbe Mißtrauen es verhindern sollte, daß nach zweieinhalb Jahren des entsetzlichsten Krieges, den die Menschheit je gesehen, die Völker zu einer Verständigung zum Frieden gelangen.

Man sollte es nicht für möglich halten, daß heute, wo tatsächlich alle Völker, kriegführende oder neutrale, sich nach Frieden sehnen, wo eine Gruppe der Kriegführenden sogar die Hand zum Frieden bietet, jemand nur an die Möglichkeit denken kann, daß der Krieg seinen Fortgang nimmt. Und doch spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür.

Bisher ist jede Friedensmöglichkeit von vorneherein gescheitert an der mangelnden „Zivilcourage“ der Staatsmänner der Entente. Keiner glaubte es wagen zu dürfen, seinem Volke, dessen Patriotismus die Regierungen selbst bei Beginn des Krieges bis zur Siedehitze gesteigert hatten, von Frieden zu sprechen, solange all die kühnen Hoffnungen und weitgehenden Wünsche, die sie in ihm geweckt hatten, nicht in Erfüllung gegangen waren; keiner wagte mit leeren Händen vor sein Volk hinzutreten. Und so ging der Krieg weiter. Die Presse sorgte dafür, daß die Stimmung eine hoffnungsvolle blieb durch eine rücksichtslose Unterdrückung der Wahrheit.

Aber einmal kam der Augenblick, wo die Tatsachen stärker sprachen als die Phrasen, wo die Wahrheit nicht mehr zu verbergen war, und das Volk sie zu wissen verlangte. Und jetzt fängt die Stimmung an umzuschlagen, und dieselben Regierungen, die vorher fürchten mußten, vor ihren Völkern nicht kriegerisch genug zu erscheinen, müssen jetzt den Druck ihrer Völker fürchten, die genug vom Kriege haben und nach Frieden verlangen. Dann kommt aber gleichzeitig die Stunde der Verantwortung, die Stunde, wo die Völker Rechnungslegung verlangen werden über alle die entsetzlichen Opfer; und die Frage wird drohend, in welchem Verhältnis stehen diese Opfer zu dem, was man erreicht hat? Diesen Augenblick hinauszuschieben, haben diese Regierungen alle Ursache, und deshalb zeigen sie so wenig Bereitwilligkeit, auf den Friedensvorschlag einzugehen.

Aber nehmen wir einmal an, sie setzen sich über diese Besorgnisse hinweg, und vielleicht werden überhaupt die Männer, die den Krieg geführt haben, nicht dieselben sein, die den Frieden abschließen werden: Es gibt noch einen anderen Grund und einen tiefer liegenden, der allenthalben eine gewisse Furcht zur Folge hat, sich an das Friedensproblem zu wagen. Es ist die Furcht, ein Frieden, der jetzt abgeschlossen würde, könnte ein verfrühter Frieden, ja nichts anders als eine Art Waffenstillstand sein, dem in wenigen Jahren ein neuer Krieg folgen würde, ein Frieden ohne Dauer.

Ja, wäre das der Fall, dann wäre es allerdings ein großer Fehler, jetzt Frieden zu schließen; aber gibt es denn kein Mittel, schon heute zu einem Frieden zu gelangen, der Dauer verspricht? Die Niederringung des Gegners, so daß er sich vom Sieger den Frieden diktieren lassen muß, ist nicht, wie manche glauben,

ein solches Mittel. Denn jeder erzwungene Frieden trägt schon den Keim eines Revanchekrieges in sich. Und dagegen helfen keine „realen Garantien“, keine Grenzverlegungen, heute schon gar nicht, wo die Technik sich mit solchen Riesenschritten entwickelt, daß man nicht wissen kann, ob man in 20 Jahren nicht über alle Grenzen weit hinwegschießen wird, die heute wie ein Schutz aussehen. Jeder nur nach militärischen Prinzipien abgeschlossene Frieden ist der Vater eines neuen Krieges. Wollen die Völker wirklich einen dauernden Frieden, und ich glaube, nach diesem Kriege wird es kein Volk in Europa geben, welches nicht wünschen wird, für immer von der Wiederholung einer solchen Katastrophe bewahrt zu bleiben, — wollen die Völker wirklich für absehbare Zeit vor einem neuen Kriege bewahrt bleiben, dann müssen sie, dann müssen vor allem ihre Regierungen umlernen. Mit den altmodischen diplomatischen Mitteln geht es nicht mehr. Es gibt nur eine Möglichkeit, zu einem dauernden Frieden zu kommen, das ist, sich zu entschließen, an die Frage einer Verständigung über die Verminderung der Rüstungen zu Land und zu Wasser heranzugehen, und zwar schon bei den Verhandlungen über den Frieden am Schlusse des gegenwärtigen Krieges, nicht etwa erst später, nach Abschluß des Friedens.

Nur wenn die Frage der Verminderung der Rüstungen, sei es durch eine Verständigung über eine beiderseitige gesetzlich festzulegende Verminderung der Präsenzstärke der Heere oder in anderer Form für das Landheer, und durch eine beiderseitige Verständigung über die Begrenzung des Flottenbestandes der beteiligten Mächte, geregelt ist, kann man Hoffnung für die Dauer des Friedens hegen, und nur dadurch wird es möglich sein, auch alle anderen Probleme zu lösen, welche dieser Krieg zur Diskussion gestellt hat. Denn es liegt auf der Hand, daß von dem Augenblick an, wo die bisher sich als Gegner gegenüberstehenden Völker in dieser Frage einig sind, auch alle anderen Differenzen sehr an ihrer Schärfe verlieren werden. Hinzukommen müßte folgerichtig noch eine Neuorganisation der zwischenstaatlichen Beziehungen zum Zwecke der Verminderung der Kriegsgefahr, in der Art etwa, wie sie in dem Programme der von Ex-Präsident Taft begründeten und sowohl von Präsident Wilson als seinem Gegenkandidaten Hughes, sowie von Roosevelt unter-

stützten „league to enforce peace" vorgeschlagen wird. Dieses Programm könnte eventuell als Basis zu Verhandlungen dienen, da sowohl die englischen Staatsmänner wie der deutsche Reichskanzler ihre Bereitwilligkeit bekundet haben, dieser Liga zum Schutze eines dauernden Friedens unter den Nationen beizutreten.

Die Diplomaten der alten Schule, welche sich unter Friedensverhandlungen nur ein Schachern um Länderfetzen am grünen Tisch vorstellen können, werden die Köpfe schütteln, wenn sie von dieser neuen Methode, über den Frieden zu verhandeln, hören werden, die Chauvinisten und Nationalisten aller Länder werden ebenfalls nicht zufrieden sein, wenn ihre Träume von Ländererwerbungen nicht in Erfüllung gehen, vielleicht der eine oder andere General auch nicht, der gerechnet hatte, im nächsten Kriege noch einige Lorbeeren mehr zu ernten, aber im großen und ganzen wird die große Majorität in allen Völkern mit Freude und Dankbarkeit einen solchen Frieden begrüßen, und zwar um so mehr, da er sie auch von dem Alp befreien würde, noch weiterhin jedes Jahr steigende Rüstungskredite bewilligen zu müssen, ohne deshalb sicher zu sein, ob der dadurch erlangte Schutz genügend ist.

Der soeben dargelegte Modus der Friedensverhandlungen ist nicht etwa eine Utopie, sondern, meiner festen Überzeugung nach, unter den heutigen Umständen der einzig vernünftige und der einzige, der die Möglichkeit bietet, die unzähligen, durch diesen Krieg entstandenen Probleme einer gerechten Lösung entgegenzuführen.

(Vilàg vom 31. Dez. 1916.)

Präsident Wilson, seine Note und seine Persönlichkeit.

Es ist ein merkwürdiges Dokument, diese Note Wilsons, merkwürdig nach ihrem Inhalt, ihrem Gedankengang und ihrer Ausdrucksweise, ein Dokument, wie es nur in Amerika entstehen und nur von einem freien Bürger der großen nordamerikanischen Republik verfaßt und abgesandt werden konnte. Kein europäischer Diplomat hätte eine solche Note weder abfassen können noch wollen. Sie trägt ganz deutlich den Stempel der Persönlichkeit des neugewählten Präsidenten Wilson, sie ist sein eigenstes Werk. Das ist gerade das Charakteristische und Wertvolle an diesem Schriftstück. Denn wir haben es bei Wilson mit einer ausgeprägten Individualität zu tun. Dazu kommt noch, daß sein Einfluß infolge der dem Präsidenten der Republik in Nordamerika durch die Verfassung eingeräumten außerordentlich großen Machtbefugnisse, die weit größer sind nicht nur als die aller anderen Präsidenten von Republiken der Alten wie der Neuen Welt, sondern selbst die mancher europäischer Monarchen, seit seiner Wiederwahl sehr gestiegen ist. Sein Wort hat deshalb bei den Entscheidungen über die Politik seines Landes geradezu ausschlaggebenden Wert, ja man kann sagen, es bedeutet alles, da hinter dem Wort nicht nur der Wille, sondern auch die Macht steht, danach zu handeln. Und daß dieser Wille vorhanden ist, wenn eine Persönlichkeit wie die Wilsons sich entschließt, öffentlich zu Europa und der Welt zu sprechen, daran ist für jeden, der den Charakter dieses Präsidenten nur einigermaßen kennt, kein Zweifel.

Ich sagte am Eingang, die Note trage den Stempel seiner Persönlichkeit. Nur von diesem Standpunkte aus kann sie richtig beurteilt werden. Ich glaube, es wird daher nützlich sein, wenn wir uns seine ganze Persönlichkeit und seinen Charakter einmal etwas näher ansehen. Ein Zufall hat mich in die Lage versetzt, aus guten Quellen darüber zu schöpfen.

In Einem stimmen Freund und Feind überein: der Wilson von früher, als er noch Gouverneur von Trenton war, und der Wilson von heute, der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, sind zwei verschiedene Menschen. Solange als er noch in seinem Bureau in Trenton arbeitete, konnte jeder, ob reich, ob arm, zu jeder Stunde unangemeldet zu ihm kommen. Wilsons Haus stand von früh bis abends jedermann offen; wer immer eine Angelegenheit mit ihm zu besprechen, einen Rat oder eine Hilfe zu erbitten, ja nur ganz einfach Lust hatte, sich mit ihm über politische Fragen zu unterhalten, oder gar nur ihn zu sehen und ihm sein Herz auszuschütten, jeder war willkommen und fand immer freundliches Gehör. Und bei jeder Gelegenheit zeigte er sich als der Verteidiger des Schwachen gegen den Starken, des Rechtes gegen das Unrecht, als der Feind aller Sonderprivilegien und Vorrechte, kurz, als ein echter Demokrat. Seine Popularität nahm von Tag zu Tag zu, und selbst solche Männer, die bisher sich von der Politik als etwas Unreinlichem ferngehalten hatten, suchten seine Freundschaft und wurden seine Anhänger, und zwar um so begeisterter, als sie in ihm einen Mann erkannt zu haben glaubten, der Freundschaft nicht nur heuchelte, um ihre Stimmen bei der Wahl zu erlangen. So überschritt allmählich seine Popularität die Grenzen seines engeren Wirkungskreises, und der Ruf drang immer lauter von jenseits der Grenzen seines Staates zu ihm: „Lenke uns alle, wir alle wollen der neuen Freiheit teilhaftig werden." Er aber hielt sich zunächst zurück, ohne abzulehnen, und erklärte nur seine Bereitwilligkeit, einem eventuellen Rufe zu folgen. So kam es zur Präsidentenwahl, und Woodrow Wilson vertauschte sein kleines Bureau in Trenton, in dem er bei offenen Türen, sozusagen unter den Augen des Volkes, amtiert hatte, mit dem Weißen Hause in Washington. Und nun ging eine merkwürdige Veränderung mit ihm vor; während er früher der zugänglichste Mensch gewesen war, verwandelte er sich von einem Tage zum andern in den exklusivsten, abgeschlossensten, unzugänglichsten von allen Präsidenten, die je das Weiße Haus betreten hatten. Und der Grund zu dieser Abgeschlossenheit war nicht etwa, daß ihn die tägliche Arbeit so in Anspruch nahm, oder daß gerade sehr wichtige politische Entschlüsse zu fassen gewesen wären, oder daß seine Gesundheit es verlangt hätte. Nein, diese vollkommen veränderte Arbeitsmethode und Lebensweise war bei ihm das Ergebnis seiner sorgfältigen Überlegung.

Wilson ist nicht umsonst längere Jahre Professor gewesen. Dabei hat er sich gewöhnt, alles im Leben gewissermaßen wissenschaftlich anzupacken, und so hat er sich auch für sein neues Amt eine neue Lebensweise und eine neue Arbeitsmethode zurecht gelegt. Dazu gehörte, daß er von nun an aufhörte, in voller Öffentlichkeit sein Amt zu versehen, wie er es in Trenton gewohnt war; aber nicht nur das, er zog sich überhaupt mehr und mehr von der Außenwelt zurück und verzichtete fast ganz auf die Ratschläge seiner Freunde. Seine Tür wurde streng geschlossen gehalten, und selbst die Mitglieder seines Kabinetts, welche ja allerdings in Amerika nicht dieselbe Bedeutung haben, wie zum Beispiel ein Minister der französischen Republik, sondern mehr mit Unterstaatssekretären zu vergleichen sind, bekamen den Präsidenten oft Tage, ja Wochen hindurch nicht zu sehen und sahen sich zu einfachen ausführenden Organen seines Willens herabgedrückt. Während früher Besucher und freiwillige Ratgeber willkommen waren, schienen sie jetzt fast Mißtrauen zu erregen, und wer gar im Verdacht stand, mit den Finanzgrößen von Wallstreet in Verbindung zu stehen oder gar selbst einer von diesen war, der konnte es von vornherein aufgeben, den Präsidenten zu Gesicht zu bekommen. Es schien, als ob der Präsident schon die Berührung mit Wallstreet in Form einer Konversation mit einem ihrer Mitglieder scheute. Daß ihm dies dort nicht gerade Freundschaft eingetragen hat, kann man sich denken. Aber er ließ sich dadurch nicht anfechten.

Aber nicht nur die Männer von Wallstreet, nein, selbst seine eifrigsten Anhänger erhielten immer seltener Gelegenheit, ihn zu sprechen. Mehr und mehr trat zutage, daß es bei ihm geradezu zum System geworden war, sich bei niemandem Rats zu erholen als bei sich selbst, und das Eigentümlichste an seiner Art, zu amtieren, ist die geringe Beachtung, die er den Männern schenkt, die seine Mitarbeiter sind. Selten, daß er ein Wort zu ihnen spricht, selbst zu solchen, welche seine eifrigsten und treuesten Stützen sind. Es ist, als ob er auf ihre Mitarbeit gar keinen Wert legte. Auch amerikanische Diplomaten, die von auswärts nach Washington kommen, bereit, über ihre Tätigkeit im Auslande zu berichten, haben große Mühe, eine Audienz beim Präsidenten zu erlangen, als ob es ihn gar nicht interessierte, zu hören, was sie ihm mitbringen könnten. Selbst die wichtigsten Beamten des Landes werden fast nie von ihm zur Beratung gerufen.

Ebenso hält er es mit den Mitgliedern des Kongresses, die er nur dann zu sich rufen läßt, wenn er sie direkt beeinflussen will, um irgend etwas mit ihnen durchzusetzen; und mit der Presse sogar unterhält er die sparsamsten Beziehungen.

Kurz, Mr. Wilson ist ein Mann, der äußere Einflüsse, Ratschläge und Meinungen so viel wie möglich fern von sich zu halten bestrebt ist, in der Überzeugung, daß sein bester Ratgeber er selbst ist*. Anderseits hat dieses System den Vorteil, daß Protektionswirtschaft und Familiarität im Weißen Hause unter dem jetzigen Regime ausgeschlossen sind.

Charakteristisch für die ganze Art des Präsidenten Wilson war sein Verhalten während der „Lusitania"-Affäre. Während der ganzen Zeit, als diese Angelegenheit spielte, gewiß einer der erstesten Momente für die Vereinigten Staaten während dieses Krieges, hielt Wilson nicht einen einzigen Ministerrat ab, noch sah er einen der Minister, ja er verkehrte nicht einmal schriftlich mit ihnen, und die wenigen, die versuchten, mit ihm in telephonische Verbindung zu kommen, hatten kaum Erfolg, nicht einmal der Staatssekretär. Gerade als es sich um die Absendung der ersten Note handelte, ging der Präsident aufs Land und blieb dort in strenger Abgeschiedenheit während voller 25 Tage. Alle diplomatischen Noten, kurz, die ganze Leitung der auswärtigen Politik in dieser gefahrvollen Zeit führte er ganz allein auf seine eigene Verantwortung ohne einen anderen Rat als seinen Verstand und sein Gewissen. Das ist charakteristisch für den ganzen Mann. Wilson regiert mehr wie ein Autokrat oder ein Diktator, als wie ein konstitutioneller Monarch. Diese Regierungsweise hat ihre guten Seiten, aber auch ihre großen Gefahren. Die größte Gefahr liegt bei einem Manne wie Wilson, der alle Fragen, selbst die der praktischen Politik, gewissermaßen vom streng wissenschaftlichen Standpunkt aus zu lösen die Gewohnheit hat, darin, daß er zu leicht die Theorie mit der Praxis verwechseln und dadurch manchmal zu Entscheidungen kommen kann, die, in das praktische Leben überführt, die entgegengesetzten Folgen haben, als sie die Theorie berechnet hatte. Anderseits ist

* Zwei vertraute Berater hat Präsident Wilson doch gehabt, u. zw. während der ersten Periode des Weltkriegs bis zur amerikanischen Kriegserklärung Mr. Garrison Villard, den Verleger und Herausgeber der rühmlich bekannten Zeitschrift „The Nation". und von der Kriegserklärung an bis noch heute Colonel House, der auch als Delegierter der Friedenskonferenz in Paris teilnimmt.

die Sicherheit, mit der Mr. Wilson selbst in den gefährlichsten Momenten sich ganz auf sich allein verläßt und nicht zögert, die Verantwortung vor dem Lande auf sich zu nehmen, ein Zeichen von persönlichem Mut, den man bewundern muß. Dieser Mut wird auch von seinen Landsleuten anerkannt, aber diese Eigenschaften haben nicht dazu beigetragen, ihm ihre Liebe einzutragen. Präsident Wilson ist das merkwürdige Beispiel eines Präsidenten, der wiedergewählt worden ist, und mit einer ziemlich erheblichen Majorität, wegen seiner hohen moralischen Eigenschaften, trotzdem es ihm nicht gelungen ist, wirkliche Popularität zu gewinnen. Seine Stellungnahme für den Frieden hat gewiß viel zu seiner Wahl beigetragen, aber Begeisterung hat er nirgends erweckt. Es ist, als ob er zu ausschließlich kalter Verstandesmensch sei, um zum Gemüt seiner Hörer zu dringen. Es wäre tragisch, wenn es wahr wäre, was diejenigen von ihm sagen, die ihn am besten zu kennen glauben, daß es nämlich im Grunde sein heißester Wunsch sei, von seinen Landsleuten nicht wegen seiner Taten oder seiner Erfolge angesehen zu werden, sondern ihre Herzen zu gewinnen.

Für uns in Europa ist es wichtig, uns ein richtiges Bild seiner Denkungsweise und seines Charakters zu machen, denn nur dann können wir sein Vorgehen richtig beurteilen und die entsprechenden Schlüsse daraus ziehen. Nach allem eben Gehörten ist anzunehmen, daß auch die jetzige Intervention im Interesse des Friedens seiner ureigenen Initiative entsprossen ist und wir keine weiteren Hintergedanken dabei zu vermuten brauchen, als selbstverständlich in erster Linie das Interesse der Vereinigten Staaten. Aber das braucht durchaus nicht mit dem unserigen zu kollidieren.

(Neue Freie Presse Nr. 18820 vom 14. Jan. 1917.)

Caveant Consules.

I.

Als am 12. Dezember 1916 das Friedensangebot der Zentralmächte bekannt wurde, da ging ein Aufatmen durch die Welt, besonders die neutrale, und zum erstenmal seit den beinahe drei Jahren, die nun der Weltkrieg dauert, schien die Hoffnung berechtigt, daß der Friede nicht mehr fern sei. So recht laut wurde freilich die Freude nicht, und schon am nächsten Tage kamen die Zweifler und hatten, der eine dieses, der andere jenes daran auszusetzen und nachzuweisen, daß ein Angebot in diesem Siegertone und ohne irgendeine weitere Angabe über die Bedingungen der Zentralmächte wenig Aussicht auf Erfolg haben werde. Dann kam gleich darauf die Wilsonnote, und diesmal belebten sich die Hoffnungen; auch sie wurden sofort wieder schwächer, als die zwar höflichen, aber doch eher ausweichenden Antworten der Zentralmächte an Wilson bekannt wurden, in denen zwar Deutschland sogar den sofortigen Zusammentritt einer Konferenz der Kriegführenden, und noch dazu — manchem schien dies eine große Konzession — in einer neutralen Stadt vorschlug, aber wiederum sich in vollkommenes Schweigen über die Friedensbedingungen hüllte.

Als dann endlich die Antwort der Entente in den Händen Wilsons war und der Welt bekannt gemacht wurde, da sank das Friedensbarometer auf den Nullpunkt herab. Denn daß dieses Schriftstück, sowohl durch seinen Inhalt wie seinen geradezu beleidigenden Ton von der großen Mehrheit aller Deutschen wie eine Herausforderung angesehen werden würde, auf die es keine andere Antwort gebe als mit dem Schwerte, das war vorauszusehen. Nur über eines konnte man zweifelhaft sein, das war, wie sich die Regierungen der Zentralmächte dazu stellen würden. Denn die Sache der Regierung ist es, in einem solchen Augenblicke Besonnenheit und Ruhe zu bewahren und nicht blindlings dem ersten

Impuls nachzugeben, vorsichtig abzuwägen, welche Haltung im Interesse des Vaterlandes und hier in dem speziellen Falle im Hinblick auf das Endergebnis des Krieges, von ihr einzunehmen ist, ob von jetzt ab auf jeden weiteren Versuch, zu Friedensverhandlungen zu gelangen, verzichtet werden muß, oder ob etwa doch noch an den ersten Schritt weitere zu knüpfen sind. Eine solche Überlegung durfte man von der Regierung um so eher erwarten, als ja in der Note der Entente so manche schwache Stellen enthalten sind, an die eine geschickte Diplomatie leicht einen neuen Schachzug ansetzen konnte. Außerdem war noch eine Antwort des Präsidenten Wilson auf die Note der Entente zu erwarten, die eventuell die Möglichkeit zu einer Fortsetzung der indirekten Konversation geben konnte, trotz dem wenig höflichen Ton, in dem sie in ihren ersten Stadien geführt worden war. Statt dessen aber konnte man bereits am nächsten Tage mit wenig angenehmer Überraschung beobachten, wie die gesamte deutsche Presse, von der „Kreuzzeitung" bis zum „Vorwärts", also von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, in den heftigsten Tönen kategorisch erklärte, nach dieser Antwort der Entente gebe es nur noch eines: Kampf bis aufs Messer, rücksichtslos, mit allen Mitteln bis zur Niederringung des Gegners. Wenn er nicht gutwillig den Frieden annehmen wolle, dann müsse er eben dazu gezwungen werden. Während in einzelnen englischen Zeitungen man doch noch die Hoffnung durchleuchten sehen konnte, daß die Türe noch nicht endgültig verschlossen, daß noch nicht alle Brücken abgebrochen sein möchten, mußte man aus dieser, wie von einem Kommando entspringenden einheitlichen Haltung der deutschen und des größten Teils der österreichisch-ungarischen Presse entnehmen, daß jedenfalls Deutschland weitere Schritte gegenüber den Ententemächten zur Herbeiführung einer Verständigung durch Verhandeln nicht zu tun, sondern von nun an die Entscheidung ausschließlich den militärischen Faktoren zu überlassen gedenke. Wie weit das richtig ist, ob wirklich von deutscher Seite die Brücken definitiv als abgebrochen angesehen und in keinem Fall ein weiterer Versuch unternommen werden soll, die Fortsetzung des Krieges zu vermeiden, ist für den Außenstehenden schwer zu beurteilen. Der Laie würde eher geneigt sein zu glauben, nach dem Satze, wer „A" sagt, wird auch „B" sagen, daß es doch kaum denkbar ist, daß die Zentralmächte geglaubt haben sollten, auf ihr Friedensangebot, so wie es war, werde die

Entente ihnen sofort gerührt um den Hals fallen, und daß sie demnach auf den ersten Schritt auch noch einen zweiten, in irgendeiner Form oder auf irgendeinem Wege folgen lassen würden. Anderseits deuten die erschienenen Armeebefehle und kaiserlichen Manifeste darauf hin, daß solche Hoffnungen nicht mehr am Platze sind.

Wer heute eine andere Meinung äußert als die, daß nun wieder die Kanonen allein das Wort haben, und daß die endgültige Entscheidung von jetzt ab nur dem Schwert überlassen bleiben müsse, der setzt sich in Widerspruch mit fast der gesamten Presse der Zentralmächte; und doch kann ich, selbst auf die Gefahr hin, von ihr als ein unverbesserlicher Träumer, wenn nicht noch Schlimmeres, hingestellt zu werden, es nicht unterlassen, der Meinung Ausdruck zu geben, daß es nicht nur für Deutschland und seine Verbündeten von keinem Nachteil, sondern im Gegenteil von großem Nutzen sein würde, wenn es den Weg und die Form finden könnte, der Welt nunmehr seinerseits bekannt zu geben, welches eigentlich die Vorschläge sind, die es zu einer eventuellen Konferenz mit den Bevollmächtigten der Gegner mitbringen würde, und von denen es in der Antwortnote an Wilson gesagt hat, daß „sie nach Überzeugung der Verbündeten geeignet seien, als Grundlage für die Wiederherstellung eines dauernden Friedens zu dienen“. Dem Einwand, dadurch würden sich die Zentralmächte binden, während dies bei der Entente nicht der Fall sei, wäre leicht dadurch zu begegnen, daß man eine Frist festsetzt, nach deren Ablauf, wenn die Bedingungen nicht angenommen seien, jeder wieder freie Hand habe.

In der deutschen Presse ist in den letzten Tagen immer wieder der Standpunkt vertreten worden, und ebenso in den offiziellen Manifesten, daß von nun an die Verantwortung für die Fortdauer des Krieges und für all das Blut, was noch fließen wird, auf die Entente allein kommen werde, weil sie das Friedensangebot zurückgewiesen habe, und überall begegnet man in Deutschland der Meinung, daß nunmehr die Neutralen sich überzeugt haben werden, wer die Störenfriede sind, und daß es die Entente ist, auf deren Schultern von jetzt ab die ganze Last der Verantwortung für die Fortdauer des Krieges fallen werde. Das ist eine gefährliche Täuschung. Schon jetzt kann man von jedem Neutralen hören, daß er Deutschland mit verantwortlich macht, wenn der Krieg nicht aufhört, denn Deutschland habe sein Friedensangebot in einer Form eingebracht, die es von vorneherein habe ausschließen

müssen, daß es Erfolg hätte; erst recht aber, wenn Deutschland sich in eisiges Schweigen über seine Bedingungen hüllt, nachdem die Entente die ihrigen, und wenn sie auch phantastisch, unmöglich zu verwirklichen und unlogisch seien, der Welt bekanntgegeben habe. Sowohl die Zentralmächte wie die Entente, das sieht man aus ihren Noten, haben augenblicklich den begreiflichen Wunsch, sich die Sympathien der Neutralen zu erwerben und zu sichern; wie hohen Wert die Entente, insbesondere England, darauf legt, die Zustimmung der Vereinigten Staaten zu finden, beweist, daß sie zu oberst an ihre Antwortnote die Erörterung über die Friedensliga des Präsidenten Wilson gestellt hat, es beweist ferner der erklärende Brief, den Balfour im Namen Englands noch der gemeinschaftlichen Note der Entente nachgeschickt hat.

Es wird in Deutschland immer wieder viel zu sehr unterschätzt, welche Bedeutung in Amerika gerade dieser Angelegenheit beigemessen wird, ein wie tiefes Interesse der Nordamerikaner überhaupt an moralischen und religiösen Dingen nimmt, und wie falsch es ist, wenn man ihn nur beurteilt als einen nüchternen Geschäftsmann, der für nichts anderes Sinn habe, als „business“, als möglichst rasch recht viel Geld zu gewinnen, und dem ideale Interessen vollständig gleichgültig seien. Ich möchte im Gegenteil so weit gehen, zu behaupten, daß der moderne Amerikaner sich von einem gewissen modernen neudeutschen Typus gerade darin vorteilhaft unterscheidet, auf den diese Charakteristik des Dollarjägers und nur in materiellen Interessen aufgehenden Geschäftsmannes weit eher zutrifft. Psychologisch ist diese Richtung des Amerikaners sehr gut zu begreifen. Gerade jemand, der so intensiv, wie es nur in Amerika geschieht, sich seinen Geschäften und dem Geldgewinnen widmet, der hat das Bedürfnis, gewissermaßen zur Erholung, wenn er z. B. aus der dumpfen und giftigen Atmosphäre von Wallstreet kommt, sich in reinere Gefilde zu begeben und die Höhenluft der Ideale, seien es nun religiöse oder humanitäre, zu atmen. Gerade so erklärt es sich, wie oft Männer, die in ihren Geschäftspraktiken zur Zeit, als sie ihre Riesenvermögen erwarben, von einer geradezu erschreckenden Skrupellosigkeit gewesen sind, späterhin ihre Milliardenvermögen ganz in den Dienst der Menschheitsinteressen stellten. Man sagt, das geschehe aus Eitelkeit; gewiß, das wird vorkommen, aber nicht immer. Sehr oft ist der Beweggrund einer solchen Handlung direkt ein religiöser, ja manchmal liegt schon dem Erwerb des Vermögens

der Plan irgendeiner großen Stiftung zugrunde, welche der Menschheit zugute kommen soll. Daß die Idee einer Liga, welche der Menschheit die Wohltat eines dauernden Friedens verschaffen und sichern soll, wie sie der von Präsident Taft gegründeten und von Wilson aufgenommenen „League to enforce peace" zugrunde liegt, in Amerika in ihrer Bedeutung sehr gewürdigt und viel höher geschätzt wird als in Deutschland und Österreich, ist danach leicht verständlich.

Wenn Deutschland sich die Sympathien Amerikas erwerben will, dann muß es diese Saite anschlagen. Herr Dumba, der bisherige Botschafter Österreich-Ungarns in Washington und ein guter Kenner der Vereinigten Staaten von Nordamerika, hat ganz recht, wenn er sich, wie die Wiener „Arbeiterzeitung" berichtet, kürzlich dahin geäußert hat, daß die Bekanntgabe der mäßigen Friedensbedingungen der Zentralmächte die Legende von der Eroberungssucht und dem Bestreben Deutschlands, in Europa eine Militärdiktatur zu errichten, zerstören müsse. Die werbende Kraft dieser Eröffnungen zugunsten eines Einlenkens des französischen und englischen Volkes in friedliche Bahnen wäre, seiner Meinung nach, so groß, daß vielleicht die taktischen Bedenken gegen die Mitteilung unserer Bedingungen in den Hintergrund treten könnten. Ich pflichte seiner Auffassung vollkommen bei.

II.

Wenn die Zentralmächte nunmehr ihre Friedensbedingungen nennen, d. h. die Bedingungen, die sie zu einer Friedenskonferenz als Grundlage der Unterhandlungen mitbringen würden, und diese sind, wie man nach den bisherigen Äußerungen des Reichskanzlers v. Bethmann im Reichstag nicht anders annehmen kann, vernünftige, gerechte, maßvolle *, die einerseits den berechtigten Ansprüchen des deutschen Volkes auf seine territoriale Unantastbarkeit wie seine politische und wirtschaftliche Freiheit und anderseits der Rücksicht auf die Rechte und die Unabhängigkeit der anderen Völker in gerechter Weise entsprechen, dann kann ihre Bekanntgabe Deutschland und seinen Verbündeten doch nur zum Nutzen gereichen und ihm die Sympathien der Neutralen gewinnen.

* Das war, wie ich jetzt zugeben muß, leider damals eine Illusion von mir. Auch die Bethmannschen Bedingungen scheinen doch, wie man später gehört hat, nicht so „maßvoll" gewesen zu sein.

Beharren darauf die Ententeregierungen auf der Fortsetzung des Krieges, dann wird wirklich die Verantwortung für alles Schreckliche, was kommen wird, auf ihre Schultern fallen, und die Zentralmächte werden endgültig dem Vorwurf entgehen, daß sie das Friedensangebot nicht aufrichtig und ehrlich gemeint hätten, ein Vorwurf, der so lange mit einem Schein von Berechtigung wird erhoben werden können, als die Zentralmächte sich weigern, ihre Kriegsziele zu nennen. Sie werden den Anschein vermeiden, als ob sie die Weigerung vorhergesehen und sie durch ihr Gebot absichtlich provoziert hätten, um Gelegenheit zu haben, dann ihre Forderungen im weiteren siegreichen Verlaufe des Krieges zu erhöhen.

Wie aber jetzt, nachdem sozusagen die Türe zugeschlagen worden ist, die Gelegenheit dazu finden, den eben dargelegten modus procedendi zu verwirklichen? Die Antwort auf diese Frage wird mir, während ich sie niederschreibe, auf den Tisch gelegt: das Telegramm, welches die Botschaft des Präsidenten Wilson an den amerikanischen Senat mitteilt.

Schon aus dem tiefen Ernst seiner ersten Note sprach der aufrichtige Wunsch, sowohl im eigensten Interesse seines Landes als dem der übrigen neutralen und kriegführenden Staaten, den Frieden herbeizuführen, und man konnte erwarten, daß er es bei seinem ersten Schritt, bei seiner bekannten Note an die kriegführenden Mächte nicht bewenden lassen, sondern einen zweiten folgen lassen würde. Das ist nun durch diese Botschaft geschehen. Die Friedensfreunde hatten also doch recht, die noch nicht verzweifeln wollten. Sie hatten nicht umsonst ihre letzte Hoffnung auf den Präsidenten Wilson gesetzt. Wie man auch über den Inhalt dieser Botschaft urteilen mag, und ich möchte mir in diesem Augenblick noch keine Meinung darüber anmaßen, soviel steht fest, daß sie eine neue Brücke für eine Fortsetzung der mit dem Friedensangebot begonnenen Verhandlungen ist, mag auch zu gleicher Zeit der Krieg seinen Fortgang nehmen. Aber nicht Amerika allein, auch die anderen Neutralen sollten den Augenblick nicht unbenützt vorübergehen lassen, im Interesse der Herbeiführung des Friedens, der ja gleichbedeutend mit ihrem eigenen vitalsten Interesse ist, etwas zu tun. In meinem Artikel vom 24. Dezember hatte ich an dieser Stelle die Frage gestellt: „Wo bleiben die Neutralen?" Die Antwort darauf kam in Gestalt einer Note des Präsidenten Wilson. Gleich darauf erklärte der

schweizerische Bundesrat seine freudige Bereitschaft, die Bestrebungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zu unterstützen, wobei zum erstenmal bekannt wurde, daß der Bundesrat schon vor geraumer Zeit mit Amerika in Fühlung getreten war zum Zwecke der baldigen Beendigung der Feindseligkeiten. Auch die drei skandinavischen Staaten unterstützten die Note Wilsons. Nur Spanien lehnte ausdrücklich seine Mitarbeit ab, erklärte aber gleichzeitig seine Bereitwilligkeit, an einer Konferenz der Neutralen über ein Übereinkommen zur Wahrung ihrer Interessen und zum Zwecke der Beendigung des Krieges teilzunehmen, wenn der geeignete Augenblick gekommen sein werde. Seitdem sind wieder mehrere Wochen vergangen, man hört aber noch immer nichts von einer Konferenz der Neutralen. Die Zeit ist aber kostbar. Das Frühjahr und mit ihm die große Offensive, auf die sich, wie man jeden Tag in den Zeitungen lesen kann, die Ententemächte mit allen ihren Kräften vorbereiten, naht heran. Wie sie auch ausgehen mag, sie wird wieder Hekatomben von Menschenopfern fordern. Wäre es nicht der Mühe wert, daß sich die sämtlichen Neutralen endlich über Schritte einigten, um zunächst einmal diesem Massenmorden Einhalt zu tun, und dann, den Vorschlägen des Präsidenten Wilson in seiner Botschaft an den amerikanischen Senat vom 22. Januar entsprechend, gemeinsam darüber zu beraten, wie dieser Krieg durch einen Dauer versprechenden Frieden zu beenden sein und die zukünftigen Beziehungen der Staaten im Sinne der Ordnung und der Freiheit sichergestellt werden können? Ist doch bereits von England seinerzeit durch Lord Grey darauf hingewiesen worden, daß es die Aufgabe der Neutralen sei, schon während des Krieges den dauernden Frieden und die Organisation der zwischenstaatlichen Beziehungen vorzubereiten.

Hier möchte ich mir nun in aller Bescheidenheit und Zurückhaltung, die einem Fremden geziemt, der die Gastfreundschaft dieses Landes genießt und nur in dem Bewußtsein aus der warmen Sympathie für dasselbe die Berechtigung dazu entnehmen zu können, ein aufrichtiges Wort an die Schweiz gestatten: Gerade die Schweiz von allen europäischen neutralen Staaten hat am allermeisten Ursache, den Frieden baldmöglichst herbeizuwünschen, denn ihre Lage, mitten zwischen drei kriegführenden Mächten gelegen, ist eine den mannigfachsten Gefahren ausgesetzte.

Gerade in den allerletzten Tagen, nachdem die bekannten militärischen Maßnahmen von der Bundesregierung getroffen waren, hat sich weiter Kreise, und zwar nicht nur ausländischer, sondern namentlich einheimischer, eine *lebhafte Beunruhigung* bemächtigt und den abenteuerlichsten Gerüchten Nahrung gegeben. Ich möchte nun beileibe nicht diese Unruhe vermehren, um so weniger, als ich nach den Erklärungen der beteiligten Regierungen wirklich aufrichtig der Meinung bin, daß eine *augenblickliche Gefahr für die Neutralität der Schweiz nicht* besteht; denn ganz abgesehen von moralischen Gründen, die ja leider, wie wir in diesem Kriege mehr wie einmal und auf den verschiedensten Seiten haben erfahren müssen, federleicht wiegen, wenn sie gegen egoïstische Machtinteressen in die Wagschale gelegt werden, ist für keinen der dabei in Frage kommenden Staaten ein Interesse zu erkennen, das stark genug wäre, um ihn zu einem Versuch, die Schweizer Neutralität zu brechen, zu *verlocken*. *Aber wenn der Krieg jetzt fortgesetzt wird, wer weiß, wie lange er dauern wird?* Allem Anschein nach bereiten sich England sowohl wie Frankreich noch auf einen langen Krieg vor; es kann ein Krieg von *Monaten*, es kann aber auch einer von *Jahren* sein, und *was* kann in einer *so langen Zeit sich nicht alles ereignen?* Wer kann die mancherlei Komplikationen voraussehen, die im Verlauf dieser Zeit auch im Verhältnis der Schweiz zu seinen drei Nachbarn eintreten können? Und dann, es gibt nicht nur in Rußland „*dunkle Mächte*", welche im Finstern ihr Wesen treiben*, es gibt auch anderswo solche Elemente, die aus den mannigfachsten, hier nicht zu erörternden Gründen, die sehr oft nichts mit Staatsinteressen zu tun haben, am *Kriege*, an der *Fortdauer* des Krieges, ja eventuell an einer *Ausdehnung des Krieges* auf die bis dahin noch unbeteiligten Staaten *ein Interesse* haben. Wer die Vorgänge hinter den Kulissen in den bisher am Kriege beteiligten Staaten aufmerksam beobachtet hat, der konnte da merkwürdige und lehrreiche Erfahrungen machen. Auf solche dunkeln Mächte ein wachsames Auge zu haben, überhaupt in einem Augenblick wie dem jetzigen doppelt vorsichtig und aufmerksam zu sein, das ist die *Pflicht jeder Regierung* und es wäre eine unbefugte und taktlose Einmischung, wenn ich daran erinnern wollte. Aber *etwas* dürfte mir als Friedensfreund und gleichzeitig aufrichtigen *Freund*

* Eine Warnung an die Schweiz vor dem Treiben der geheimen Agenten der kriegführenden Mächte, welche in der Schweiz ihr Unwesen trieben.

der Schweiz gestattet sein, das ist, noch einmal daran zu erinnern, wie nützlich ein Zusammengehen der neutralen Staaten zur Herbeiführung des Friedens sein könnte und wie notwendig es wäre, daß die Neutralen endlich einmal aus ihrer Reserve heraustrāten und wenigstens unter sich zu einer möglichst baldigen Einigung kämen. Nur mit vereinten Kräften können sie den Großmächten gegenüber etwas erreichen, namentlich wenn es ihnen gelingt, sich mit den Vereinigten Staaten ins Einvernehmen zu setzen. Und dazu ist jetzt der gegebene Augenblick wie noch nie, sie brauchen nur der in der Botschaft des Präsidenten Wilson ausgesprochenen Aufforderung nachzukommen. Aber die Zeit drängt. Was ich schon vor einigen Wochen an dieser Stelle gesagt habe, das ist heute noch wahr. Europa steht vor einem Wendepunkt seines Schicksals. Gelingt es nicht, den Kriegswagen auf seinem rasenden Lauf noch vor dem Abgrund anzuhalten, dann ist das Schicksal aller europäischen Staaten, groß oder klein, besiegelt. Jetzt ist noch Zeit zur Rettung. Deshalb: Vorsicht und keine Zeit verloren. Caveant consules ne quid detrimenti capiat res publica.

(Neue Zürcher Zeitung Nr. 158. II. vom 27. Jan. 1917 [I] und Nr. 162. II. vom 28. Jan. 1917 [II].)

Die weitere Entwicklung der russischen Revolution.

Welches wird die weitere Entwicklung der russischen Revolution sein? Wird sie definitiv den Sieg über das alte Regime davontragen, und welche Form wird die neue Regierung annehmen, konstitutionelle Monarchie oder Republik? Werden die gestürzte Dynastie und Regierung sich resigniert in ihr Schicksal ergeben oder werden sie nicht doch den Versuch machen, auf die Armee und die Landbevölkerung gestützt, die revolutionäre Regierung wegzujagen und sich wieder der Macht zu bemächtigen? Es ist immer schwer, zu prophezeien, in Rußland aber doppelt schwer, wo wir es mit einem Volke zu tun haben, in dessen Seele zu dringen für den Ausländer schwerer ist als in die irgendeines anderen Volkes. Ich möchte deshalb auch nicht den Versuch wagen, hier bestimmte Voraussagen für die Zukunft zu machen. Einiges aber läßt sich doch auch jetzt schon aus der Ferne erkennen.

Was zunächst die Frage betrifft, ob die Autokratie und die Dynastie definitiv für immer beseitigt sind, so bin ich der Meinung, daß dies allerdings der Fall ist. Meines Erachtens werden sie nicht mehr zur Macht gelangen. Denn das reaktionäre Regime hat keinen Rückhalt mehr: Der Kaiser und sein Bruder Michael Alexandrowitsch haben dem Thron entsagt, der nächstfolgende Thronberechtigte, Großfürst Kyrill, hat sich der augenblicklichen Regierung untergeordnet, der Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch, derjenige unter den Großfürsten, der für den energischsten und ehrgeizigsten galt, ebenfalls. Alle loyalen Diener des Monarchen sind ihres Treueides enthoben, und die reaktionären Elemente, welche vielleicht das alte Regime zurückwünschen, sind ohne jeden Rückhalt, wenn die Armee nicht mehr mit ihnen geht. Daß etwa der Zar seine erzwungene Abdankung später für nichtig erklären und den Versuch machen sollte, den Thron wiederzuerlangen, ist bei seinem Charakter nicht anzunehmen. Es ist viel eher wahrscheinlich, daß er, indolent wie

er ist, sich bald an die Existenz ohne die Last der Verantwortung und die Bürde der Regierung gewöhnen und ein ruhiges Familienleben in der Zurückgezogenheit jeder Rückkehr auf den Thron vorziehen wird. Ob nicht doch der Großfürst-Thronfolger, falls die konstituierende Versammlung sich für eine monarchische Regierungsform aussprechen sollte, auf den Thron gesetzt wird unter der Vormundschaft eines Regenten, sei es des Großfürsten Michael Alexandrowitsch oder einer Regentschaft von Parlamentariern, steht dahin, denn es ist doch wohl kaum möglich, daß der Kaiser auch für ihn auf die Thronfolge habe verzichten können. Wahrscheinlich scheint diese letztere Eventualität nicht, wenigstens nicht nach den Nachrichten, die sich in den letzten Tagen immer mehr vermehrten, von einem immer mehr zunehmenden Einflusse der ganz extremen Elemente auf die Regierung, was erwarten läßt, daß die konstituierende Versammlung sich für die republikanische Staatsform entscheiden wird, so unglaublich es klingt.

Etwas Bestimmtes läßt sich freilich darüber schwer prophezeien. Denn wer jemals mit dem allgemeinen Stimmrecht zu tun gehabt hat, selbst in Staaten, in denen die Volksbildung auf dem höchsten Niveau steht, und weiß, welche Überraschungen man sogar dort damit erleben kann, der kann sich ungefähr vorstellen, was alles bei Wahlen nach dem allgemeinen Stimmrechte in einem dünnbevölkerten Reiche mit nahezu 100 Millionen Wählern, deren größter Teil Analphabeten sind, herauskommen mag! Auf die Verleihung des Wahlrechtes an die Frauen scheint die Regierung wieder verzichtet zu haben.

Eines scheint jedenfalls beinahe sicher: die Verfassung, die von der konstituierenden Versammlung aufgestellt werden wird, wird eine parlamentarische demokratische sein. Die Frage liegt nahe: Ist denn das russische Volk reif für eine parlamentarische Regierung? Darauf läßt sich nur sagen: Politisch unreif ist schließlich die Mehrheit jedes Volkes, die große Masse, in dem Sinne, daß ihre Einsicht nicht hoch zu bewerten ist. *Wenn ein Volk* aber *den Willen hat*, selbsttätig *seine Geschicke zu gestalten, dann ist es reif*, diese Arbeit zu übernehmen. Und mit der praktischen Arbeit wächst auch die Einsicht. Das russische Volk aber ist so begabt, daß es zu allem befähigt ist.

Der dunkle Punkt ist die große Frage, von der die Zukunft des russischen Reiches abhängt, ob und wie weit wird es der provisorischen Regierung gelingen, die Extremen in gemäßigten Bahnen

zu halten. Gelingt ihr das nicht, dann kann nur Anarchie die Folge sein.

Wie sehr die Ententeregierungen eine solche Entwicklung fürchten, beweist unter anderm die Tatsache, daß die französischen Sozialisten im Einverständnis mit dem großen Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten die Entsendung einer parlamentarischen Kommission nach Petersburg beschlossen haben, zu dem Zwecke, die provisorische Regierung „mit ihrem Rate zu stärken" und „mit ihrer Erfahrung zu unterstützen", selbstverständlich, um zu bremsen. Ob ihnen das aber noch gelingen wird, wird täglich fraglicher. Daher wird auch die Besorgnis, die in der französischen und englischen Presse zum Ausdruck kommt, täglich größer, daß etwa pazifistische Tendenzen durch die extremen Elemente, mit denen die Regierung paktieren muß, die Oberhand bekommen könnten. Dann würden auch alle Versuche, die Kriegsbegeisterung durch Aufstachelung des Deutschenhasses wieder anzufachen, an dem Friedenswillen der großen Mehrheit des russischen Volkes scheitern. Einen tiefgehenden Deutschenhaß hat es ja eigentlich nie im russischen Volke gegeben, er ist nur ein künstliches Produkt und erstreckt sich hauptsächlich auf einen gewissen Teil der bürgerlichen Kreise. Gewiß, der Deutsche ist auch bei den Bauern nicht gerade beliebt, und zwar schon lange. Das ist in mancherlei teils weit zurückliegenden Ursachen begründet, die zu erörtern mich heute zu weit führen würde. Ich möchte nur an die Zeit nach der Aufhebung der Leibeigenschaft erinnern. Damals zogen es viele russische Gutsbesitzer vor, ihre Einkünfte teils in der Stadt, teils im Auslande zu verzehren; die Verwaltung ihrer Güter aber überließen sie deutschen Beamten, zu deren Gewissenhaftigkeit und Sachkenntnis sie mehr Zutrauen hatten als zu der ihrer Landsleute. Die Folge war, daß, je genauer diese das Interesse ihres abwesenden Herrn vertraten, desto mehr sich die Unzufriedenheit des Bauern gegen sie richtete. Die Erinnerung daran ist noch heute lebendig.

Demselben Zwecke, die Kriegsflamme durch den Deutschenhaß zu schüren, dient es auch, wenn immer wieder das Märchen von den deutschen Sympathien der Kaiserin erzählt wird, welche sozusagen Rußland an ihre frühere Heimat zu verraten im Begriffe gewesen sei. Das erinnert ganz an die Zeit der französischen Revolution, als Marie Antoinette, „l'Autrichienne", des Hochverrats geziehen wurde. Es ist jetzt nicht der Moment, auf die näheren Details der Verhältnisse und Vorgänge am russischen Hofe einzugehen, welche zur Revolution geführt haben. Das menschliche Mitleid mit

dem tragischen Geschicke des Herrscherpaares verbietet uns das. Nur so viel möchte ich sagen: daß die Kaiserin so unbeliebt, ja man kann sagen zuletzt geradezu verhaßt war, ist nicht in ihrer deutschen Abstammung begründet; die hätte man ihr verziehen. War doch einer der größten Monarchen, die Rußland jemals besessen, und vom russischen Volke so geliebt wie kein Herrscher nach ihr, die große Katharina, eine deutsche Prinzessin aus einem thüringischen Fürstenhause. Was der Kaiserin Alexandra Feodorowna den Haß eingetragen hat, waren alle die Vorgänge und Erscheinungen bei Hofe, die mit dem Namen Rasputin und ähnlichem zusammenhingen. Für beide, Kaiser und Kaiserin, war es ein Unglück, daß ihnen ein Thron beschieden war. Die Kaiserin war schon lange eine schwer kranke Frau, der Zar ein schwacher Charakter, der nicht die Energie hatte, das Netz, in das er verstrickt war, zu zerreißen; beide infolgedessen der Spielball unheilvoller Einflüsse.

Daß der Zar selbst von seiner eigenen Familie dringend gewarnt und auf das, was sich vorbereitete, aufmerksam gemacht worden ist, beweist der merkwürdige Brief des Großfürsten Nikolaus Michailowitsch * (nicht Nikolajewitsch, wie es zuerst irrtümlich lautete), den der „Temps" kürzlich veröffentlicht hat. Dieser Großfürst ist ein Gelehrter, der mehrere wertvolle historische Werke herausgegeben hat. Seine Warnung, wie die aller anderen, blieb erfolglos. Der Kaiser wollte das kommende Unwetter nicht sehen. Er war in dem festen Glauben, daß sein russisches Volk ihm und seinem Hause noch immer dieselbe Liebe und Anhänglichkeit bewahrt habe wie früher.

Welches wird nun die Folge dieser großen Umwälzung auf die Fortsetzung des Krieges sein? Wird sie die Herbeiführung des Friedens beschleunigen? Das ist die Frage, die vor allem anderen in kriegführenden und neutralen Staaten erörtert wird.

Wenn es noch eine Logik der Tatsachen gibt, so ist es schwer denkbar, daß diese Ereignisse nicht einen großen Einfluß, und zwar einen schädlichen, auf die Feldtüchtigkeit und Kriegslust der russischen Armee haben sollten. Als Laie in militärischen Dingen möchte ich mir nicht erlauben, in dieser Hinsicht bestimmte Voraussagen zu machen. Aber es läßt sich schwer vorstellen, wie eine Armee, die mitten im Kriege zur Revolution übergeht, nicht eine Verminderung ihrer Schlagfertigkeit erleiden soll. Die Zeitungstelegramme,

---

* Er ist inzwischen erschossen worden.

welche die Herren Miljukow, Gutschkow und Genossen in die Welt hinaussenden, über den Kriegseifer der revolutionären Truppen, werden nicht einmal die „Alliierten" überzeugen. Anderseits ist im Verlaufe dieses Krieges die Logik schon so oft Lügen gestraft und oft gerade das Unwahrscheinlichste zur Wirklichkeit geworden, daß es vorsichtiger ist, vorläufig noch abzuwarten, wie sich die Dinge entwickeln. Auch darf man nicht vergessen, daß immer noch zwei mächtige Triebfedern zum Kriege im russischen Volke wirksam bleiben. Einmal das durch jahrzehntelange Verhetzung gegen Deutschland erzeugte Vorurteil und die Überzeugung, Rußland sei von Deutschland angegriffen worden. Endlich ist der nationale Stolz auch beim einfachen Bauern stark entwickelt. Sollte aber der Sieg endgültig ausbleiben, dann wird es für eine aus dem Volke hervorgegangene Regierung leichter sein, sich in das Unvermeidliche zu fügen, als für eine kaiserliche; denn diese könnte nur durch einen ruhmvollen Frieden Indemnität für die begangenen Fehler, für die Unordnung und Korruption im Innern erlangen, die neue Volksregierung ist nicht durch die Verantwortung für das Vergangene belastet und daher leichter in der Lage, auf mäßige Friedensbedingungen einzugehen.

Wenn ich meine Meinung über die Friedensaussichten im Hinblick auf die Ereignisse in Rußland resümieren soll, so möchte ich behaupten: jedenfalls sind sie nicht verschlechtert, sondern können nur verbessert sein. Illusionen sind natürlich besser zu vermeiden. Hoffnungen jedoch darf man hegen, und in dieser Hinsicht ist es sehr erfreulich, daß sowohl der Reichskanzler v. Bethmann in seiner Rede im Reichstag, als Graf Czernin in seinen Äußerungen die stete Friedensbereitschaft der Zentralmächte betont haben. Da unter den jetzigen Verhältnissen nicht mehr daran zu zweifeln ist, daß diese Erklärungen auch zur Kenntnis des russischen Volkes gelangen werden, wird es um so interessanter sein, zu hören, welches Echo von dort zurückkommen wird. Aber auch wenn dieses wirklich ein erfreuliches sein sollte, über dem Berge sind wir, d. h. ganz Europa, noch lange nicht. Große Opfer und harte Prüfungen werden noch erduldet, unendliche Schwierigkeiten werden noch gelöst werden müssen, ehe die Welt wieder aufatmen kann. Einmal werden auch diese Hindernisse überwunden werden, und so ist zu hoffen, daß die Umwälzung in Rußland schließlich, und zwar in absehbarer Zeit, dem gesunden Menschenverstand wieder zu seinem Rechte verhelfen und auch bei den Verbündeten Rußlands endlich der Überzeugung

Eingang verschaffen wird, daß eine Fortsetzung dieser zwecklosen Menschenschlächterei ein Verbrechen ist. Daß etwa das russische Volk und die Armee sich dem Frieden widersetzen sollten, wie die derzeitigen russischen Machthaber uns glauben machen wollen, ist so unsinnig, daß es nicht der Mühe wert ist, darauf zu antworten. Die Ententepresse mag schreiben, was sie will, sie wird niemanden davon überzeugen, daß das russische Volk die Revolution gemacht hat, weil es auf den schon im Gange befindlichen Krieg noch einen neuen, noch blutigeren pfropfen will! Nein, das russische Volk hat sich erhoben, weil es Brot und Frieden haben will, und so wird es auch heute noch denken. Es mag länger oder kürzer dauern, *kommen wird* der *Friede*, je *früher*, je eher *die Sozialisten* und *Arbeiter in Rußland* die *Macht erlangen*. Die einzige Gefahr ist die, daß die allerextremsten Elemente das Übergewicht erlangen könnten und eine vollständige *Anarchie* entsteht. *Dann ist auch der Friede gefährdet*, denn man kann nur unterhandeln, wenn man eine geordnete und Dauer versprechende Regierung vor sich hat.

Die Entwicklung mag nun langsam oder schnell vor sich gehen, Großes birgt die Zukunft des russischen Volkes in ihrem Schoße, aber die Wehen werden langwierig und die Geburt schmerzhaft sein. Wir aber, seine Nachbarn in Deutschland, in Österreich und in Ungarn, können uns nur freuen, wenn auch das russische Volk einer glänzenden Zukunft entgegengeht.

(Neue Freie Presse Nr. 18017 vom 22. April 1917.)

Die preußischen Konservativen und der Friede.

Aus Berlin wird gemeldet, daß der engere Vorstand der deutschkonservativen Partei einstimmig eine Resolution angenommen habe, welche sich mit dem jüngsten Beschluß der sozialdemokratischen Partei in bezug auf den Frieden beschäftigt. In diesem Beschluß hatten sich die Sozialdemokraten dafür ausgesprochen, daß der Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsentschädigungen so bald wie möglich auf einer gemeinsamen Friedenskonferenz beschlossen werden solle.

Die konservative Erklärung führt aus, daß dieser sozialdemokratische Beschluß, wenn er zur Ausführung gelange, das deutsche Vaterland „dem Abgrunde zuführen" und der Möglichkeit eines „Friedens berauben" würde, der „den unermeßlichen Opfern und glänzenden Waffentaten unseres über alles Lob erhabenen, siegreichen Heeres und unserer Freiheit entspricht, die gedeihliche Entwicklung unseres Vaterlandes unter einer starken Monarchie gewährleistet und durch ausreichende Entschädigungen uns die Möglichkeit gibt, die Wunden des Krieges zu heilen". Nur für einen solchen siegreichen **deutschen** Frieden könne die konservative Partei eintreten.

Diese Erklärung zeigt wieder einmal mit erschreckender Deutlichkeit, wie wenig die preußischen Konservativen im Verlaufe des Krieges gelernt haben. Alle haben umlernen müssen, die Heerführer und die Soldaten draußen an der Front, die Bürger, die zu Hause geblieben sind, ebenso wie die Staatsmänner, Monarchen und Völker; keinem ist das Umlernen erspart geblieben, und jeder hat sich dieser ehernen Notwendigkeit, ob gern oder ungern, fügen müssen. Nur **ein** „rocher de bronze" ist scheinbar unberührt davon geblieben, die **preußische Junkerpartei**. Sie allein scheint den Hauch der neuen Zeit noch nicht gespürt zu haben, sie allein will von den Erfordernissen der heraufziehenden neuen Epoche nichts wissen, und zwar sowohl in der **inneren** wie in der **äußeren** Politik.

Der obenerwähnte Beschluß zeigt deutlich, wie blind und taub die preußischen Konservativen sich selbst den Erfahrungen gegenüber zeigen, welche sich aus dem bisherigen Verlaufe des gegenwärtigen Krieges für jeden denkenden Menschen ergeben müssen.

Daß das deutsche Heer in diesem Kriege Unvergleichliches an Waffentaten und Heldenmut geleistet, daß es wie das ganze deutsche Volk und wie alle Völker, die in den Kataklysmus dieses Krieges hineingezogen worden sind, unermeßliche Opfer gebracht hat, das weiß jeder, und das brauchen uns nicht erst die preußischen Konservativen zu sagen. Wenn sie aber erklären, der sozialdemokratische Beschluß werde Deutschland „in den Abgrund führen und es der Möglichkeit eines Friedens berauben, der diesen Waffentaten und unermeßlichen Opfern entspricht", so beweist das, daß sie sich über die Lage, wie der Verlauf des Krieges sie gestaltet hat, in einer gefährlichen Täuschung befinden. Ich muß wenigstens annehmen, daß dies wirklich ihre Überzeugung ist, und sie ihre patriotische Besorgnis nicht zu anderen Zwecken heucheln.

Wer die Lage sämtlicher kriegführenden Staaten ganz objektiv betrachtet, der muß, wenn er nicht absichtlich die Augen vor der Wirklichkeit verschließt, zu dem Schluß kommen, daß heute für alle an diesem Kriege beteiligten oder, besser gesagt, unter diesem Kriege leidenden Völker, alle ohne Ausnahme, die Opfer, die sie gebracht haben an Gut und Blut, zu einer derartigen Riesenhöhe angewachsen sind, daß von einer „ausreichenden Entschädigung" und von einer „Heilung der Wunden", die der Krieg geschlagen hat, überhaupt keine Rede mehr sein kann. Erstens werden alle Völker, wenn der Krieg nicht sehr bald ein Ende nimmt, sich in einer derartigen finanziellen Lage befinden, daß sie gar nicht imstande sein werden, eine einigermaßen ins Gewicht fallende Summe zu zahlen, zweitens aber wäre jede Summe, und wären es noch so viele Milliarden, nie eine Entschädigung, welche den gebrachten Opfern entspräche. Wären also alle diese Opfer umsonst gebracht? Das wäre tragisch. Nein. Es gibt eine Entschädigung der Völker für das unsagbare, unermeßliche Leid, das dieser Krieg über sie gebracht hat: das ist der dauernde Friede, als Resultat des Krieges. Darauf müssen alle hinarbeiten, die zum Abschluß dieses Friedens beitragen können, und dieses Endergebnis des Krieges muß schon jetzt ins Auge gefaßt werden. Deshalb ist es nicht nur gleichgültig, wenn, was die Konservativen befürchten, die Friedensbedingungen keine Annexionen und keine Kriegsentschädi-

gung enthalten, sondern es ist geradezu eine Notwendigkeit, daß der Friede in dieser Weise abgeschlossen wird. Denn nur wenn dieser Frieden nicht wieder alte und neue Streitpunkte zwischen den Völkern in die neue Zeit hinübernimmt, wenn er nicht durch gewaltsame Annexionen neue Keime der Unzufriedenheit und des Streites zwischen die Völker sät, nur wenn keiner der Beteiligten das Konferenzzimmer der Friedenskonferenz mit bitteren Rachegefühlen verläßt, nur dann ist zu erhoffen, daß der Frieden mehr als ein bloßer Waffenstillstand, daß er, wenn auch nicht der ewige Friede, doch ein auf so lange Zeit gesicherter Frieden ist, daß die Menschheit die Möglichkeit hat, sich so zu organisieren, daß auch in einer weiteren Zukunft auf eine Fortdauer des Friedens gerechnet werden kann.

Das allein ist der Friede, den alle Völker ersehnen. Dazu braucht es weder militärische Garantien noch Grenzberichtigungen, die ja so wie so bei dem unberechenbar schnellen Fortschritt der heutigen Kriegswaffentechnik sehr bald wieder wertlos sein würden.

Nach fast drei Jahren dieses menschenmörderischen Ringens ist es den Völkern nicht mehr darum zu tun, wieviel eines dem andern wegnehmen, wieviel Milliarden das eine von dem andern erpressen kann, sondern jeder einzelne Mann im Volk, draußen im Felde und zu Hause, welcher Nation er auch angehören mag, hat nur einen Gedanken: Wann wird dieser Krieg zu Ende sein? Wann kehre ich endlich heim?

Die Kundgebung der österreichischen und ungarischen Regierung hat dieser Stimmung der Völker erfreulicherweise vollkommen und unzweideutig Rechnung getragen. Die leitenden Staatsmänner in Berlin scheinen nach der in dem offiziösen Kanzlerblatt, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", erschienenen sehr verklausulierten Äußerung dies immer noch nicht tun zu wollen, wahrscheinlich, weil sie den Widerstand der Konservativen und alldeutschen Annexionisten fürchten. Das wird ihnen aber nichts helfen. Der Moment ist gekommen, wo es in der alten Routine nicht mehr weiter geht. Das Volk will zu Wort kommen und mitregieren. Ebenso wie die Berliner Regierung in der innern Politik dem demokratischen und parlamentarischen Gedanken noch viel weiter wird entgegenkommen müssen, als durch die versprochene preußische Wahlreform, ebenso wird sie auch in der äußern Politik und in erster Linie in der Friedensfrage den Wünschen des Volkes nachgeben müssen. Jede Partei, jeder

Staatsmann, überhaupt alle, wer sie auch seien, die diese Stimmung des Volkes nicht verstehen können oder nicht hören wollen, werden verschwinden, schneller als sie vielleicht selbst ahnen, und solchen Männern Platz machen müssen, welche die Notwendigkeiten der Zeit erkennen, denn die Geduld des Volkes ist an der äußersten Grenze.

(Neue Zürcher Zeitung Nr. 831. I. vom 10. Mai 1917*.)

* Dieser Aufsatz war für den „Pesti Naplo" geschrieben, wurde aber von der ungarischen Zensur nicht zur Veröffentlichung zugelassen.

Stimmung in Frankreich

III

Als ich im Dezember vorigen Jahres zuletzt über die Stimmung in Frankreich schrieb, habe ich schon darauf hingewiesen, daß es nicht leicht sei, über ein Land zu berichten, das dem Schreiber verschlossen ist. Seitdem aber hat sich die Schwierigkeit der Aufgabe noch um ein weiteres vermehrt. Einmal wird es für den Außenstehenden, selbst den im neutralen Ausland sich Befindenden, immer schwerer, ein wahrheitsgetreues Bild der Volksstimmung in den kriegführenden Ländern zu erhalten; denn mehr denn je wird überall von den Regierungen, und ganz besonders in Frankreich, auf alle mögliche Art, sei es durch eine rigorose Zensur, Brief- und Zeitungssperre, sei es durch andere Mittel, dafür gesorgt, daß der Schleier, der die Vorgänge im eigenen Lande den Außenstehenden verhüllt, ein möglichst undurchdringlicher sei. Die wenigen Bewohner der kriegführenden Länder, welche ins neutrale Ausland kommen, sind auch nicht immer eine lautere Quelle, denn ihr Urteil ist entweder subjektiv gefärbt oder sie fühlen sich als gute Patrioten verpflichtet, die Zustände in ihrem Vaterlande so rosig und vorteilhaft wie nur möglich darzustellen, aus Sorge, die Wahrheit, wenn sie trübe lautete, könnte beim Gegner Schadenfreude und Ermutigung erzeugen. Der neutrale Beobachter endlich, der aus einem der kriegführenden Staaten zurückkehrt, ist mit wenigen Ausnahmen selber auch nicht unparteiisch; denn unwillkürlich neigt doch jeder mit seinen Sympathien auf die eine oder die andere Seite, sein Urteil wird dadurch beeinflußt und kann auch nur „cum grano salis“ als Wahrheit genommen werden.

Tatsache ist, daß, wenigstens soweit ich mir ein Urteil durch Vergleichung der Nachrichten aus den verschiedensten Quellen habe bilden können, das Bild, das ich Ihren Lesern geben kann, kein sehr erfreuliches ist. Ich meine in dem Sinne, daß es wohl kaum dem entspricht, was man, soviel ich sehe, bei den Zentralmächten,

sowohl bei meinen Landsleuten, wie bei Ihnen, erwartet oder wünscht: das Bild eines am Ende seiner Kräfte angelangten, zum Frieden bereiten Frankreich.

Als ich zu Weihnachten 1916 berichtete, war die ganze Welt unter dem Eindruck des kurz vorher erfolgten Friedensangebotes der Zentralmächte. Die Antwort der Entente war noch nicht offiziell erfolgt. Ich sprach aber die Befürchtung aus, daß die Antwort eine ablehnende sein werde. So ist es dann auch gekommen; und dadurch und mit der Veröffentlichung der Kriegsziele der „Alliierten" ist der Graben zwischen ihnen und den Zentralmächten noch mehr vertieft und die Aussichten auf eine friedliche Verständigung um ein weiteres verringert worden.

Gleichzeitig schrieb ich aber damals, daß, wie diese Antwort auch ausfallen möge, eines mir unzweifelhaft erscheine, nämlich, daß trotz alledem dieses Angebot auf das Volk, auf die große Masse in Frankreich, wenn es dort bekannt werde, Eindruck machen müsse, und ich hielt es nicht für unmöglich, daß es einerseits den Friedensfreunden in Frankreich neuen Mut machen, anderseits vielleicht doch alle die Millionen Menschen, die unter dem Kriege leiden, vor allem die, denen der Krieg schon schwere Wunden im Kreise der eigenen Angehörigen geschlagen hat, zum Nachdenken darüber anregen werde, ob es denn nicht ein Fehler von der Regierung sei, die Gelegenheit, den Krieg vielleicht auf ehrenvolle Weise zu beendigen und endlich einmal diesem entsetzlichen Morden Einhalt zu tun, von sich zu weisen. Ich hatte die leise Hoffnung, daß sich vielleicht doch infolgedessen, namentlich wenn größere militärische Erfolge sich auch dann immer noch nicht einstellen würden, eine Friedensstimmung in der Bevölkerung heranbilden könnte.

Heute fange ich an zu glauben, daß ich mich getäuscht habe. Nicht als ob ich der Meinung wäre, das ganze französische Volk denke nur an den Krieg und wolle vom Frieden nichts wissen. Nein, heute mehr denn je bin ich überzeugt, daß die weit überwiegende Mehrheit, namentlich das arbeitende Volk, den Frieden und das Ende dieses endlosen Mordens herbeisehnt, geradeso sehnsüchtig wie alle anderen Völker, die in diesen Krieg verwickelt sind. Allein das Volk wünscht zwar den Frieden, aber vorher soll der „Envahisseur" vom Boden des Vaterlandes verjagt sein. Die Lage zwischen den beiden Völkern hat sich wesentlich verschärft, und es ist ganz unzweifelhaft eine auffallende Zunahme des Deutschenhasses zu bemerken. In den letzten Monaten des Jahres 1916

und noch Anfang 1916 hatte man den Eindruck, als sei dieser Haß zwar nicht verschwunden, gewiß nicht, aber er habe doch ein wenig an seiner Schärfe verloren, „on ne peut pas toujours haïr" hörte man sagen; die Hoffnung schien nicht ganz ausgeschlossen, daß doch einmal wieder in absehbarer Zeit der Tag der Versöhnung zwischen beiden Völkern kommen könne. Heute aber muß ich die sehr traurige Tatsache nach allen einwandfreien Berichten, die ich aus verschiedenen guten Quellen erhalte, konstatieren, daß der Haß sich um 100 Prozent vermehrt hat.

Die Ursache dieses neuen Aufloderns des Hasses sind einmal die Vorgänge bei den sogenannten „Deportationen" aus Belgien und Nordfrankreich, zweitens die Verwüstung des von den deutschen Truppen geräumten Gebietes bei Gelegenheit der Rückverlegung der deutschen Front nach der sogenannten Hindenburg-Linie. Darüber stimmen alle Berichte überein, daß der Anblick der zerstörten Dörfer und Städte des nun wieder von französischen Truppen besetzten Gebietes auf die Gemüter sowohl der Soldaten wie der Bürger furchtbar gewirkt hat.

Gerade kurz bevor diese Phase des Feldzuges im Westen begann, war die Lage der französischen Regierung infolge der fortwährenden Mißerfolge, der dauernden großen Verluste und der wenig befriedigenden Antworten der Minister auf die Anfragen der Deputiertenkammer so bedenklich geworden, daß die latente Krise schließlich ausbrach, zum Sturz von Briand und zur Neubildung des Ministeriums unter dem greisen Ribot sowie zur Kaltstellung von Joffre und zur Ernennung eines neuen Oberkommandierenden in der Person des Generals Nivelle führte. Das neue Ministerium hatte dann, kaum im Sattel, das Glück, die nach der von Hindenburg angeordneten Rückverlegung der Front erfolgte Wiederbesetzung eines, wenn auch nicht sehr erheblichen Teiles des „Territoire envahi" dem Parlament und dem Volk zur Verkündung eines Sieges benützen zu können. Und wenn auch selbst die französischen Zeitungsleser allmählich sehr skeptisch geworden sind und von den Siegesfanfaren der Soublätter sich nicht mehr so leicht begeistern lassen, so war doch nicht zu leugnen, daß die Tatsache, daß deutsche Truppen zurückgegangen, französische dagegen vorgerückt waren und ein Teil von Frankreichs Erde dem Feinde zurückgewonnen war, auf den Franzosen im Bürgerkleid, wie auf den in der blaugrauen Felduniform aufmunternd und ermutigend gewirkt hat. Freilich, ein Ereignis hat ihm die Freude etwas verdorben, das war die russische Revolution. Schon aus

der verlegenen Haltung der französischen Presse, als die ersten Nachrichten über die Umwälzung in Rußland kamen, war deutlich durchzufühlen, daß die Sorge, die Hilfe des nordischen Alliierten werde jetzt in ihrem Werte sehr verringert werden, bei den Bürgern der französischen Republik die Freude über die Emanzipation ihres slawischen Alliierten nicht recht aufkommen ließ. Und die weitere Entwicklung bis heute hat trotz allen Beruhigungsversuchen der Regierung diese Besorgnis nicht verscheuchen können, sondern im Gegenteil, sie wird von Tag zu Tag größer. Und mit Recht. Nicht als ob ich an ein Imstichlassen der Franzosen durch die russische Regierung glaubte, das wird diese nie tun, schon im Hinblick darauf nicht, daß Frankreich ja zu den Waffen gegriffen hat, weil es seiner Allianz mit Rußland treu blieb, aber es kann Bürgerkrieg und Anarchie in Rußland eintreten; und daß ein Bundesgenosse, in dessen Lande keine Regierung mehr besteht, nicht eine tatkräftige Hilfe leisten kann, liegt auf der Hand. Gerade jetzt aber wäre den Franzosen eine solche Hilfe dringend not.

Da ist nun, just im schlimmsten Augenblick, als die Not am größten und die Sorge aufs höchste gestiegen war, ein neuer Hoffnungsstrahl erschienen, ein neuer Faktor aufgetreten, der die ganze Physiognomie des Krieges mit einem Schlage verändert hat, der Eintritt der Vereinigten Staaten von Nordamerika in den Krieg. Jetzt ist aus dem Kriege wirklich ein Weltkrieg geworden, denn der Beitritt Amerikas hat die weitere Folge gehabt, daß noch eine ganze Reihe von Staaten mit in den Krieg, und zwar alle auf Seiten unserer Gegner, gezogen worden ist. Für Frankreich ein unschätzbarer Glücksfall, oder sagen wir vorsichtiger, für die französische Regierung, denn er entlastete sie für den Augenblick von einer großen Sorge. Ob aber Frankreich, das heißt das ganze französische Volk, schließlich davon einen Vorteil haben wird, das wird sich erst am Ende zeigen. Auf jeden Fall, in diesem Augenblick konnte der französischen Regierung nichts Glücklicheres geschehen als die Kriegserklärung Wilsons an Deutschland. Denn diese Nachricht hat das französische Volk, das anfing, sehr unruhig zu werden und immer mehr Zweifel in die Fähigkeiten seiner Leiter zu setzen, mit einem Schlage wieder mit neuer Zuversicht erfüllt.

Einige Skeptiker unter den Franzosen teilen freilich diese auf die amerikanische Hilfe gesetzten Hoffnungen nicht; sie sagen, Amerika sei 5000 Kilometer weit entfernt, es müsse erst eine Armee neu schaf-

fen und Schiffe bauen, nicht nur, um die Armee zu transportieren, sondern auch um den Transport gegen die U-Boote zu schützen, und endlich auch noch eine Handelsflotte bauen, welche die Lieferungen von Kriegsmitteln an die Entente ausführen könne. Alles das brauche selbst bei der größten Leistungsfähigkeit eine gewisse Zeit, so daß vorauszusehen sei, daß die Vereinigten Staaten erst dann effektiv in den Krieg würden eintreten können, wenn es zu spät sei. Man habe dieselben großen Hoffnungen gehabt und sich denselben Illusionen in Frankreich hingegeben, als Rumänien in den Krieg eintrat, und von dem Auftreten einer frischen Armee von 600 000 Mann auf dem Kriegsschauplatz mit Bestimmtheit ein baldiges siegreiches Ende des Krieges erhofft. Was sei daraus geworden? Ein Désastre ebenso wie in Gallipoli. So werde auch jetzt die Enttäuschung nicht ausbleiben.

Ob die Zahl dieser Pessimisten groß ist, läßt sich schwer beurteilen. Es wird behauptet, sie seien sehr in der Minderheit.

In der Presse, die nach wie vor auf den Ton des „tenir jusqu'au bout" gestimmt ist und von der kommenden „Victoire" als einer feststehenden Tatsache spricht, kommen allerdings diese Stimmen kaum zu Wort. Und immer wieder hört man von aus Frankreich zurückkehrenden Schweizern, ebenso erst recht von den Franzosen ihre Bewunderung über die feste und mutige Haltung des Volkes aussprechen. Ob die Franzosen, die so reden, nicht einem gegebenen mot d'ordre entsprechen, das sie anweist, keinen Zweifel an der Ausdauer des französischen Volkes beim Gegner auf dem Umweg über das neutrale Land aufkommen zu lassen, läßt sich schwer beurteilen, ist aber wahrscheinlich. Aber es ist doch zweifelhaft, ob nicht in der großen Masse des Volkes, namentlich in den arbeitenden Klassen, die Stimmung eine andere und die Sehnsucht nach dem Frieden viel größer ist, als die Regierung und ihr folgend die Presse mit ganz seltenen Ausnahmen zugeben will. So sickerten in der letzten Zeit Nachrichten durch von einer am 1. Mai in Paris stattgehabten Riesenversammlung der Arbeiter, an der auch Vertreter des russischen Revolutionskomitees gegen den Krieg teilnahmen, und von einem Zug von vielen Tausenden über die Boulevards, der von der Polizei zerstreut werden mußte. Die französischen Sozialisten haben zwar in ihrer Mehrheit die Teilnahme an der Ende Mai in Stockholm stattfindenden Friedenskonferenz abgelehnt, eine erhebliche Minderheit derselben hat aber eine Verschiebung dieser Aussprache beantragt, damit der Nationalkongreß der französischen Sozialisten darüber beraten könne. Es ist undenkbar, daß die enormen Verluste in diesen drei Kriegsjahren

nicht einen deprimierenden Eindruck auf das Volk gemacht haben sollen, besonders jetzt, nachdem wie überall der erste Rausch der Kriegsbegeisterung, wie er bei Beginn des Krieges vorhanden war, längst verflogen ist. Gibt es doch bald kaum eine Familie in allen Klassen der Bevölkerung, die nicht einen Verlust zu beklagen hat. Es ist übrigens nicht richtig, daß diese Verluste vor allem das Rachegefühl angeregt hätten. Ich habe so viele Beispiele gesehen von Müttern, die ihre Söhne auf dem Schlachtfelde verloren hatten und doch kein bitteres Wort über ihre Lippen kommen ließen, sondern im Gegenteil, die gerade dadurch besser als andere mit dem Gegner zu fühlen imstande waren und Mitleid fühlten mit den Müttern drüben im anderen Lager. Man braucht nur das schöne und mutige Buch von Marcelle Capy zu lesen „Une voix de femme dans la mêlée", die manches Beispiel der rührendsten Menschlichkeit anführt. Am schlimmsten in Paris sollen manche Frauen der sogenannten „Grand monde" sein, die sich in einen fanatischen Haß hineingearbeitet haben. Ich will keine Namen nennen, ich brauche aber wohl kaum zu sagen, daß darunter sich hauptsächlich solche hervortun, deren Familie sei es von deutscher oder österreichischer Abstammung ist, und deren Katholizismus nicht sehr weit zurückdatiert, dafür aber um so eifriger hervorgekehrt wird. Daß diesen Damen ihr zur Schau getragener Patriotismus nichts nützt und sie in den Augen der echten Franzosen trotzdem nicht vor dem Verdacht schützt, im Grunde doch „des boches" zu sein, brauche ich wohl kaum hinzuzufügen.

Eines steht nach dem einstimmigen Urteil aller derer fest, die Frankreich in der letzten Zeit besucht haben: der Haß gegen die Deutschen ist jetzt so groß und so tiefgehend, daß auf Jahre hinaus, auch nach dem Kriege auf eine Wiederaufnahme, ich will nicht sagen freundlicher, aber überhaupt nur höflicher Beziehungen nicht zu denken ist. Sehr viele Deutsche geben sich in dieser Beziehung merkwürdigen Illusionen hin und glauben, sowie einmal der Friede geschlossen sein werde, könnten sie wieder mit dem ersten Zuge nach Paris fahren und dort ihre alten Geschäftsverbindungen wieder aufnehmen! Darin werden sie sich grausam irren. Es wäre gut, wenn man sich jetzt schon bei uns darüber klar wird, und ich halte es für die Pflicht derer, die wissen, wie die Dinge liegen, ihre Landsleute aufzuklären und bei Zeiten zu warnen; einmal, um ihnen eine harte Enttäuschung und vielleicht noch Unangenehmeres zu ersparen, anderseits schon um der Würde des deutschen Namens willen. Denn gibt es etwas Würdeloseres, als eine gewisse übertriebene Geschäftig-

keit, die schon vor dem gegenwärtigen Kriege den Deutschen im Auslande nicht immer zum Vorteil gereicht hat, die heute aber nach dem, was vorgefallen ist, mehr wie eine Taktlosigkeit, ja geradezu ein Mangel an Selbstachtung wäre. Man wendet ein, daß im Jahre 1870/71 ebenfalls der Haß ein sehr großer gewesen sei und trotzdem nach einigen Jahren die besten Beziehungen zwischen den beiden Ländern bestanden und der deutsche Handel sich so sehr entwickelt hatte, daß z. B. ganze Zweige der Pariser Industrie in deutsche Hände übergegangen waren. Das ist richtig; aber 1870/71 kann man nicht mit heute vergleichen. Der Krieg war damals nicht ein Krieg von Volk gegen Volk, sondern von Armee gegen Armee, auch waren die Waffen und die Kriegführung eine ganz andere, es gab weder Bombenwürfe aus der Luft, noch Unterseeboote unter der Meeresoberfläche. Die Heere waren kleiner und infolgedessen Verluste und Ausgaben geringer, daher auch die Wirkungen nicht so entsetzliche wie heute. Und trotzdem: selbst die 43 Jahre, die seit dem Frankfurter Frieden verflossen sind, hatten die Erinnerung an 1870 in Frankreich nie auszulöschen vermocht.

Die Folge der amerikanischen Kriegserklärung ist in Frankreich jedenfalls eine für die Friedensaussichten sehr ungünstige.

Zwei Faktoren jedoch haben außer der russischen Revolution die aus dem amerikanischen Eintritt in den Krieg entzündeten Hoffnungen etwas paralysiert. Erstens die ökonomischen Schwierigkeiten, welche auch für Frankreich durch den deutschen Unterseebootkrieg sich mehr und mehr fühlbar machen. Der Kohlenmangel in dem langen Winter hatte die Bevölkerung namentlich der großen Städte schon auf eine harte Probe gestellt, jetzt nehmen aber auch alle anderen Schwierigkeiten, besonders, was die Verpflegung betrifft, immer mehr zu, so daß sich Frankreich vor die Notwendigkeit gestellt sieht, ebenso wie England all die Maßnahmen, wie Brotkarten, Zuckerkarten usw., über die, als sie von den Deutschen ergriffen wurden, die französische Presse nicht genug spotten konnte, nun selbst durchzuführen.

Der zweite Faktor, der die Sorgen der Franzosen wiederum vergrößert, ist das bisherige Mißlingen aller selbst mit den größten Opfern versuchten Durchbruchsversuche an der deutschen Front. Die Ernennung des Generals Pétain zum Generalstabschef ist unzweifelhaft eine Folge dieses Mißlingens. In der Kammer sind schon eine ganze Reihe von Interpellationen angekündigt, und es ist ein öffentliches Geheimnis, daß die Erregung sowohl unter den Depu-

tierten als der Bevölkerung über die entsetzlichen Verluste, welche die französische Armee dabei erlitten hat, sehr groß ist. Gerade um diese Erregung zu beschwichtigen, ist die Ernennung des sehr populären Generals Pétain erfolgt. Ob dieser Zweck damit erreicht ist, wird der Ausgang der Kammerdebatten zeigen. Wie es aber auch sein mag, eines ist sicher, Frankreich wird weiterkämpfen, und wenn es ihm noch mehr seiner Jugend kosten soll.

Das ist das Tragische in der Lage Frankreichs bei diesem entsetzlichen Ringen. Das französische Volk fühlt, daß es ein Kampf um seine Existenz geworden ist. Es weiß, daß ihm das Schicksal nie wieder eine solche günstige Konstellation, so mächtige und zo zahlreiche Alliierte geben wird, es weiß, daß, wenn es diesmal nicht als Sieger aus dem Kampfe hervorgeht, die Aussicht auf den Sieg für immer geschwunden sein wird. Nur in einem Falle möchte ich glauben, daß es der französischen Regierung nicht mehr gelänge, die Zustimmung des Volkes zu einer Weiterführung des Krieges zu bekommen. Nämlich dann, wenn auch weiterhin alle Durchbruchsversuche an der ehernen Mauer der deutschen Front scheitern und sie gezwungen sein wird, die Aussichtslosigkeit aller dieser Versuche endgültig einzugestehen, besonders aber wenn gleichzeitig der deutsche Reichskanzler erklärte, Deutschland verzichte definitiv auf die Annexion Belgiens, und getreu dem bei Beginn des Krieges gegebenen Versprechen des Kanzlers, sei es bereit, Belgien wiederherzustellen und zu entschädigen, soweit ihm dies möglich sei, und außerdem das französische Territorium, das es noch besetzt hält, ungeschmälert zurückzugeben. In diesem Falle dürfte wohl schwerlich das französische Volk noch länger unter den Waffen gehalten werden können. Man wird mir einwenden: Elsaß-Lothringen? War denn die Rückeroberung des Elsaß und Lothringens nicht das Hauptkriegsziel der Franzosen? Galt es nicht gewissermaßen stillschweigend als ausgemacht bei jedem Franzosen, daß dieser Krieg nicht ausgehen dürfe, ohne die „Wiedervereinigung" Elsaß-Lothringens mit seinem früheren Vaterlande? Ja, wenn man der französischen Presse glauben will und den Äußerungen mancher französischer Politiker. Trotzdem erscheint es mir doch fraglich, ob, wenn die Dinge erst so weit gediehen sind, wenn das französische Volk so nahe vor dem Abgrund stehen wird, es noch den Frieden, den es so nötig braucht und der dann ein ehrenvoller Frieden sein wird, allein um Elsaß-Lothringens willen zurückweisen wird, und gar wenn es weiß, daß es bei Rußland in diesem Punkt keine Unterstützung mehr findet, nach-

dem der „Arbeiter- und Soldatenrat“ erklärt hat, wegen der Frage, ob Elsaß-Lothringen französisch oder deutsch sei, werde es keinesfalls mehr den Krieg weiterführen.

(Neue Freie Presse Nr. 18952 vom 27. Mai 1917.)

Eine bittere Enttäuschung.

Was nach den Äußerungen der deutschen Presse in den letzten Tagen leider zu befürchten war, ist nun wirklich eingetroffen. Der Reichskanzler v. Bethmann hat im Reichstag auf die beiden Interpellationen der Rechten und der Sozialdemokraten über die deutschen Kriegsziele eine ablehnende Antwort gegeben. Das war eine bittere Enttäuschung für alle, die auf baldigen Frieden hofften.

Es konnte Herrn v. Bethmann doch unmöglich unbekannt sein, daß der dringende Wunsch, die deutschen Kriegsziele zu kennen, sich nicht nur auf die Rechte und die Sozialdemokraten beschränkt, sondern daß weite Kreise des deutschen Volkes den berechtigten Wunsch haben, endlich einmal zu wissen, mit welchem Endziel der Kampf weitergeführt werden soll. Trotzdem hat er sich nicht entschließen können, sein Stillschweigen zu brechen.

Das deutsche Volk hatte doch wahrhaftig nach drei Jahren eines solchen Krieges, nach den unsagbaren Opfern und Leiden, die es, draußen im Felde wie zu Hause, mit beispielloser Ausdauer und einem nicht genug zu bewundernden Mute ertragen hat, das Recht, eine Antwort auf die Frage zu erwarten, ob ausschließlich zur Verteidigung des Vaterlandes oder nicht etwa zur Befriedigung gewisser imperialistischer Eroberungsgelüste es weiterhin noch seine Kinder dieser entsetzlichen Schlächterei überliefern solle. Es hatte um so mehr ein Recht darauf, als die Gruppen, welche in diesem Kriege die Gelegenheit zu Eroberungen und Annexionen erblicken und für diese Politik eine Agitation entfalten, welche nicht im Verhältnis steht zur Zahl ihrer Vertreter, nur eine kleine Minderheit des deutschen Volkes bilden. Es ist begreiflich, daß sich das deutsche Volk allmählich zu fragen anfängt, wie lange das noch so weitergehen und welche Prüfungen ihm noch auferlegt werden sollen, vor allem aber, ob denn die Regierung durch Veröffentlichung der Kriegsziele nicht die Beendigung des Krieges und den baldigen Frieden herbeiführen könnte.

Zwei Umstände haben noch ganz besonders dazu beigetragen, diesen Wunsch nach Bekanntgabe der deutschen Kriegsziele im Volke immer reger zu machen: Einmal die russische Revolution, dann die Kundgebung der österreichisch-ungarischen Regierung vom 14. April 1917 und die Äußerung des Grafen Czernin.

Als Deutschland im August 1914 an Rußland den Krieg erklärte, war die Parole, die ausgegeben wurde, als die deutschen Armeen nach Osten in den Krieg zogen: „Kampf gegen die eroberungssüchtige Autokratie, Schutz des deutschen Bodens vor den Horden des Zaren.“ Diese Parole war es u. a., welche die Sozialdemokraten im Reichstage veranlaßte, mit ganz wenigen Ausnahmen für die Kriegskredite zu stimmen. Nun ist die Autokratie gestürzt, der Zar hat seinen Thron verlassen müssen und ihn nicht einmal seinem Sohn erhalten können; das ganze kaiserliche und imperialistische System ist zusammengebrochen. Die neue provisorische Regierung, die zwar noch einige imperialistisch gesinnte Mitglieder in ihrem Schoße birgt, welche die Kriegsziele der Zarenregierung in das neue Regime hinüberzuretten versuchen, hat dem Druck des „Arbeiter- und Soldatenrates“, der mehr und mehr die Macht in Händen hat, nachgegeben und, auf ihr früheres Programm verzichtend, erklären müssen, daß sie nicht die Absicht verfolge, „anderen Völkern ihr nationales Erbe wegzunehmen und gewaltsam fremdes Gebiet zu besetzen, daß sie vielmehr einen dauernden Frieden auf Grund des Rechtes der Völker, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, herbeiführen will“.

Die österreichisch-ungarische Regierung, in der richtigen Erkenntnis, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, wo ein entgegenkommender Schritt vielleicht eine günstige Folge haben könnte, hat nicht gezögert, am 14. April d. J. eine Kundgebung zu erlassen, worin sie konstatiert, daß sich das Ziel, welches die neue russische Regierung zu erreichen strebt, mit demjenigen deckt, was der österreichisch-ungarische Minister des Äußern, Graf Czernin, schon am 31. März d. J. als das Kriegsziel der Monarchie bezeichnet hat: einen ehrenvollen Frieden, einen Frieden, der Dasein, Ehre und Entwicklungsfähigkeit der kriegführenden Staaten sichert. Die Kundgebung sprach weiter noch die Überzeugung aus, daß die Rechte und begründeten Ansprüche der Verbündeten sich mit denen der andern Nationen widerspruchslos vereinigen lassen würden. Zum Schluß wurde festgestellt, daß es ein Wunsch des österreichisch-ungarischen Monarchen sei, mit dem russischen Volk in Zukunft in Frieden und Freundschaft zu leben.

Als diese erfreuliche Botschaft in Deutschland bekannt wurde, mußte sich logischerweise jeder sagen, jetzt werde bald eine ähnliche Kundgebung der deutschen Regierung erfolgen, und damit gewissermaßen das Vorspiel zu allgemeinen Friedensverhandlungen eingeleitet werden. Man rechnete, außer bei einigen unverbesserlichen Utopisten, nicht mehr mit einem Separatfrieden, sondern man sagte sich, wenn das russische Volk seine Bereitschaft zum Frieden so deutlich zu erkennen gebe, dann werden auch die übrigen Mitglieder der Entente die Weiterführung des Krieges nicht mehr lange erzwingen können, denn dann werde auch bei ihren Völkern die Friedenssehnsucht durchbrechen.

Allein statt einer ähnlichen Kundgebung wie die österreichisch-ungarische erschien am 15. April ein Artikel in dem Kanzlerblatt, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", in dem zwar auch ähnliche Erklärungen wie in der Wiener Kundgebung enthalten waren, dessen Ton aber doch *wesentlich zurückhaltender* lautete. Außerdem wurde darin betont, daß allein die Verbündeten Rußlands durch die Ablehnung des Friedensangebotes Schuld daran trügen, wenn das russische Volk noch länger bluten und leiden müsse, und daß es wissen solle, daß seine Söhne noch fernerhin kämpfen und sterben müssen, weil seine Verbündeten es wollen, um ihre eigenen Eroberungs- und Annexionspläne durchzusetzen. Irgendein entgegenkommender Satz, wie der in der Wiener Kundgebung, daß es „bei dieser Gleichheit der Ziele der Regierungen der Verbündeten und der russischen Regierung nicht schwer sein könne, den Weg der Verständigung zu finden", fand sich in dem Berliner Artikel jedoch nicht.

Das war schon eine Enttäuschung. Immer noch konnte man hoffen, daß, nachdem sich die Dinge in Rußland noch weiter entwickelt haben würden und namentlich, nachdem der Friedenswille — nicht der Wille zu einem Separatfrieden, der ja für Rußland sowohl aus moralischen wie politischen Gründen ganz ausgeschlossen ist, aber zu einem allgemeinen Frieden — im russischen Volk immer deutlicher hervortritt, Herr von Bethmann sich endlich zur Überzeugung durchringen würde, daß eine Äußerung von ihm, ähnlich wie die des Grafen Czernin, die Sache des Friedens sehr fördern würde. Die Sitzung des Reichstages am Dienstag hätte die schönste Gelegenheit dazu gegeben. *Hätte er hier erklärt, Deutschland* gehe nicht auf Eroberung aus, es habe den Krieg nur zu seiner Verteidigung geführt, es *wolle daher keine Annexionen, weder von Rußland noch von sonstwem,* ebensowenig

wie eine Kriegsentschädigung, selbstverständlich unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit, so wäre heute der Friede gesichert, und die unglücklichen Völker hätten aufatmen können bei dem Gedanken, daß ein vierter Kriegswinter ihnen erspart bleiben werde. Denn eine solche Erklärung des deutschen Reichskanzlers hätte dem russischen „Arbeiter- und Soldatenrat" die Möglichkeit gegeben, auf seine Regierung, und weiter auf die Regierungen der Entente, einen solchen Druck auszuüben, im Sinne der Beendigung des Krieges, daß sie nicht mehr länger hätten widerstehen können und sich endlich zum Frieden hätten entschließen müssen.

Die deutsche und die österreichisch-ungarische offiziöse Presse ergeht sich in Lobeshymnen über die Rede des Kanzlers und erblickt darin den Beweis, daß die Einigkeit zwischen den leitenden Staatsmännern der beiden engverbündeten Reiche, welche von den Gegnern angezweifelt worden sei, eine vollständige ist. Ich kenne selbstverständlich die Geheimnisse der Kabinette von Berlin und Wien nicht, und die offiziösen Blätter mögen es besser wissen. Aber ich frage mich erst recht, warum hat dann Herr von Bethmann nicht einen ebenso deutlichen Verzicht auf alle Annexionen ausgesprochen, wie es Graf Czernin getan hat? Tatsache ist, daß er es abgelehnt hat, sich darüber zu äußern.

Durch diese ablehnende Haltung des Kanzlers aber ist eine Situation geschaffen, die so ungünstig wie möglich für den Frieden ist. Seine negative Antwort wird notwendig das Mißtrauen der russischen Sozialisten erregen und sie wird Wasser sein auf die Mühle der Imperialisten vom Schlage der Miljukow.

Während ich dies niederschreibe, kommt die Nachricht von der Demission Miljukows. Welche Folgen sie, wenn sie sich bestätigen sollte, nach sich ziehen wird, ist schwer vorauszusagen. Das Mißtrauen wird aber auch bei einem umgestalteten russischen Ministerium bestehen bleiben, daß sich hinter dem Schweigen des Reichskanzlers deutsche Eroberungspläne verbergen, mit denen er noch nicht hervortreten wolle; und es wird den Schluß daraus ziehen, daß man weiter kämpfen müsse. Bei der geringen Lust der russischen Bauern, jetzt noch weiter die Gefahren und die Leiden des Krieges auf sich zu nehmen, wird es zwar wohl kaum eine effektive Fortführung des Krieges erreichen, wohl aber kann Bürgerkrieg und in der Folge Anarchie daraus entstehen. Das wäre jedoch keineswegs vorteilhaft für Deutschland; denn wie soll man Friedens-

unterhandlungen führen mit einem Staat, in dem keine legale Regierung mehr besteht?

Die Konsequenz davon wird sein, daß der *Krieg weitergeht*. Die *Entente wird ihn weiterführen*, koste es, was es wolle, *bis Amerika so weit ist*, daß es *energisch eingreifen kann*; es sei denn, daß früher eine Entscheidung, und zwar eine endgültige, ausschlaggebende an der Westfront, gefallen ist. Ob das möglich ist, möchte ich, als militärischer Laie, nicht zu entscheiden wagen, und prophezeien ist schwer. Was aber auch der Laie mit Bestimmtheit voraussagen kann, das ist, daß es noch *Hekatomben blutiger Opfer kosten wird*, Opfer, die höchst wahrscheinlich hätten vermieden werden können, wenn man dem Wunsche der russischen Sozialisten nach Bekanntgebung der Kriegsziele und einem Verzicht auf Annexionen und Kriegsentschädigung von seiten Deutschlands entgegengekommen wäre.

Aber auch für die Zeit *nach* dem Kriege, wenn schließlich einmal der Friede kommt, wird die jetzige ablehnende Haltung des deutschen Reichskanzlers die verhängnisvollsten Folgen haben.

Eine Annäherung der beiden Völker, die eigentlich keine vitalen Interessengegensätze irgendwelcher Art trennen, die im Gegenteil geschaffen sind, um sich zu verstehen, eine *Versöhnung*, die im beiderseitigen Interesse so wünschenswert und die *jetzt möglich gewesen wäre*, wird dadurch wieder um Generationen hinausgeschoben. Und das deutsche Volk wird es sehr bald am eigenen Leibe spüren. Denn es wäre naiv, zu glauben, daß Rußland, wenn es jetzt durch Deutschland in die Lage gebracht wird, weiter kämpfen zu müssen, statt im Schutze des Friedens sich ganz dem Werke seiner Regeneration widmen zu können, nach dem Kriege, wenn Deutschland Not an Getreide hat, gewillt und überhaupt imstande sein werde, ihm von seinem Getreide abzugeben.

Was ist der Grund gewesen, warum auch diesmal Herr von Bethmann sich nicht hat entschließen können, endlich aus seiner Zurückhaltung hervorzutreten?

Ist es Furcht vor dem Geschrei der Konservativen und Alldeutschen, die ihn ja ohnedies erbarmungslos angreifen und zu stürzen suchen? Er muß doch wissen, daß, wenn ihr Haufen zwar mächtig und einflußreich ist, er doch nur eine Minderheit, und sogar eine recht kleine, im deutschen Volke darstellt.

Ist es etwa, weil sich die leitenden Männer noch selbst nicht einig sind über die Kriegsziele? Das ist kaum anzunehmen. Nach drei

Jahren Kriegsdauer muß sich die Regierung doch endlich darüber im klaren sein, zu welchem Zweck sie dem deutschen Volk noch fort und fort diese ungeheuren Opfer an Gut und Blut zumutet.

Sollte Herr von Bethmann fürchten, seine Karten zu früh aufzudecken und damit seine Trümpfe aus der Hand zu geben, mit denen er bei der Friedenskonferenz zu operieren gedenkt?

Das wäre schon eher möglich; denn in den Köpfen der Diplomaten spukt noch immer die alte Routine, welche sich eine Friedensverhandlung nicht anders vorstellen kann als ein Handels- oder vielmehr Schachergeschäft, bei dem es darauf ankommt, daß einer den andern überlistet, um für sein Land einen Fetzen vom Lande des Gegners, eine Grenzberichtigung, eine Festung, eine Stadt oder ein paar Dörfer mehr oder weniger und endlich eine Kriegsentschädigung zu erlangen. Herr von Bethmann ist zwar durchaus kein Diplomat, aber im Auswärtigen Amt, das sein Berater in Dingen der auswärtigen Politik ist, sitzen noch viele Vertreter der alten Methode, die sich bis auf die heutige Generation fortgepflanzt hat, und es ist nicht unmöglich, daß diese Routine auch ihn beeinflußt hat.

Aber ich möchte glauben, daß auch dies nicht der Hauptgrund für sein Verhalten in dieser Frage ist. Ich halte vielmehr für viel wahrscheinlicher, und das geht aus einem Passus seiner Rede hervor, daß er *nach seinem Besuch im Hauptquartier ganz den militärischen Standpunkt angenommen hat.* Dieser Passus lautet: „Ich habe durchaus das vollste Verständnis für Friedensbedingungen. Ich verstehe den Ruf nach Klarheit, der von rechts und links heute an mich gerichtet wird, aber bei Erörterung der Kriegsziele kann für mich *alleinige Richtschnur nur die baldige* und zugleich *glückliche Beendigung des Krieges* sein."

Was wollen diese durchaus nicht klaren Sätze sagen? Offenbar, daß Herr von Bethmann die *Kriegsziele von dem Ausgang des Krieges abhängig macht* und daß er nach der Gesamtlage eine baldige und glückliche Beendigung des Krieges erwartet. Über diese Meinung mit ihm zu streiten, werde ich mich schon deshalb hüten, weil ich mir nicht zutraue, über die militärischen Möglichkeiten unserer Lage und den eventuellen Ausgang ein Urteil zu fällen.

Darüber aber kann ich sprechen, ob der Reichskanzler recht daran tut, die Frage der Kriegsziele nach diesem einseitigen Standpunkte zu behandeln, ohne Berücksichtigung aller andern Faktoren. Und

da bin ich der Meinung, daß diese Stellungnahme des Herrn v. Bethmann sehr *bedauerlich* und sehr *unglücklich* ist. Der Reichskanzler scheint offenbar, wohl infolge der großen Erfolge des Tauchbootkrieges und der Mißerfolge der englischen und französischen Armeen bei ihren Durchbruchsversuchen an der französischen Nordfront, an einen solchen Ausgang des Krieges zu glauben, bei dem der entscheidende Sieg auf deutscher Seite sein wird, so daß es an Deutschland sein wird, den Frieden zu diktieren.

Fern sei mir, Herrn von Bethmann in dieser Meinung irre zu machen; eine solche Zuversicht ist ja sehr erfreulich. Aber die Bemerkung kann ich nicht unterdrücken, daß er sich nach diesen Worten nicht wundern darf, wenn er in den nächsten Tagen von unsern Gegnern in Rußland, Frankreich, England zu hören bekommen wird, jetzt sei unzweifelhaft, daß Deutschland Annexionen beabsichtige und daß der Grund seines bisherigen Schweigens allein der gewesen ist, daß er den Ausgang des Krieges abwarten will, um mit seinen Forderungen hervorzutreten. Weniger denn je werden unsere Gegner zum Frieden geneigt sein, und sie werden die Worte des Reichskanzlers dazu benützen, um ihre unglücklichen Völker von der Notwendigkeit der Fortsetzung des Kampfes zu überzeugen. Er wird auch hören müssen, daß man mit einem Staatsmann nicht verhandeln könne, der so wenig sein eigenes Wort achte, denn habe er nicht bei Beginn des Krieges feierlich versprochen, Belgien wiederherzustellen und für das Unrecht zu entschädigen, was ihm Deutschland, nach seinem eigenen Ausspruch, durch die Not gezwungen, angetan habe, während jetzt nicht mehr die Rede davon sei? Es könnte geschehen, daß die Alliierten erklären, nicht eher sich auf Friedensverhandlungen mit Deutschland einlassen zu wollen, bis an der leitenden Stelle des Deutschen Reiches nicht ein Wechsel eingetreten sei.

Die Ablehnung der Antwort auf die Interpellationen des Reichstages wegen der Kriegsziele ist meines Erachtens *mehr als ein Fehler*, es ist geradezu ein *tragisches Verhängnis*. Denn damit ist *von deutscher Seite die letzte Gelegenheit versäumt* worden, *zum Frieden durch Vermittlung Rußlands zu kommen* und die Grundlagen zu einem dauernden freundschaftlichen Verhältnis mit dem *neuen* Rußland zu legen. Ich sage ausdrücklich zum Frieden, ich meine einen *allgemeinen* Frieden, durch Vermittlung Rußlands, und nicht einen Separatfrieden. Denn jeder Russe, der sich selbst achtet, würde es, und mit

Recht, als eine gemeine Zumutung ansehen, wenn man von ihm erwarten würde, daß er das französische Volk, das seine Treue für die russische Allianz mit seinem Blute besiegelt hat, jetzt, wo es in der höchsten Not ist, im Stiche lassen soll.

Durch sein Verhalten belastet aber ferner der Reichskanzler das deutsche Volk mit der Schuld, die mit der Fortsetzung des Krieges und, dadurch bedingt, mit den entsetzlichen Opfern an Menschenleben, ganz abgesehen von den unsinnigen materiellen Verlusten, verbunden ist. Er lädt dem deutschen Volke ganz ungerechterweise eine Schuld auf, die nicht die seinige ist, denn das deutsche Volk in seiner erdrückenden Mehrheit hat heute endlich eingesehen, wie die Lage ist und hat, wie alle Völker, den Wunsch nach baldigem und dauerndem Frieden; es ist ihm vollkommen gleichgültig, ob ein Fetzen Landes mehr oder weniger erobert wird. Was ihm, wie allen Völkern, die Hauptsache ist, das ist der dauernde Friede, d. h., daß der gegenwärtige Krieg, wenn er wirklich beendigt sein wird, dann aber auch wirklich der letzte ist. Das wäre eine Entschädigung wertvoller als alle Kriegsentschädigungen in Geld, die ohnedies illusorisch werden, wenn so lange um sie gekämpft werden muß, daß die Kosten, die dieser verlängerte Kampf verschlingt, sie wieder aufwiegt. Nur ein dauernder Friede, der, wenn er auch noch nicht der ewige Friede ist, doch wenigstens den nächsten Generationen das Entsetzen einer Katastrophe wie die gegenwärtige erspart, wäre die einzige wirkliche Entschädigung für all die Opfer an Blut und Gut, die die Völker gebracht haben.

Auch diese Hoffnung ist durch die ablehnende Antwort des Reichskanzlers zerstört; denn ein diktierter Friede, ein Machtfriede, kann niemals ein dauernder Friede sein *. Das deutsche Volk hat also vor sich die Aussicht, nicht nur die Zinsen und die Amortisation der Riesenschuld, welche der Krieg hinterlassen wird, zahlen zu müssen, sondern auch noch von neuem die Kosten auf seine Schultern zu nehmen, welche neue Rüstungen, die notwendige Folge des Machtfriedens, erfordern werden. Hört man doch jetzt schon nicht nur die alldeutschen Narren von dem nächsten Kriege (!) sprechen, nein, sogar der preußische Kriegsminister General von Stein hat neulich, um den Reichstag von der

* Das trifft natürlich ebenso auf einen Frieden zu, wie ihn die in Paris jetzt versammelten Machthaber heute den Deutschen diktieren zu wollen scheinen.

Notwendigkeit der Bewilligung einer neuen Kadettenanstalt zu überzeugen, den Pazifismus als eine Utopie bezeichnet und den Krieg als unvermeidlich immer wiederkehrend dargestellt. Der französische Kriegsminister, Herr Painlevé, dagegen hat kürzlich erklärt, dieser Krieg müsse durchgekämpft werden, damit er endgültig der letzte sei und die Menschheit sich ungestört den Werken des Fortschritts und der Zivilisation widmen könne. Mir wäre lieber gewesen, ich hätte einmal diese Worte in der Rede eines deutschen Kriegsministers gelesen.

Wie kommt es, daß das nicht der Fall ist? Die Erklärung dafür kann nur darin liegen, daß man sich an unsern „leitenden" Stellen anscheinend noch immer nicht zu der Erkenntnis durchgerungen hat, daß eine neue Zeit herangebrochen ist, in der mit den alten Formeln und Methoden nicht mehr gearbeitet werden kann. Die Männer, die drei Jahre lang das Entsetzen dieses Krieges, diese unsäglichen Leiden und Entbehrungen miterlebt und ertragen haben, kehren in die Heimat zurück als andere Menschen. Wenn sie eine Lehre aus diesem Kriege mitgebracht haben werden, so ist es die, daß der Krieg nicht etwas Schönes, Herrliches ist, wie ihnen gesagt worden war, sondern daß er, namentlich in seiner heutigen Gestalt, etwas derart zugleich Furchtbares wie Absurdes ist, daß jeder, der noch seine fünf Sinne heil nach Hause bringt, nur den einen Wunsch haben kann, es möge seinen Kindern und Kindeskindern erspart bleiben, etwas Derartiges zu erleben. Ihn selbst aber, so meine ich, wird keine Macht der Erde mehr dazu bringen, ein zweites Mal hinauszuziehen, ehe man ihm nicht den Beweis liefert, daß es sich wirklich nur um die Verteidigung des heimischen Bodens handelt, vor allem aber, daß von seiten der Regierungen alles versucht worden ist, einen etwaigen neuen Streit auf friedliche Weise zu schlichten. Deshalb wird das Volk, und mit Recht, verlangen, wie bereits in einem Antrag im Reichstag zum Ausdruck gekommen ist, daß es in Zukunft gehört werde und mitzureden habe, wenn über die Kriegserklärung beraten wird.

„Die Friedenssehnsucht des deutschen Volkes," sagt Herr Spahn, „ist auf einen Frieden gerichtet, der dem deutschen Reiche sein Dasein, seine politische und wirtschaftliche Machtstellung, seine Entwicklungsfreiheit sichert." Gewiß, es dürfte wohl keinen Deutschen geben, der nicht wünschen sollte, daß sein Vaterland wieder dieselbe politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zurück-

erlangte, die es vor dem Kriege besaß, und ebenso selbstverständlich, daß es in seiner Entwicklungsfähigkeit nicht beschränkt werde. Aber solche Ausdrücke wie „wirtschaftliche Unabhängigkeit", „Freiheit der Entwicklung" sind vieldeutig, und wenn Herr Spahn weiter ausführt, es genüge seiner Partei, wenn die Reichsleitung weder uferlose Eroberungspläne verfolge, noch sich auf den Gedanken eines Friedens ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen festlege, so zeigt das, in welchem Sinne seine Ausführungen gedeutet werden müssen. Ist denn dazu notwendig, daß das Deutsche Reich einem fremden Staate Stücke von seinem Lande abnimmt und samt dessen Bevölkerung sich einverleibt? Ist denn, wenn die deutsche Regierung prinzipiell den Vorschlag der russischen provisorischen Regierung annähme, daß bei dem Friedensschluß von keiner Seite fremdes Gebiet annektiert werden dürfe, dadurch die wirtschaftliche oder politische Unabhängigkeit des deutschen Volkes bedroht? Ist es dadurch in seiner „Entwicklungsfähigkeit" behindert? „Wir brauchen Siedlungsgebiete, die uns die Rohstoffe liefern und verhindern sollen, daß wir in Zukunft wieder abgeschnürt werden", wird man mir entgegenhalten. Es würde mich zu weit führen, darauf eingehend zu antworten; ich möchte nur eines fragen: Haben wir nicht in einem großen Teil des Deutschen Reiches schon vor dem Kriege Not an landwirtschaftlichen Arbeitern gehabt, und gibt es nicht in unserem eigenen Lande weite Strecken, die noch brach liegen und der Kultivierung durch Menschenhände harren? Und da sollen wir weite „Siedelungsgebiete", wie z. B. Kurland, annektieren, die noch dazu nur zu einem geringen Teil von Deutschen, zu ihrem größeren Teil von fremden Rassen bewohnt sind? Oder gar Stücke von französischem Boden, wie das Kohlenbecken von Briey, behalten, wie es der Wunsch der alldeutschen Industriellen und ihrer Gefolgschaft ist, oder Belgien? Hat man denn noch nicht genug an den Erfahrungen, die wir mit dem Talent der deutschen und namentlich preußischen Bureaukratie gemacht haben? Ich erinnere nur an Posen und Elsaß-Lothringen.

Und was die Kriegsentschädigung betrifft, so habe ich schon erwähnt, warum sie illusorisch wäre.

Ich meine, auch ohne Annexionen oder Kriegsentschädigungen, oder vielmehr nur auf diesem Wege, ist ein für alle Teile ehrenvoller und dauernder Friede zu erreichen.

Aber die Entente, wird man mir einwenden. Ist es denn nicht gerade die Entente gewesen, die in ihrer Antwort an Wilson

die unsinnigsten Forderungen, die wahnsinnigsten Kriegsziele aufgestellt hat? Will sie nicht Österreich zerstückeln, Ungarn Teile seines Territoriums wegnehmen, Serbien auf Kosten Österreichs vergrößern, Deutschlands Grenze an den Rhein zurückwerfen, was weiß ich noch, und sprechen nicht die französischen Zeitungen von einer Deutschland aufzuerlegenden Kriegsentschädigung, die das deutsche Volk auf Generationen zur Sklavenarbeit verurteilen würde? Sprechen nicht auch englische Zeitungen davon, Deutschland müsse für seine Untaten „bestraft“ werden, seine Lenker müßten zur Verantwortung gezogen werden, eher könne von Friedensverhandlungen nicht die Rede sein? Gewiß, jedes Land hat seine Jingos, Chauvinisten, Nationalisten usw., wie wir unsere Alldeutschen, Annexionisten und Imperialisten haben. Aber ist es ein Grund, weil die andern sich verrückt gebärden, daß wir nicht vernünftig sein sollen?

Und wenn die Entente dann noch immer nichts von Frieden wissen wollte, dann würde wenigstens das deutsche Volk gesehen haben, daß seine Regierung nichts versäumt hat, um ihm neue Opfer zu ersparen. Überdies aber ist zu bedenken, daß z. B. in England die vernünftigen Stimmen immer mehr zunehmen, und durch eine solche Haltung Deutschlands würden auch sie gewiß eine Stärkung erfahren, ebenso würden in Frankreich die doch auch vorhandenen vernünftigern Elemente ermutigt werden.

In einem stimme ich mit dem Abgeordneten Spahn überein, das ist, wenn er sagt, daß die Verunglimpfungen des Kaisers durch unsere Gegner gerade die entgegengesetzte Wirkung hervorrufen als die beabsichtigte. In der Tat, unsere Gegner täuschen sich gewaltig; das deutsche Volk wird sich eine Einmischung von außen in seine innern Verhältnisse nie gefallen lassen. Alle Versuche von außen, die Verfassung Deutschlands zu reformieren, sind vergeblich. Jedes Volk hat das Recht zu beanspruchen, daß es sich sein Haus selbst und nach seinem Geschmack einrichtet; und daß das deutsche Volk selbst die Reformbedürftigkeit seiner innern Zustände erkannt hat und nicht erst von außen sich dazu zwingen zu lassen braucht, das zeigt ja der Reichstag, der eben in diesem Augenblick in seinem Verfassungsausschuß damit beschäftigt ist, gewaltige, einschneidende Änderungen und Reformen der deutschen Reichsverfassung vorzubereiten, Reformen, welche aus dem Deutschen Reiche endlich einen Staat machen werden, dessen Regierungsmänner, wie in andern Staaten, dem Parlament, d. h. der Vertretung des gesamten Volkes,

und nicht mehr einem einzigen, verantwortlich sind, und dessen Volk durch das Parlament teil hat an der Regierung.

Wenn Herr Spahn aber sagt, „unerschüttert steht das Volk zu Kaiser und Reich", so ist das heute nur mehr bedingt richtig. Gewiß, das deutsche Volk ist in seiner Mehrheit noch monarchisch gesinnt, insbesondere hängen die einzelnen deutschen Stämme, der eine mehr, der andere weniger, an ihren Fürsten, je nach der Individualität derselben. Aber daß das Vertrauen in das Oberhaupt des Reiches noch ganz unerschüttert dastehe, das ist eine Behauptung, die heute, nach diesen drei Kriegsjahren, nicht mehr zutrifft. Man soll doch endlich einmal aufhören, den Kopf in den Sand zu stecken, aus Angst vor der Wahrheit. Das hat noch nie etwas genützt. Das Vertrauen in die Leitung des Reiches beginnt im deutschen Volke zu schwinden. Es weiß nicht zuverlässig, wie der Kaiser sich zu all den Treibereien der Kreise stellt, die sich vorzugsweise als Patrioten aufspielen. Das deutsche Volk beginnt allmählich sich zu fragen, wie es denn komme und wer daran schuld sei, daß jetzt bald die ganze Welt in Waffen gegen uns steht. Wenn die Person des Kaisers, die über den Parteien und außerhalb des politischen Streites stehen sollte, davon nicht unberührt bleiben konnte, so liegt das gerade an dem bisherigen Zustand der mangelnden parlamentarischen Regierung. Vor allem aber sind daran diejenigen schuld, die bei jeder Gelegenheit den Kaiser in die Debatte zogen, immer wieder seine Meinung, seine Entscheidung als die allein maßgebende erklärten und ihn selbst dazu verleiteten, seine Person in jedem Augenblick in den Vordergrund zu stellen — die Konservativen, die sich, solange es ihnen paßt, als die berufenen Hüter der Krone aufspielen, die Alldeutschen, die den Patriotismus und das „Deutschtum" als ihre eigene Domäne gepachtet zu haben glauben. Ihnen in erster Linie verdankt es der Kaiser, wenn er im In- und Ausland seit Jahren, und heute mehr denn je, der Kritik, und noch schlimmerem als der Kritik, ausgesetzt ist. Diese Leute haben dem Monarchen, dem sie zu dienen vorgeben, in Wirklichkeit einen schlechten Dienst erwiesen und ein gefährliches Spiel gespielt. Ich bin überzeugt, daß die Abgeordneten Scheidemann und Ledebour die Stimmung des deutschen Volkes in seiner überwältigenden Mehrheit besser kennen und ihr richtiger Aus-

druck geben als der Oberlandesgerichtspräsident und Führer der Zentrumspartei Dr. Spahn. Dem deutschen Volke ist an Annexionen fremden Gebietes nichts gelegen. An denen haben nur kleine Gruppen von Industriellen und die alldeutschen Phantasten und Schwärmer Interesse, welche sich aber nicht aus den breiten arbeitenden Schichten des Volkes rekrutieren, sondern aus den Kreisen der Professoren, Beamten und Bourgeois. Herr Scheidemann ist zur Ordnung gerufen worden, weil er das Wort „Revolution" auf der Tribüne des Reichstages ausgesprochen hat. Und doch hat er damit nichts anderes getan, als was man tagtäglich im Publikum hören kann. Er hat ja auch mit Recht hinzugefügt: „Noch sind wir nicht so weit." Aber es wäre kindisch, wenn man sich der Einsicht verschließen wollte, daß es einmal so weit kommen könnte, wenn die Männer, welche die Geschicke des Deutschen Reiches in Händen halten, sich der Verantwortlichkeit nicht gewachsen zeigen, die auf ihren Schultern lastet, und die Notwendigkeiten der neuen Zeit nicht früh genug zu erkennen und ihnen nicht rechtzeitig Rechnung zu tragen imstande sind. Dann könnte sehr gut der Augenblick kommen, wo sie mit Schrecken erkennen müssen, daß es zu spät ist und daß dem deutschen Volk die Geduld endlich ausgegangen ist.

„Beifall in der Mitte", heißt es im Reichstagsbericht vom Dienstag, als der Reichskanzler mit besonderer Betonung ausspricht, daß er sich aus seiner Zurückhaltung (in bezug auf die Kriegsziele) nicht herausdrängen lassen werde. Diese Reichstagsabgeordneten, welche dem Kanzler Beifall gespendet haben, scheinen nicht zu ahnen, welchen Eindruck diese Haltung des deutschen Reichskanzlers und der Mehrheit des Reichstages im Ausland, sowohl dem kriegführenden als dem neutralen, hervorrufen und welche Folgen sie haben wird. Sie wird dort mehr denn je die Überzeugung befestigen, daß Deutschland bei dem Kriege Eroberungspläne verfolge und daß, wenn seine Regierung sich weigere, sich unzweideutig über ihre Kriegsziele zu erklären, diese Weigerung nur darin begründet sein könne, daß diese Kriegsziele so weitgehend und für die Ententemächte so unannehmbar sind, daß Deutschland sie nur dann erreichen kann, wenn es alle seine Gegner vollkommen und endgültig niedergezwungen haben wird.

Daß mit dieser Überzeugung den Gegnern nichts anderes übrig bleibt, als den Kampf mit allen Mitteln fortzusetzen, liegt auf der Hand. Von Frieden kann dann keine Rede mehr sein, bis die eine

oder die andere der beiden großen Kampfesgruppen am Ende ihrer Kräfte, sowohl durch Menschenverlust, wie durch den ökonomischen Ruin, angelangt ist.

Das deutsche Volk wird sich aber dann auch klar darüber sein, an wem die Schuld liegt, wenn es noch weiter darben, weiter bluten muß.

Und wenn einmal der Tag der Abrechnung kommen wird, dann werden keine Ordnungsrufe mehr genügen, um zu verhindern, daß alle diejenigen zur Rechenschaft gezogen werden, die schuld an diesem Unheil sind. Gründlich, wie der Deutsche ist, wird er auch die Abrechnung gründlich besorgen.

* *
*

Ich bin darauf gefaßt, daß mir von gewissen Seiten meine ungeschminkte Darstellung der Lage, wie ich sie sehe, als Mangel an Vaterlandsliebe ausgelegt werden wird. Ich muß diesen Vorwurf, wie schon früher ähnliche Vorwürfe hinnehmen, in dem Bewußtsein, daß ich meinem Volke am besten diene, wenn ich ihm die Wahrheit sage.

Ein starkes Volk muß auch die Wahrheit vertragen können.

(Neue Zürcher Zeitung Nr. 898, 911 und 920 vom 20., 21. und 23. Mai 1917.)

Zur Lösung der deutschen Krise.

Am 10. Mai 1917 schrieb ich an dieser Stelle: „Der Moment ist gekommen, wo es in der alten Routine nicht mehr weiter geht. Das Volk will zu Wort kommen und mitregieren. Ebenso wie die Berliner Regierung in der innern Politik dem demokratischen und parlamentarischen Gedanken noch viel weiter wird entgegenkommen müssen als durch die versprochene preußische Wahlreform, ebenso wird sie auch in der äußern Politik, und in erster Linie in der Friedensfrage den Wünschen des Volkes nachgeben müssen. Jeder Staatsmann . . ., überhaupt alle, die diese Stimmung des Volkes nicht verstehen können oder nicht hören wollen, werden verschwinden, schneller, als sie vielleicht selbst ahnen, und solchen Männern Platz machen müssen, welche die Notwendigkeiten der Zeit erkennen, denn die Geduld des Volkes ist an der äußeren Grenze."

Zwei Monate sind seitdem verflossen, und jetzt ist der Reichskanzler und preußische Ministerpräsident von seinen Ämtern zurückgetreten, und der Reichstag spricht sich für einen Verständigungsfrieden aus. Herr von Bethmann muß gehen, nicht, weil er das Vertrauen des Monarchen verloren hat; das scheint er bis zuletzt besessen zu haben, sondern, und darin zeigt sich die große Wendung, welche die Dinge in Deutschland genommen haben, weil er das Vertrauen der Majorität des Parlaments, des Reichstags, nicht mehr besitzt. Schritt für Schritt hat er dessen Forderungen nachgegeben, aber gerade dadurch hat er es schließlich mit allen verdorben. Die Konservativen, trotzdem er aus deren Reihen hervorgegangen war, hatten ihn, vielleicht wegen seiner Abkunft aus einer Frankfurter Patrizierfamilie, von vornherein mit einem großen Mißtrauen bebetrachtet. Allmählich waren sie seine erbittertsten Feinde geworden. Daß er es verstanden hatte, eine Zeitlang das Vertrauen der Sozialdemokraten zu gewinnen, daß er sich überhaupt bei verschiedenen Gelegenheiten auf die Linke stützte, das haben sie ihm nicht ver-

ziehen. Dazu kamen die Alldeutschen, von denen ein Teil in der konservativen Partei, ein Teil bei den Nationalliberalen, ja sogar ein kleiner, aber einflußreicher Teil beim Zentrum sitzt. Diese verfolgten ihn mit ihrer Gegnerschaft von dem Moment an, als sie merkten, daß er sich nicht rückhaltlos mit ihren Kriegszielen identifiziere. Daß der Kampf schließlich Formen annahm, im Vergleich zu denen die Kampfesart der wildesten Indianerstämme eine zahme und zivilisierte ist, wird niemand erstaunen, der jemals einen nähern Einblick in die politischen Kulissen der Reichshauptstadt zu bekommen Gelegenheit gehabt hat. Es war geradezu ein widerliches Schauspiel, namentlich in den letzten Tagen, mit welchen vergifteten Waffen die Gegner den verhaßten Staatsmann zu Fall zu bringen gesucht haben, bis er schließlich unterlegen ist. Die Tragik seines Schicksals liegt darin, daß er wohl den richtigen Weg erkannt zu haben scheint, den Mut aber nicht gefunden hat, ihn ohne Rücksicht auf die Widerstände zu beschreiten. In der Politik kommt immer ein Augenblick, wo sich ein Staatsmann entscheiden muß. Herr von Bethmann wollte es allen recht machen und hatte schließlich alle gegen sich. Er scheint nicht gern die Macht aus den Händen gegeben zu haben, oder, man sagt besser, den Schein der Macht, denn tatsächlich scheint nicht nur die Kriegsführung, sondern auch die Politik von der Obersten Heeresleitung geleitet worden zu sein. Sein Sturz war unvermeidlich von dem Augenblick an, wo sich die Zentrumspartei unter der Führung des Abgeordneten Erzberger, der durch die drei Kriegsjahre die Politik des Kanzlers auf das eifrigste unterstützt hatte, von ihm abwendete und eine vollständige Schwenkung vornahm. Nichts in dieser ganzen Krise ist symptomatischer für die Entwicklung der Stimmung des deutschen Volkes als diese Veränderung der Stellung des Zentrums.

Die Mehrheit des Reichstags, zu der alle Parteien, mit Ausnahme der Konservativen und des größten Teils der deutschen Fraktion, gehören, hat sich inzwischen, der mit der Rede des Abgeordneten Erzberger im Hauptausschuß gegebenen Anregung folgend, auf die Formel einer Kriegszielerklärung geeinigt, welche sie dem Reichstag zur Beschlußfassung vorlegen wird. Welche Stellung Herr von Bethmann dazu eingenommen hat, läßt sich bis jetzt nicht feststellen. Wenn es wahr sein sollte, daß er mit Rücksicht auf Widerstände von militärischer Seite sich geweigert hätte, den Intentionen des Zentrums in diesem Punkte nachzugeben, dann würde das beweisen, daß er wirklich nicht mehr in die veränderte Lage paßte.

Denn gerade das ist das Charakteristische am Vorgehen des Abgeordneten Erzberger, daß er ohne Rücksicht auf militärische Widerstände sich offen zu einem „Verständigungsfrieden" bekannt und damit den Kampf mit den Alldeutschen aufgenommen hat, auf deren Seite er bisher gestanden hatte.

Nimmt der Reichstag, woran kaum mehr zu zweifeln ist, das von der Mehrheit beschlossene Friedensprogramm an, so kann niemand mehr im Zweifel darüber sein, daß er damit der wahren Meinung des deutschen Volkes Ausdruck gibt. Auch die, welche, solange die Majorität annexionslustig war, in ihm die Volksstimmung anerkannt, werden das jetzt ebenso tun müssen. Zugleich wird der Reichstag aber auch damit beweisen, daß die Alldeutschen, welche sich bisher immer als die Wortführer des deutschen Volkes gebärdet und dadurch unberechenbaren Schaden angerichtet haben, nicht dazu berechtigt waren, und daß ihre phantastischen Forderungen nicht die Kriegsziele des deutschen Volkes sind. Es kann dies nur zu einer Klärung und Gesundung der innern und äußern Lage führen; der Reichstag wird sich damit ein großes Verdienst erworben haben, wenn er dem Treiben gewisser Kreise der sogenannten Schwerindustrie energisch Halt gebietet, die ihre im Kriege verdienten Millionen dazu verwenden, die öffentliche Meinung zu fälschen und zu vergiften und im deutschen Volke gefährliche Illusionen wachzuhalten, im Interesse der Verlängerung des Krieges. Die „Sekte politischer Haschischesser", wie sie die „Frankfurter Zeitung" vor einigen Tagen bezeichnet hat, diese „Pest des machtgierigen Chauvinismus", muß unschädlich gemacht werden, wenn wir jemals zum Frieden kommen wollen. Teuer genug wird das deutsche Volk schon jetzt ihr verbrecherisches Treiben, anders kann man es nicht bezeichnen, bezahlen müssen. Wenn dem Zentrum, und an seiner Spitze Herrn Erzberger, jetzt, leider etwas spät, die Erleuchtung gekommen ist und sie mitwirken wollen bei der Bekämpfung dieser gemeingefährlichen Clique, um so besser, mieux vaut tard que jamais.

In der Frage der Demokratisierung des politischen Lebens in Deutschland, in erster Linie in der Frage der Wahlreform hatte sich Herr v. Bethmann am Schluß auch noch das gleiche Wahlrecht abringen lassen. Aber auch damit war er nur aus dem Regen in die Traufe gekommen, denn während er gerade dadurch die Wut der Konservativen bis zum äußersten entflammte,

die sich mit Recht in ihrem Besitzstand bedroht fühlen, hat er durch die zögernde Art, mit der er auch in diesem letzten Punkt nachgab, der Linken, namentlich der sozialdemokratischen Partei, nicht das Vertrauen einzuflößen verstanden, daß er bereit sei, sich ernstlich dafür einzusetzen. So mußte Herr von Bethmann schließlich scheitern, während er, wenn er beizeiten energischer selbst die Führung in der Umwandlung der deutschen politischen Zustände zu übernehmen gewagt hätte, eine große und verdienstliche Rolle hätte spielen können. Der Grundzug seines Charakters scheint Mangel an Entschlußfähigkeit gewesen zu sein. Das muß auf die Dauer einem Staatsmann, der ein Führer sein soll, und nicht ein Geführter, gefährlich werden. Welche Wirkung alle diese Vorgänge, namentlich die Kriegszielerklärung, wenn sie vom Reichstag angenommen wird, auf das Ausland haben werden, wird man erst erörtern können, wenn bestimmte Tatsachen vorliegen. Wenn man nach den vorläufigen Äußerungen der französischen und englischen Blätter schließen will, so darf man sich keinen großen Hoffnungen hingeben. Es ist möglich, ja wahrscheinlich, daß die gegnerischen Regierungen wiederum erklären werden, sie schenkten dieser Versicherung keinen Glauben, und daß sie auch diesmal die Erklärung der Friedensbereitschaft des deutschen Volkes zurückweisen und sie als ein Zeichen der Schwäche ausgeben werden. Trotzdem muß die Tat des Reichstags auf die Länge von nützlichen Folgen sein. Einmal, und vielleicht früher als diese Regierungen denken, wird der Tag kommen, wo es ihnen nicht mehr gelingen wird, ihren Völkern die Wahrheit zu verbergen und wo diese Völker sie zwingen werden, der Bereitschaft des deutschen Volkes zu einem für alle Teile annehmbaren Frieden Rechnung zu tragen und die Brücke zur Verständigung zu betreten.

Über die Folgen, welche der Wechsel in der Person des leitenden Staatsmannes und seiner nächsten Mitarbeiter haben wird, läßt sich heute kaum etwas sagen. Der neue Reichskanzler ist ein unbeschriebenes Blatt. Sehr erfreulich ist die Ersetzung des Herrn Zimmermann, dieses ersten bürgerlichen Staatssekretärs des Auswärtigen, auf den der Reichstag so große Hoffnungen gesetzt hatte, die sich durchaus nicht erfüllt haben.

Die neuen Männer stehen vor einer Aufgabe, wie sie dornenvoller und schwerer nicht gedacht werden kann. Es muß der aufrichtige Wunsch jedes guten Deutschen sein, daß es ihnen gelingen möge, ihr gerecht zu werden. Ist es ihnen vom Schicksal vergönnt, nachdem

auch die Gegner von ihren Illusionen geheilt auf den Weg der Vernunft zurückgekehrt sein werden, der armen an tausend Wunden blutenden Menschheit einen ehrenhaften, Dauer versprechenden Frieden zu bringen, dann werden sie sich einen Namen machen, der in der Geschichte fortleben wird.

(Neue Zürcher Zeitung Nr. vom 16. Juli 1917.)

Ein rechtes Wort zur rechten Zeit.

In Deutschland ist vor einigen Tagen eine Rede gehalten worden, die in diesem Blatte bisher nur in einem kurzen Auszuge erwähnt worden ist. Es ist die Rede des Prinzen Max von Baden bei der Eröffnung der Kammer in Karlsruhe. Ich meine, sie verdient, daß man noch etwas mehr von ihr erfährt. Man wird aus ihr erkennen, daß hier ein deutscher Mann gesprochen hat, ein Patriot im besten Sinne des Wortes, der dabei aber doch nicht vergißt, daß Patriotismus nicht gleichbedeutend mit Engherzigkeit sein muß, und daß man sein Volk und sein Vaterland lieben und sich dessen bewußt sein kann, daß eines jeden Vaterland nur ein Teil eines großen Ganzen ist, dem wir alle angehören, welches auch unsere nationale Benennung sein mag, nämlich der Menschheit.

„Macht allein kann uns die Stellung in der Welt nicht sichern, die uns nach unserer Auffassung gebührt. Das Schwert kann die moralischen Widerstände nicht niederreißen, die sich gegen uns erhoben haben. Soll die Welt sich mit der Größe unserer Macht versöhnen, so muß sie fühlen, daß hinter unserer Macht ein Weltgewissen steht."

Das sind Worte, wie wir sie bisher in Deutschland aus solchem Munde noch nicht gehört haben. Es gehört Mut dazu, sie auszusprechen, gegenüber all den Überpatrioten, die zwar das Wort „Vaterland" immer im Munde führen, die aber ihrem Volke damit keinen Dienst erweisen, sondern im Gegenteil, wenn sie, was glücklicherweise nicht der Fall ist, die Macht in Händen hätten, es in den Abgrund führen würden.

Das Wort des Prinzen von Baden kommt zur rechten Zeit. Ein Zeichen von Schwäche kann bei der derzeitigen Lage wahrhaftig niemand darin finden. Aber wie oft wurde gerade von den vernünftigen Elementen im gegnerischen Lager beklagt, daß man von Deutschland her so selten einen Ton vernehmen könne, der zu erkennen gäbe,

daß auch das deutsche Volk nicht Macht vor Recht setzen wolle, daß es anerkenne, daß alle Völker, ob groß ob klein, das gleiche Anrecht auf eine friedliche und unabhängige Existenz und Entwicklung haben.

In dem Satze, daß hinter der deutschen Macht ein Weltgewissen stehen müsse, wenn die Welt sich mit der Größe unserer Macht versöhnen solle, spricht der badische Thronfolger gerade das Wort aus, das auch von den Besten im eigenen Lande schon lange erwartet wurde. Die Gegner aber können aus seiner Rede erkennen, daß, wenn auch die Deutschen es ablehnen, sich in die Neuordnung ihrer inneren Verhältnisse von außen hineinreden zu lassen und dem Gegner eine Richterstellung zuzuerkennen, sie deshalb doch nicht mehr so unkritisch sind, wie es bei Beginn des Krieges, gerade aus den Kundgebungen derjenigen hervorzugehen schien, die ihre geistigen Führer hätten sein sollen. Sie könnten aus der Rede ersehen, daß gerade von einem der besten Deutschen Worte der Kritik des eigenen Volkes gesprochen worden sind, wie sie freimütiger in keinem Lande mit einer viel demokratischeren Verfassung hätten gesprochen werden können.

„Wir wissen es wohl, es gab auch eine deutsche Unfreiheit ... Der Fehler lag an der großen Bereitwilligkeit vieler Deutschen, den Autoritäten indolent und ohne Sehnsucht nach eigener Verantwortung für die Sache des Vaterlandes gegenüberzustehen. Nicht Institutionen allein können die Freiheit eines Volkes verbürgen. Es gibt nur eine reale Garantie, das ist der Charakter des Volkes selbst."

Die Worte des Prinzen Max von Baden können das Zeichen zum Beginn der so notwendigen moralischen Offensive von deutscher Seite sein. Gerade jetzt wäre der psychologische Augenblick dafür gekommen. Die militärische Offensive, und wenn sie von noch so glänzenden Erfolgen gekrönt ist, genügt allein nicht. Will Deutschland den moralischen Sieg erringen, so ist der Augenblick heute so günstig wie noch nie.

Wird man sich, unbeschadet des festen Entschlusses, alle nationalen Kräfte zum Entscheidungskampfe zusammenzufassen, deutscherseits dazu entschließen, bevor man zu diesem Kampfe schreitet, den Gegnern die so oft verlangte unzweideutige Erklärung über die deutschen Kriegsziele, insbesondere über das Schicksal Belgiens zu geben? Davon wird wahrscheinlich die Beantwortung der

Frage abhängen, ob aus den soeben begonnenen russisch-deutschen Friedensverhandlungen der von allen Völkern ersehnte Weltfriede hervorgehen wird. Sollte auf eine solche deutsche Erklärung wiederum Hohn und Ablehnung erfolgen, dann wüßte die Welt, dann wüßten alle Völker, daß es nicht die Deutschen sind, an denen der Friede gescheitert sein wird, und wenn sie sich dann von ihren verblendeten Führern noch weiter an die Schlachtbank führen lassen, dann hat das deutsche Volk in Waffen, wenn es den Kampf fortsetzen muß, das gute Gewissen für sich, wirklich alles getan zu haben, um der Menschheit weitere Opfer zu ersparen.

Nach den jüngsten Reden von Clemenceau und Lloyd George ist leider in dieser Beziehung wenig Erfreuliches zu erwarten. Aber Prinz Max von Baden weist mit Recht darauf hin, daß, so unzweideutig diese Kundgebungen sind, wir uns doch von ihnen nicht täuschen lassen sollen, und daß sowohl in Frankreich wie in England Kräfte am Werke sind, die keinen Gewaltfrieden, sondern nur einen Frieden wollen, der sich mit der Ehre und der Sicherheit ihres Landes vereinigen läßt und die moralischen Garantien für seine Dauer enthält. Freilich, ob es diesen Kräften gelingen wird, sich gegen die drakonische Gewalt der blind an ihrer Jusqu'au-bout-Politik festhaltenden Regierungsmänner vom Schlage eines Lloyd George und eines Clemenceau durchzusetzen, das scheint mehr wie zweifelhaft; denn sie scheuen vor keinem Mittel zurück, um jede friedensfreundliche Regung zu unterdrücken. Der Ausgang der Affäre Caillaux in den nächsten Tagen wird in dieser Hinsicht einen Fingerzeig geben. Frankreich steht wieder einmal vor einem der kritischsten Momente seiner Geschichte. Wer noch die Tage der berühmten Dreyfusaffäre miterlebt und im Gedächtnis behalten hat, der findet heute manche Ähnlichkeit mit der damaligen Lage in Frankreich. Nur mit dem Unterschiede, daß diesesmal die Situation noch viel gefährlicher ist. Heute handelt es sich nicht nur um die Entscheidung in dem politischen Kampfe zweier Parteien, heute kommt noch der Krieg hinzu, in dem sich das französische Volk gegen seinen Willen befindet. Mit anderen Worten, was sich in der nächsten Zeit entscheiden muß, das ist die Frage über Leben und Tod ganz Frankreichs. Für den, der fähig ist, auch noch für ein Volk, das zu seinen Gegnern im Kriege gehört, Sympathie zu bewahren und ihm gerecht zu werden, ist es ein tragischer Anblick mitanzusehen, wie ein ganzes Volk, über die tatsächlichen Möglich-

keiten durch seine Presse und seine Führer getäuscht, sich anschickt, in sein Verderben zu stürzen. Wer zu denen gehört, welche Frankreichs Zivilisation im Kreise der Völker auch in Zukunft nicht missen möchten, empfindet doppelt die Tragik dieses Augenblicks. Und wer durch das, was er in den drei Kriegsjahren bisher erlebt hat, nicht ganz gegen jedes menschliche Gefühl abgestumpft ist, kann nur mit Schaudern an das denken, was in den nächsten Monaten bevorsteht, wenn jede von beiden kriegführenden Gruppen auf der Entscheidung durch den militärischen Sieg besteht.

Wie dieser Entscheidungskampf auch ausgehen mag, er wird allen furchtbare Opfer kosten, und in dem für die Mächte der Entente günstigsten Falle kann es dazu kommen, wie der Prinz Max von Baden voraussagt: „Je länger der Krieg dauert, je schwerer wird die Erneuerung sein. Nicht nur bei uns, auch im Feindesland fallen gerade die Besten. Wer möchte darüber frohlocken? Es kann dazu kommen, daß Europa nicht mehr die Heilkraft wird aufbringen können, die notwendig ist, um seine furchtbaren Wunden zu schließen.“ Der Prinz von Baden begegnet sich hier in seinem Gedankengange mit Lord Lansdowne. Sagte nicht der englische Staatsmann in seinem Briefe von neulich, er fürchte, daß, „wenn der Krieg noch lange fortgesetzt werde, der Sieger, wer es auch sei, so erschöpft sein werde, daß er nicht mehr die Kraft haben werde, den Sieg zu ergreifen.“

Daß beide, der englische Staatsmann und der badische Thronfolger, damit eine unumstößliche Wahrheit ausgesprochen haben, das wird jeder vernünftige Mensch, jeder, den die Kriegspsychose noch nicht dauernd blind und taub gemacht hat, einsehen. Es wäre nur zu wünschen, daß die verantwortlichen Leiter, welche die Macht in den Händen haben, sich den Sinn dieser Worte noch einmal sorgsam überlegen, ehe sie ihre Völker in ein neues Blutbad schicken. Möchten sie daran denken, daß Macht Verantwortung bedeutet und eingedenk dessen sein, was Shakespeare sagt: Es ist glorreich, eines Riesen Kraft zu besitzen, aber es ist tyrannisch, sie wie ein Riese zu gebrauchen.

(Neue Zürcher Zeitung Nr. 1440. I. vom 29. Dez. 1917.)

Die 14 Friedensthesen des Präsidenten Wilson.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk haben einen Erfolg gehabt, der eine erfreuliche Klarheit in die Lage gebracht hat, sie haben die Ententeregierungen veranlaßt, ihre Kriegsziele zu präzisieren. Nach Mr. Lloyd George hat nun auch Präsident Wilson seine Kriegsziele oder Friedensbedingungen der Welt verkündet, und man muß anerkennen, daß seine Botschaft an den Kongreß in Washington, die in 14 Punkten sein Programm für den Weltfrieden darlegt, wenn sie auch im einzelnen noch der Ergänzung und Verdeutlichung bedarf, doch zum erstenmal eine Formulierung der Bedingungen gibt, unter denen Präsident Wilson den Abschluß eines dauernden Weltfriedens für möglich hält. Im Ton wie in der Form seiner Botschaft kehrt er erfreulicherweise zu seiner ursprünglichen Rolle des Friedensbringers zurück, und wer nicht voreingenommen ist, muß darin den ehrlichen Willen erkennen, zum Frieden zu gelangen und den Erfordernissen der Kriegslage gerecht zu werden.

Daß die Alldeutschen in ihrem blinden Kriegs- und Annexionsfanatismus auch diese Äußerung des Präsidenten Wilson als Heuchelei und Anmaßung hinstellen würden, war vorauszusehen; denn für sie ist alles, was die Beendigung des Krieges ohne Gewaltfrieden und ohne Annexionen bringen könnte, verdächtig. Aber daß sie mit einer solchen Wut über sie herfallen würden, das ist doch überraschend und beweist, wie unbequem sie ihnen ist und wie sehr sie fürchten, daß diese Botschaft aus den Vereinigten Staaten, wenn sie erst in ihren Einzelheiten dem deutschen Volke bekannt wird, dort Eindruck machen und eine Umwandlung der Stimmung hervorbringen könnte. Deswegen schreien sie so laut, um die Stimme des Herrn Wilson zu übertönen und zu verhindern, daß das deutsche Volk in den Friedensthesen des amerikanischen Präsidenten etwa eine mögliche Basis zu Verhandlungen erkennt. Und merkwürdigerweise beeilt sich der Wolffsche Telegraph, die alldeutschen an-

nexionistischen Stimmen unter Ausschluß aller gegenteiligen deutschen Presseäußerungen der Welt bekanntzugeben. Man fragt sich, wem das nützen soll? Dem Frieden, der doch das Endziel der gegenwärtig durch den Staatssekretär v. Kühlmann im Auftrag des Reichskanzlers geführten Verhandlungen in Brest-Litowsk ist, jedenfalls nicht.

Auf das Risiko hin, die Zielscheibe der alldeutschen Kriegshetzer zu werden, muß trotzdem jeder, der sich noch etwas objektives Urteil bewahrt hat, sagen, daß die 14 Punkte der Wilsonschen Friedensbotschaft, wenn sie auch nicht als glatt annehmbar, unserer Meinung nach, im Gegensatz zu der Auffassung der Berliner und Wien-Budapester Presse, doch als eine mögliche Unterlage zum Beginn von Unterhandlungen erscheinen. Wenn man die empörten Artikel aus Berlin und Budapest liest, welche darin nichts als Präpotenz und Imperialismus, und den Willen, die Zentralmächte zu erniedrigen und in ihrer Entwicklung zu verhindern, liest, so möchte man fast glauben, daß diese Artikelschreiber gar nicht die Mühe genommen haben, sich die einzelnen Thesen näher anzusehen und zu prüfen; und man möchte wünschen, daß diese Äußerungen nicht die Meinung der maßgebenden und verantwortlichen Persönlichkeiten wiedergeben.

Auf die 14 Punkte der Kongreßbotschaft im einzelnen einzugehen, würde hier zuviel Raum in Anspruch nehmen; ich muß mich daher beschränken, nur kurz auf diejenigen von ihnen hinzuweisen, welche meines Erachtens die größten Schwierigkeiten geben dürften.

Da ist vor allem § 9 betreffend Elsaß-Lothringen. Nach dem „Niemals" des Herrn von Kühlmann sollte man annehmen, daß eine Einigung darüber ausgeschlossen ist. Sieht man sich aber die These genauer an, so erkennt man, daß Herr Wilson nur allgemein für eine „Wiedergutmachung des im Jahre 1871 Frankreich durch Preußen angetanen Unrechts, das den Weltfrieden während fünfzig Jahren gefährdet hat" eintritt, sich aber über das „Wie" nicht näher ausspricht, ebensowenig wie dies Lloyd George getan hat, der von einer „Vergiftung des Weltfriedens, solange diese Wunde nicht geheilt sei", gesprochen hat. Daß die Einverleibung Elsaß-Lothringens im Jahre 1871 allerdings einen Stachel im Herzen der Franzosen zurückgelassen, den fünfzig Jahre nicht haben entfernen können, und ihm eine Wunde verursacht hat, die bis heute nicht hat heilen wollen, und daß darin eine stete Gefahr für die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich und damit für

den Weltfrieden gelegen hat, die eine der tiefsten Ursachen, vielleicht eine der wichtigsten des Kriegs gewesen ist, das kann auch ein Deutscher zugeben. Bismarck war bei Friedensschlüssen weitblikkender gewesen (man erinnere sich nur an 1866 vor Nikolsburg) als seine alldeutschen Anbeter, die immer vorgeben und sich vielleicht sogar einbilden, in seinen Fußstapfen zu wandeln. Aber trotzdem, so mächtig er auch war, er, der eben dem König von Preußen die deutsche Kaiserkrone aufs Haupt gesetzt hatte, er mußte den Forderungen der Militärs, insbesondere des Feldmarschalls Moltke, nachgeben, welche aus militärischen Gründen „Sicherungen" durch die Annexion von Lothringen mit Metz verlangten. Nebenbei gesagt, wird man vielleicht für die gegenwärtigen Leiter der Regierung in Berlin nachsichtiger werden, wenn man sich dieser historischen Vorgänge erinnert, bei denen selbst ein Riese wie Bismarck genötigt war, seine politische Einsicht militärischen Forderungen unterzuordnen. Später hat er allerdings selbst zugegeben, daß es ein Fehler von ihm war, und in der Tat, wer weiß, wie sich die Dinge gestaltet hätten, wenn diese Annexion nicht stattgefunden hätte.

Aus den Worten des Präsidenten Wilson über Elsaß-Lothringen könnte man ebensogut herauslesen, daß ihm, ebenso wie bei den österreichischen Nationalitäten, eine Lösung der Schwierigkeit durch Gewährung einer weitgehenden Autonomie oder durch ein Referendum vorschwebt. Jedenfalls läßt er eine Türe zu Verhandlungen auch bei diesem Punkt offen. These 9 spricht nur allgemein von einer „Verbesserung der italienischen Grenzen, die entsprechend der klar erkennbaren Nationalitätsabgrenzung durchgeführt werden sollte". Eine conditio sine qua non scheint er nicht daraus zu machen.

Ebenso scheint mir eine Einigung über § 11 möglich, bei dem bemerkenswerter ist, daß von großserbischen Aspirationen nicht mehr die Rede ist, ebenso wie diese auch aus dem Programm des Herrn Lloyd George verschwunden sind. Was den freien Zugang zum Meer für Serbien betrifft, so dürfte sich da eine Lösung mit einigem guten Willen finden lassen.

Auch Punkt 12 scheint mir nicht unüberwindliche Schwierigkeiten zu bieten; bemerkenswert ist dabei, daß auch hier Mr. Wilson weit maßvoller in seinen Forderungen ist als Herr Lloyd George; denn er spricht nur von „einer gewissen Sicherheit", welche die unter dem Regime des Ottomanischen Reiches lebenden nichttürkischen Nationali-

täten genießen sollen, und von der Möglichkeit für diese, sich autonom zu entwickeln, nicht aber von einer Loslösung dieser Provinzen von der Türkei.

Gänzlich unannehmbar für die deutsche Regierung, welche sie auch sei, erscheint der Punkt 12 mit seiner Forderung der Bildung eines polnischen Staates, der alle Gebiete umfassen solle, die von unbestreitbar polnischen Nationalitäten bewohnt werden. Darauf wird und kann sich keine deutsche Regierung einlassen, denn Posen liegt vor den Toren von Berlin. Diese Forderung ist tatsächlich, wenn auch nicht theoretisch, von den Polen selbst fallen gelassen worden, die eingesehen haben, daß sie sonst nicht zu einer Realisierung ihrer übrigen Wünsche auf nationale Selbständigkeit gelangt wären. Man kann bedauern, daß diese polnische Frage infolgedessen nicht zu einer vollkommen idealen Lösung vom rein polnischen nationalen Standpunkt aus gebracht werden kann. Aber Menschenwerk ist eben nicht vollkommen, und wenn die Polen ihre Lage vor dem Krieg mit derjenigen vergleichen, die sie schon jetzt einnehmen, so können sie erkennen, welch ungeahnt riesigen Fortschritt sie in so kurzer Zeit errungen haben.

Was § 14 anlangt, so ist anzunehmen, daß, so schwierig die praktische Ausführung sich gestalten wird, sie nicht unüberwindlich ist, und daß alle Staaten bereit sein werden, dabei mitzuwirken; denn in der Bildung der allgemeinen Gesellschaft der Nationen und der Neuorganisation der zwischenstaatlichen Beziehungen der Welt liegt die Garantie gegen eine Wiederkehr einer ähnlichen Katastrophe wie der gegenwärtigen.

Faßt man den Eindruck zusammen, den Wilsons neueste Botschaft auf den unvoreingenommenen Leser macht, so muß man zugeben, daß sie ein Weg zum Frieden werden kann und verdiente, von den beteiligten Staatsmännern ernstlich geprüft und erwogen zu werden. Freilich, wer zu einer gerechten Würdigung kommen will, muß sich zuerst freimachen von der Auffassung, als sei es Mr. Wilson nicht ernst mit seinem Willen zum Frieden, eine Meinung, die in Deutschland weit verbreitet ist. So begreiflich es ist, daß das Verhalten des Präsidenten Wilson seit Beginn des Krieges, namentlich seine Wahrung des formalen Rechtes, den Gegnern Deutschlands Munition zu liefern und die kampflose Preisgebung seines Menschenrechtes der Versorgung der notleidenden deutschen Nichtkombattanten, worüber sich neulich Prinz Max von Baden beklagt hat, im deutschen Volke eine tiefgehende Erbit-

terung erzeugen mußte, so wäre es doch ein Fehler, wenn deshalb Deutschland nun jedes Eingehen auf Friedensvorschläge des Präsidenten Wilson von vornherein, ohne nähere Prüfung, zurückweisen würde. Man muß hoffen, daß das von Wilson dargelegte Friedensprogramm dem deutschen Volke nicht vorenthalten werde und seine berufenen Vertreter im Parlament dazu Stellung nehmen. Hat doch Präsident Wilson in seiner Botschaft auf die Reichstagsresolution hingewiesen. Und wenn er hinzugefügt hat, es sei notwendig, daß die Frage beantwortet werde, in wessen Namen Deutschlands Wortführer sprechen, so ist das begreiflich, haben sich doch manche Deutsche selbst schon zeitweise dieselbe Frage gestellt. Es muß aber im deutschen Volke wohltuend berühren, wenn Präsident Wilson, wie er dies in dieser Rede ausdrücklich sagt, die Absicht, das deutsche Volk zu irgendeinem Wechsel oder Änderung seiner Einrichtungen zu veranlassen, von sich weist. Es ist aber anderseits begreiflich, daß er zu wissen wünscht, ob diejenigen, mit denen er verhandeln soll, auf dem Boden der Mehrheit des deutschen Parlaments, wie sie in seiner bekannten Resolution zum Ausdruck gekommen ist, stehen, oder auf dem einer Partei, deren Kredo die Weltbeherrschung ist.

Statt die ernstgemeinten Vorschläge des amerikanischen Präsidenten ab irato ohne nähere Prüfung von sich zu weisen, wäre es vernünftiger, sie sich näher anzusehen. Dazu ist aber vor allem nötig, daß man sich in Deutschland von der fixen Idee losmacht, daß Amerika bei diesem Kriege nur an seine materiellen Interessen denke und Wilson den Krieg erklärt habe, um bei dieser Gelegenheit eine große Armee schaffen zu können im Hinblick auf einen zukünftigen Krieg mit Japan. Die Wahrheit ist, daß Präsident Wilson, als er den Krieg an Deutschland erklärte, dem Drängen der überwiegenden Mehrheit seines Volkes nachgegeben hat, und daß jeder Amerikaner, der in den Krieg geht, wie jeder, der die sich nach Europa einschiffenden Soldaten bis an ihr Schiff begleitet, fest davon überzeugt ist, daß sie ausziehen zur Rettung der bedrohten Freiheit und Gerechtigkeit der Welt.

Der Krieg ist in seine entscheidende Phase getreten, ja man kann sagen, die Friedensverhandlungen haben begonnen, so unangenehm das gewissen Leuten sein mag, und zwar meine ich damit nicht die Verhandlungen in Brest-Litowsk, sondern die über einen allgemeinen Frieden. Nur werden sie heute nicht mehr am grünen Tisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit, unter dem Schutz

des diplomatischen Geheimnisses geführt, sondern vor aller Welt durch Rede und Gegenrede vermittelst der Zeitungstelegramme. Vielleicht wird diese moderne Methode eher zum Ziele führen, vielleicht auch nicht. In wenigen Wochen werden wir darüber klar sehen. Wie es aber auch kommen mag, der Stein ist im Rollen, und nichts wird imstande sein, ihn aufzuhalten. Mögen die Kriegsgewinner, Kriegsfanatiker, Kriegsverlängerer noch so laut schreien, noch so gewalttätig auftreten, möge die kapitalistische Rüstungs-Internationale einen noch so großen Teil ihrer durch das Blutopfer ganzer Völker verdienten Milliarden zur Vergiftung der öffentlichen Meinung im Sinne einer Verlängerung des Krieges bis ins Unsinnige verwenden, es gibt etwas, das stärker ist als alle Milliarden und mächtiger als das Schwert, das ist der Geist, der Geist des Friedens, der von allen Völkern ausgeht, und dem nichts wird widerstehen können. Wenn wir uns dessen bewußt werden, dann wissen wir, daß wir noch hoffen dürfen, und daß die Rettung nicht mehr ferne ist. Die Botschaft des Präsidenten Wilson kann vielleicht dereinst in der Geschichte einen ehrenvollen Platz einnehmen, weil von ihr die Umkehr ausgegangen ist, auf dem Weg zum Abgrund, auf dem sich die Völker befanden.

(Neue Zürcher Zeitung Nr. 41. I. vom 29. Jan. 1918.)

In letzter Stunde.

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern, in allen Häusern ist davon die Rede, sowohl im neutralen Ausland wie in Deutschland selbst, teils mit Sorge, teils mit Schauder oder gar mit ungeduldiger Erwartung. Ja selbst im gegnerischen Ausland wird es in den Zeitungen angekündigt: „Die große deutsche Offensive im Westen steht bevor.“ Und die als ganz besonders eingeweiht gelten wollen, die deuten geheimnisvoll an, dieses Mal werde es die große, die unwiderstehliche Giftoffensive sein, so furchtbar, so wirksam, dank den neuen „Errungenschaften“ der deutschen Erfindungsgabe und Technik, welche eine Kombination von Giften gefunden habe, gegen die kein Gegner gefeit sei. Und, traurig genug, in weiten Kreisen des deutschen Volkes hofft man darauf, weil man glaubt, daß vielleicht dadurch endlich dieser nicht enden wollende Krieg mit allen Schrecken und Entbehrungen, die er mit sich bringt, aufhören könne. Aber auch auf der anderen Seite hört man, daß auch dort die Techniker und Chemiker nicht untätig gewesen seien, und daß man auf das Gift von der einen Seite mit einem ebenso wirksamen Gift von der anderen Seite antworten werde, und man gerüstet sei, dem großen Giftsturm zu begegnen. So wird also der Ausgang des Kampfes diesmal noch mehr als sonst auf den Erfolg und die Geschicklichkeit in der Anwendung dieses abscheulichen, „unfairen“ modernen Kriegsmittels hinauslaufen, und ganze Armeekorps werden unheimlich verkleidet, mit Masken wie die „Gugelmänner“ bei den königlichen Leichenbegängnissen in München, in den Kampf ziehen. Das weiß man voraus, und mit Ausnahme des Internationalen Roten Kreuzes in Genf, das einen Protest an die kriegführenden Mächte erlassen hat, regt sich das Publikum nicht sonderlich darüber auf. Nun gebe ich zu, der Unterschied, ob einer durch eine Bombe oder Granate in Fetzen zerrissen umkommt oder durch die Einatmung der giftigen Dünste einer Giftgasbombe oder Giftgaswelle

zugrunde geht, ist nicht groß, obgleich immerhin die Qualen und Martern im letzteren Falle größer und länger andauernd sein sollen. Aber man muß bei näherer Überlegung zugestehen, das Unternehmen, den Krieg gewissermaßen zu humanisieren, ist ein fruchtloses, mehr als das, ein verfehltes, ja man wäre fast versucht zu sagen, ein schädliches. Denn der Krieg an sich, der ja alle Scheußlichkeiten, alle Grausamkeiten, alle Untaten mit sich bringt, den muß man bekämpfen, nicht aber glauben, man erreiche etwas, wenn man ihn in einzelnen Beziehungen anscheinend milder gestaltet. Man schadet dadurch nur der guten Sache, dem Kampf gegen den Krieg überhaupt, indem man bei der Mehrheit der Menschen, die bekanntlich nicht fähig sind, tief und logisch nachzudenken, die Täuschung hervorruft, als sei der Krieg nun ein humanes und daher annehmbares Mittel zur Schlichtung und Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den Völkern geworden. Fern sei es von mir, die Initiative des Roten Kreuzes herabzusetzen. Ich schätze sehr wohl ihre hohe moralische Bedeutung und bin überzeugt, daß das Rote Kreuz selbst — obgleich es voraus wissen wird, daß sein Vorgehen in letzter Stunde ebenso aussichtslos und unwirksam bleiben wird, wie nach der Schlacht bei Crécy im Jahre 1346 der Protest der französischen Ritter gegen die Kanonen der Engländer — es deswegen unternommen hat, um einen moralischen Eindruck hervorzurufen. Ich meine aber nützlicher und wirksamer, auch in moralischer Beziehung, wäre es gewesen, ja könnte es noch sein, wenn das Internationale Rote Kreuz sich zum Dolmetsch der Gefühle der überwiegenden Mehrheit in allen Völkern gemacht hätte oder machen würde, und gegen die Fortsetzung des Krieges, also auch gegen die bevorstehende Offensive seine Stimme erhoben hätte oder erheben würde, wenn es die verantwortlichen Leiter aller kriegführenden Nationen an die furchtbare Verantwortung erinnert hätte, und zwar eindringlich und energisch, die diese Männer auf sich nehmen, wenn sie dieses Riesenblutbad vor sich gehen lassen und mit gekreuzten Armen zusehen, wie Hunderttausende von kräftigen Männern, wie die letzten Reserven der Jugend Europas in einen qualvollen Tod gehen, nur weil die Verantwortlichen es nicht über sich bringen können oder nicht fähig dazu sind, endlich einmal den Weg zu einer Aussprache und Verständigung zu finden. Eine solche Verständigung wäre morgen zu erzielen, wenn statt der alten Minister und Generäle, die meist schon, ihrem Alter nach, mit einem Fuße im Grabe stehen, die jungen Leute aller Nationen selbst

mitzureden und mitzuentscheiden hätten, die, sei es draußen im Schützengraben stehen, dem Kugelregen und den Giftgaswellen ausgesetzt, teils hinter der Front im Schweiß ihres Angesichts, vielleicht mit Zähneknirschen und stumm, die Mordwerkzeuge schaffen, die den großen Kanonen- und Bombenmagnaten und Aktiengesellschaften den Milliardensegen in den Schoß schütten, und zugleich dazu dienen, ihre Brüder umzubringen, die sie, entweder der Suggestion folgend oder auf Befehl, hassen müssen, weil sie auf der Landkarte durch einen imaginären bunten Strich von ihnen getrennt sind. Das wäre ein wirklich verdienstliches Werk des Roten Kreuzes und, wer weiß, es hätte vielleicht doch die Gewissen dieser Männer geweckt; und wenn nicht, dann hätte es sicher ein gewaltiges Echo bei der ganzen zivilisierten Menschheit gefunden und diejenigen gestützt und gekräftigt, die schon vordem mutig und unerschrocken den Kampf gegen den alles verschlingenden Kriegsmoloch und seine Priester geführt haben, ohne Rücksicht auf die Schmähungen und Drohungen derer, die, sei es wissentlich, des schnöden Gewinnes halber, sei es aus borniertem Fanatismus oder falsch verstandenem Patriotismus sich in den Dienst dieses scheußlichen, unersättlichen Ungeheuers gestellt haben. Es hätte dazu beigetragen, den Sieg dieser Kämpfer für die gute Sache, den einzigen Sieg, der wert ist, errungen zu werden, zu beschleunigen, den Sieg, der kommen wird und kommen muß, wenn anders nicht die Menschheit zum Untergang oder zum Versinken in die vorgeschichtliche Barbarei verurteilt ist.

Noch ist es Zeit, aber nicht mehr lange. Vielleicht erweitert das Rote Kreuz seinen Protest in dieser Richtung. Vielleicht gibt es dem Präsidenten Wilson den Anlaß, auf den Vorschlag des Grafen Czernin in seiner letzten Delegationsrede entgegenkommend zu antworten; vielleicht wird Lord Lansdowne, der erst neulich so mutige, vernünftige und wahre Worte über die Aussichtslosigkeit und die Folgen einer weitern Fortsetzung des Krieges für alle Kriegführenden gesagt hat, sich dadurch veranlaßt sehen, sich mit Herrn Wilson zu vereinigen und noch einmal seinen ganzen Einfluß auf das englische Volk und dessen Leiter, vor allem auf die regierenden Männer seiner Alliierten, einzusetzen, um dem Gedanken einer Verständigung, im Gegensatz zu einem Suchen der Entscheidung durch die Waffen, zum Siege zu verhelfen. Gelänge ihm das, dann würde es auch im deutschen Volke endlich die schon unter der Oberfläche glühende Bewegung für einen vernünftigen Frieden so

machtvoll auslösen, daß sie das Zögern der Regierung, die Ängstlichkeit des Reichstages mit einem Schlage beseitigen und den bisher so hartnäckigen Widerstand der Baalspriester aller Sorten mit unwiderstehlicher Gewalt hinwegschwemmen würde.

Solange die Massen, die sich auf beiden Seiten der Westfront gegenüberstehen, noch nicht das Zeichen zum Angriff erhalten haben, ist immer noch ein Fünkchen von Hoffnung, daß die Vernunft siegt. Wer weiß, vielleicht gelingt es dem Roten Kreuz, an diesem Funken das Licht zu entzünden, das die verantwortlichen Leiter erleuchten und zur Besinnung bringen kann. Gelänge das, die Mütter von vier Erdteilen würden ihm heißen Dank weihen und es würde sich ein Denkmal setzen, dauernder als Erz.

(Neue Zürcher Zeitung Nr. 205. I. vom 11. Febr. 1918.)

Nachwort.

Im Begriff, vorstehende Sammlung von Aufsätzen in die Öffentlichkeit hinausgehen zu lassen, nachdem sich ihre Drucklegung infolge von verschiedenen aus den Zeitverhältnissen entspringenden Umständen verzögert hatte, legte ich mir die Frage vor, ob ich nicht vielleicht besser täte, sie ganz beiseite zu legen und auf den Abdruck zu verzichten. Denn die Gedanken, die zur Zeit, als diese Artikel zum erstenmal erschienen, nur von ganz vereinzelten meiner Landsleute im stillen geteilt, von einigen wenigen ausgesprochen, von den meisten mißbilligt und getadelt worden waren, müssen doch heute, so sagte ich mir, Gemeingut des ganzen Volkes geworden sein. Warum also sie wiederholen? Wenn ich mich trotzdem entschlossen habe, den Druck vornehmen zu lassen, so hat mich dazu folgendes bewogen. Bei der Lektüre der deutschen Zeitungen und aus allen Nachrichten, die aus der Heimat ins neutrale Ausland kommen, wurde mir in der letzten Zeit zu meinem Erstaunen immer deutlicher, daß der äußerliche Umsturz in Deutschland zwar ein ungeheurer ist, der i n n e r e aber dem nicht entsprochen hat. Jahrhunderte alte Dynastien sind ohne Sang und Klang von der Bühne verschwunden, mehr wie zwei Dutzend Monarchen, vom Kaiser angefangen bis zu den Souveränen der kleinsten Bundesstaaten, sind von ihrem Throne gestürzt und aus ihren Residenzen vertrieben, ehrwürdige Institutionen wie von einem Orkan hinweggefegt worden, ein ganzes System ist an einem Tage und in einer Nacht zusammengebrochen, aber der geistige, der s e e l i s c h e Umschwung des deutschen Volkes hat nicht damit Schritt gehalten. Das wird von Tag zu Tag deutlicher. Das kann man aus den Äußerungen der Presse entnehmen, aus den Reden der neuen Regierungsmänner wie der Parteiführer, am deutlichsten aus dem Ausfall der Wahlen zur Nationalversammlung und den in ihr gehaltenen Reden, nicht zuletzt in der Haltung einzelner Vertreter der deutschen Sozialdemokratie bei der Berner Sozialisten-

konferenz. Immer mehr drängt sich die Beobachtung auf, daß selbst die furchtbare Katastrophe, die über das deutsche Volk so plötzlich hereingebrochen ist, noch immer den dichten Schleier, den man ihm um die Augen gebunden hatte, um ihm den Anblick der Wahrheit zu verhüllen, nicht vollständig zu zerreißen vermocht hat, und daß man sich infolgedessen in Deutschland noch immer keine klare Rechenschaft über die Lage und über die Folgen dieser Katastrophe und des ganzen Krieges gibt. Immer wieder kann man Stimmen aus Deutschland hören, welche die Schuld an dem Zusammenbruch ganz wo anders suchen, als da, wo sie wirklich liegt, und welche sich nicht scheuen, die Verantwortung für den Zusammenbruch den sogenannten „Pazifisten" zuzuschieben, d. h. denjenigen, die weiter sahen als die blinden Chauvinisten und Annexionisten, und die ihre warnende Stimme erhoben und zu einer vernünftigen Verständigung rieten, als es noch Zeit gewesen wäre und noch ein Fünkchen von Hoffnung und Aussicht dafür vorhanden war, die aber dafür von den aus den Taschen der Kriegshetzer gefütterten Reptilen und solchen, die nicht selbständig zu urteilen vermochten, des Hoch- und Landesverrates geziehen und beschimpft wurden. „Diese sind es", so hieß es damals und so reden noch heute viele meiner Landsleute, „die unseren tapferen Feldgrauen in den Rücken gefallen, ihre Zuversicht erschüttert und vor allem den Mut und die Ausdauer der inneren Front untergraben haben." Wenn solche Behauptungen während der Kriegsjahre in der deutschen, fast ausschließlich im Dienste der Kriegshetzer stehenden und im übrigen geknebelten Presse, ohne Widerspruch zu finden, aufgestellt werden konnten, so läßt sich das aus der Gewaltherrschaft der Zensur erklären. Wenn sie aber auch heute noch, nach dem großen Umsturz des bisherigen Systems, nach dem Zusammenbruch der Diktatur Ludendorffs immer wiederholt werden, dann zeigt das doch, daß auch die Revolution noch lange nicht genügend für Aufklärung gesorgt hat und daß die Verwirrung der Geister noch ebenso groß, die Kenntnis der wahren Vorgänge beim Ausbruch und während des Krieges noch ebenso gering in Deutschland ist, wie vor der Revolution. Deshalb ist alles nützlich, was dieser Aufklärung dienen kann. Man hat dem Leiter der bayerischen Regierung, Eisner, den Vorwurf gemacht, er habe mit seiner Veröffentlichung geheimer Aktenstücke über die Vorgänge kurz vor der deutschen Kriegserklärung nur den Gegnern Waffen gegen uns geliefert. Dieser Vorwurf ist meiner Meinung nach vollkommen ungerechtfertigt. Im Gegenteil, er hat seinem

Lande dadurch einen guten Dienst geleistet. Je mehr wir Deutsche aus eigenem Entschluß zur Aufklärung der Wahrheit beitragen, je mehr Aussicht haben wir, die Achtung der Welt, die wir, darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben, gründlich verloren haben, wiederzugewinnen. Ohne die Achtung, ohne die Sympathie der übrigen zivilisierten Völker der Erde kann ein großes Volk wie das deutsche auf die Länge nicht leben. Wiedergewinnen kann es sie aber nicht, indem es einfach hingeht und seinen bisherigen Gegnern die Hand zur Versöhnung hinhält, nachdem es fast 5 Jahre nicht nur in dem blutigsten, mörderischsten, entsetzlichsten Kampf mit ihnen gerungen, sondern durch die Art seiner Kriegführung und die von seiner Heeresleitung angewendeten Mittel und Methoden weit über das Notwendige hinaus einen Haß erzeugt hat, wie ihn die Weltgeschichte nicht kennt. So billig ist die Versöhnung nicht, das wurde dem Vertreter der deutschen Mehrheitssozialisten Wels bei der Konferenz in Bern sehr deutlich gesagt. Aber es gibt einen Weg, der zu ihr führt; und welcher das ist, das war aus den in Bern von den Vertretern unserer bisherigen Gegner gesprochenen Worten deutlich zu vernehmen. Gerade hier in dieser Versammlung, wo wirklich die Stimmen der Völker aus ihren tiefsten Schichten heraus zu hören waren, und nicht nur die der Diplomaten und Minister, die auch in demokratisch regierten Staaten sich nicht immer mit der Stimmung der Völker decken, war für den Deutschen zu erkennen, welchen hohen Berg er noch zu erklimmen hat, wenn er aus dem Abgrund des Mißtrauens herauskommen will, in den ihn der verbrecherische Leichtsinn seiner Lenker gestürzt hat. Deshalb braucht noch nicht jeder Deutsche als Büßer im härenen Gewande zu erscheinen, das verlangt kein vernünftiger Mensch unter seinen Gegnern, und die Unvernünftigen braucht er nicht zu beachten, aber was er unumgänglich braucht, wenn er die ihm so notwendige Sympathie und Achtung der Welt wiedergewinnen will, das ist vor allem, daß er, daß das ganze deutsche Volk einen deutlichen Trennungsstrich zwischen sich und dem früheren System zieht und daß die ganze Welt erkennt, daß es die Taten dieses Systems während des Krieges, da, wo sie der Moral und dem Rechte ins Gesicht schlagen, verurteilt, und von jedem Versuch, diese zu entschuldigen oder zu beschönigen, wie das heute noch vielfach geschieht, absteht. Gewiß — ich höre schon den Einwand — manches bei der Entrüstung der Gegner über deutsche Untaten mag Pharisäertum oder Heuchelei gewesen sein, Aber sind sie damit etwa aus der Welt geschafft? Oder können

sie darin eine Berechtigung begründen? Was unrecht ist, bleibt unrecht, ob es von einem einzelnen oder von einer Kollektivität begangen ist; und es wird darum nicht weniger unrecht, wenn diejenigen, die sich darüber entrüsten, vielleicht nicht alle aufrichtig sind. Darum ist es so wichtig, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit die ganze objektive Wahrheit über die Tatsachen des Kriegsausbruchs und der deutschen Kriegführung, die ihm so lange durch den eisernen Vorhang der Zensur verhüllt waren, erfährt. Erst dann wird es verstehen, wie es sich seinem Gegner gegenüber zu verhalten hat, wenn es wieder in ein Verhältnis zu ihnen gelangen will, das ihm die Möglichkeit eines internationalen Lebens gibt. Wie kann zum Beispiel ein Deutscher begreifen, daß die Proteste seiner nun doch demokratischen und nicht mehr autokratischen Regierung, also einer Regierung, wie sie immer von seinem Gegner als die unerläßliche Bedingung zu einer Wiederherstellung des Friedens bezeichnet worden war, so wenig Eindruck auf diese Gegner macht, wenn er die Vorgänge in Belgien, in Polen, in Rumänien, in Frankreich nicht kennt, wenn er nicht weiß, welche Maßregeln die deutsche Heeresleitung in diesen Ländern getroffen hat, wenn er nicht weiß, daß viele von den jetzt von den Führern der fremden Okkupationstruppen in Deutschland getroffenen Maßnahmen nichts anderes als die wörtliche Abschrift der von deutschen Militärkommandanten in Belgien, Serbien, Rumänien, Frankreich usw. erlassenen Verordnungen sind? Wie sollen die Proteste gegen die mit Recht Empörung hervorrufenden Deportationen deutscher Kriegsgefangener zum Zwecke von Fronarbeiten in den wiederherzustellenden Provinzen Eindruck machen, wenn die Gegner kein Wort der Verurteilung derselben Maßnahmen hörten, als sie von der deutschen Heeresleitung gegen Belgier, Franzosen, Russen, Polen, Serben usw. ergriffen wurden? Erst wenn das deutsche Volk einen dicken Strich zwischen sich und den Urhebern dieser Scheußlichkeiten gezogen, wenn es deutlich zu erkennen gegeben haben wird, daß es ein für allemal nichts mehr mit ihnen zu tun haben will, hat es ein Recht, seinerseits zu protestieren, und nur dann wird sein Protest ein Echo in den gegnerischen und neutralen Ländern finden.

„Die Schuldfrage soll man ruhen lassen, alle, mit Ausnahme Belgiens, sind schuld am Kriege, nicht auf die Vergangenheit, auf die Zukunft kommt es heute an", so kann man jeden Tag in Deutschland hören. Gewiß, wir wollen in die Zukunft schauen, denn es steht eine Riesenarbeit vor uns, bei der wir alle Hand anlegen

müssen, um uns ein neues Haus zu bauen, nachdem das alte eingestürzt ist, weil seine Grundfesten morsch geworden waren. Aber an diesen Bau müssen wir herangehen mit einem *reinen* Gewissen, mit *reinen Händen*, nur das kann uns den Mut und die Kraft zu einer solchen Arbeit geben. Nur dann kann das Gebäude, das wir errichten wollen, ein dauerhaftes sein, wenn wir es mit einem *neuen Geiste* erfüllen, und nur dann werden unsere Nachbarn uns die Achtung und das Vertrauen nicht mehr versagen, die sie uns jetzt noch nicht entgegenbringen, auch wenn wir ihnen noch so schöne Versicherungen geben würden. Aber um dieses neuen Geistes teilhaftig zu werden, ist es nötig, das kann man nicht oft genug wiederholen, daß wir den *Mut zur Wahrheit* aufbringen. Man hat bei uns gesagt, daß wir unsere Archive nur unter der Bedingung öffnen sollen, daß auch alle anderen Regierungen dasselbe tun. Das wäre meines Erachtens nicht der richtige Weg. Was die anderen bei sich zu Hause tun, das wollen wir ihnen überlassen. Sorgen wir vor allem einmal dafür, daß wir uns selbst von jeder Gemeinschaft mit *unseren* Schuldigen reinigen, überlassen wir es den Gegnern, mit *ihren eigenen* abzurechnen, denn auch sie haben die ihrigen.

Wollen wir, daß die deutsche Seele gesunde, die zur gegenwärtigen Stunde schwer krank ist, dann können wir dies nur erreichen durch eine rücksichtslose Wahrheitskur. Die Genesung wird nicht von einem Tag zum andern kommen, sie wird Jahre, vielleicht Jahrzehnte benötigen, denn die Erkrankung ist schwer. Nicht allein äußerliche Wiederherstellung der staatlichen Ordnung in Deutschland ist notwendig; diese ließe sich vielleicht auch mit Gewalt herstellen. Das wäre aber nur eine Scheingenesung. Die Krankheit muß an ihrer Wurzel gefaßt werden. Das deutsche Volk war durch ein fünfzig Jahre dauerndes Regime der Bevormundung, des Selbstdenkens und der Selbstverantwortung entwöhnt und gelehrt worden, — nicht nur seine Regierung, sondern auch die sozialdemokratische Partei trägt daran einen großen Teil der Schuld, — sein ganzes Sinnen und Streben nur auf den materiellen Aufschwung zu richten. Fünf Jahre hindurch hat es dann nicht nur die unsagbaren Leiden und das Elend dieses Krieges erduldet, getragen von utopischen Hoffnungen, die man ihm vorgegaukelt hatte, um die Blutopfer von ihm zu erlangen, die man sonst nicht von ihm erlangt hätte. Die schon *vor* dem Krieg durch die über alle Maßen zunehmende Materialisierung seiner Interessen begonnene Demoralisation hatte im Verlaufe des Krieges in weiten Schichten noch in erschreckendem

Umfange zugenommen — man denke nur an das Kriegsgewinner- und Schiebertum, an den Schleichhandel und alles, was damit zusammenhängt. Nun sieht es sich plötzlich in allen seinen Erwartungen getäuscht und betrogen und von seinen Führern schmählich im Stich gelassen. Wie sollte es da nicht wie vor den Kopf geschlagen sein? Das ist die Erklärung, wie mir scheint, warum wir heute überall in Deutschland noch so wenig von einem neuen Geiste spüren, warum wir vor einem so trostlosen Chaos stehen. Nur durch einen rückhaltlosen Bruch mit der Vergangenheit, durch die Erkenntnis seiner Schuld und seines Irrtums, nicht durch leere Proteste kann das deutsche Volk Eindruck auf die Männer machen, die unter Wilsons Führung in Paris an der Wiederaufrichtung Europas arbeiten. Denn haben sich erst einmal die Völker wiedergefunden, dann wird es keinem Staatsmann, keiner Regierung mehr möglich sein, die Arbeiter der verschiedenen Nationen gegeneinander in einen Krieg zu hetzen, um sich zu zerfleischen für Interessen, die nicht die ihrigen sind. Zu seinem schmerzlichen Erstaunen begegnet das deutsche Volk noch immer dem Mißtrauen und der feindlichen Gesinnung bei seinen bisherigen Gegnern, trotzdem es durch die Revolution alle Bedingungen erfüllt zu haben glaubte, die ihm dieselben für eine Wiederaufnahme in die Gemeinschaft der zivilisierten Welt gestellt hatten. Dieses Mißtrauen kommt, das hat der Engländer Norman Angell neulich sehr richtig ausgeführt, besonders von der Furcht her. Diese Furcht heißt es beseitigen, durch eine vollkommene Abkehr von jeder Zweideutigkeit in der Politik, und durch eine gründliche Abwendung von der Machtpolitik, indem sich Deutschland kühn an die Spitze bei der Abrüstung stellt. Nur so kann es das Vertrauen der ganzen Welt und schneller und sicherer die notwendigen Bedingungen seines Lebens und seiner Bewegungsfreiheit wiedergewinnen, als wenn es versuchen wollte, zu den alten Methoden der Gewalt zurückzukehren. Heute sind diese es, die zur wahren Utopie geworden sind und nicht mehr die pazifistischen Methoden. Wollte heute, nach seinem Zusammenbruch, das deutsche Volk wiederum zu ihnen zurückkehren und sein Heil in dem Wiederaufbau seines zertrümmerten Militarismus suchen, so würde es Jahrzehnte dazu brauchen, und dennoch wäre es ein vergebliches Beginnen. So schwer es einem großen Teil des deutschen Volkes zu werden scheint, und das ist erklärlich, sich von der Vergangenheit loszumachen und sich dessen bewußt zu werden, daß dieser Weg

ihm für immer — es sollte sagen Gott sei Dank — versperrt ist, — wenn es überhaupt wieder aus dem Elend von heute herauskommen und sich erheben will, muß es sich darüber klar werden, daß es nur eine Möglichkeit dafür gibt, und die ist, wenn sich das ganze Volk mutig auf den ihm von Wilson gewiesenen Weg begibt, wenn es als erstes von allen Völkern sein Vertrauen in die Kraft seines guten Rechts setzt und nicht mehr seine Garantien in den Mitteln der Gewalt sucht. Seine ganze geographische Lage und seine ganze historische Tradition, von der es erst durch Bismarck und dessen „Blut- und Eisenpolitik" abgebracht worden ist, weisen das deutsche Volk darauf hin, seine Sicherheit im Recht und nicht in der Gewalt zu suchen. Zur Zeit des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation war die Menschheit vielleicht noch nicht so weit entwickelt, daß es auf diese Sicherheit sich unumstößlich verlassen konnte. Heute aber liegen die Dinge anders. Diejenige Nation, die sich resolut auf diesen reinen Weg begibt, die sich unerschrocken dem Schutz des Rechtes und nicht der militärischen Gewalt anvertraut, wird einmal, wenn nicht alle Zeichen trügen, nicht nur allen anderen Nationen ein Vorbild, sondern auch ein von ihnen nachgeahmtes Vorbild werden. Denn der Ekel und Abscheu vor den Methoden der Gewalt, wie sie in diesem Kriege zur Anwendung gekommen sind, der Jammer und das Elend, das sie im Gefolge gehabt haben, sind in der ganzen Welt zu groß, als daß es denkbar wäre, daß es noch eine der großen zivilisierten Nationen geben könnte, die nicht mit Freuden dem Beispiel folgen sollte, und gar wenn es vom deutschen Volke ausgeht, in dem sich bisher die unheilvolle Macht, die man unter dem Namen „Militarismus" zusammenfaßte, verkörpert hat. Ja, die Völker haben überhaupt keine andere Wahl; denn folgen sie diesem Beispiel nicht, bleiben sie bei dem bisherigen Rüstungswahnsinn und zwingen sie auch das deutsche Volk wieder, zu ihm zurückzukehren, dann ist das Schicksal der europäischen Zivilisation besiegelt; dann haben sie sich selbst ihr Todesurteil geschrieben. Denn bei der Entwicklung, welche die Wissenschaft der Zerstörungstechnik genommen hat und, wie man mit Sicherheit voraussehen kann, noch nehmen wird, würde der nächste große Krieg nach dem Urteil aller sachverständigen Menschen das Ende, den Untergang der europäischen Zivilisation bedeuten. Wenn man überhaupt nicht ganz an der Vernunft der Menschheit verzweifeln will, sollte man doch denken, daß sie aus den entsetzlichen Er-

fahrungen dieser fünf letzten Jahre etwas gelernt hat. Ich wenigstens habe auch heute noch die feste Überzeugung, daß, selbst wenn einzelne unter den leitenden Staatsmännern, wie sich leider bei der Konferenz in Paris gezeigt hat, sich noch immer nicht von den alten Methoden loszusagen vermögen sollten, die große Mehrheit der Arbeiter aller Völker sie dazu zwingen wird. Auf deren Unterstützung kann das deutsche Volk rechnen, und die ist heute wichtiger als die der Staatsmänner und Diplomaten. Dann braucht sich die deutsche Nation keine eines freien Volkes unwürdige Zumutung gefallen lassen, denn dann wird sie darauf rechnen können, allmählich wieder den Rang im Rate der Völker einzunehmen, der einem so großen und im Grunde so tüchtigen Volke zukommt, nur dann wird man ihm Glauben schenken, wenn es mit dem französischen Philosophen sagt: „Je suis concitoyen de tout homme qui pense, la vérité c'est mon pays" und sich damit zu einer übernationalen Menschlichkeit bekennt. Nur dann werden die unsagbaren Opfer, die alle Völker in diesem Kriege gebracht haben, nicht umsonst gewesen sein.

Zürich, Februar 1919.

Zu den Artikeln des Prinzen Hohenlohe.

Von Prof. Fr. W. Foerster.

Die Artikel des Prinzen Hohenlohe über die Rede des Reichskanzlers haben eine Reihe von Gegenartikeln in verschiedenen schweizerischen Blättern hervorgerufen, aus denen deutlich die große Erregung spricht, die durch jene Artikel in manchen reichsdeutschen Kreisen geweckt worden ist. Man kann nicht gerade sagen, daß in den betreffenden Entgegnungen die besten Traditionen des deutschen Geistes zu Worte gekommen sind. Gegenüber all dem Großen und Guten, das der deutsche Geist der Weltkultur gegeben hat, muß es höchst peinlich wirken, wenn so viele Deutsche für die weltpolitische Haltung ihres Volkes inmitten einer weltgeschichtlichen Krisis sondergleichen immer nur die kleinlichen Manöverchen, Schlaubergereien und Versteckspielereien des niederen Geschäftslebens zu empfehlen wissen — also lauter Dinge, die dem Deutschen gar nicht anstehen, gar nicht zu seinem Charakter, seiner Geschichte, seiner Weltaufgabe passen, und daher auch alles andere eher als den Namen einer „nationalen" Politik verdienen. Daß der aufgeklärte Vertreter einer der ältesten deutschen Adelsfamilien, wenn er sich über die Forderung der Stunde ausließ, in einem ganz andern Geiste reden, d. h. eben an die große und adelige Überlieferung deutscher Ehrlichkeit, Offenheit, Ritterlichkeit anknüpfen mußte, das war doch selbstverständlich, und es wäre wahrlich besser, man dächte in der Stille einmal gründlich über seine Gedanken nach, als daß man allzu voreilig ihm gegenüber das bedrohte Vaterland zu retten suchte. Zu solchem Nachdenken ist ja doch wohl um so mehr Anlaß, als ja heute auch in Deutschland von allen Seiten zugestanden wird, daß unser Mangel an richtigem Verständnis für die ausländische Psyche die Ursache gewesen ist für viele verhängnisvolle Illusionen, Mißgriffe und Unterlassungen vor dem Kriege und während des Krieges. Ein Mann, wie der Prinz Hohenlohe, der während seines ganzen Lebens zahlreiche enge Beziehungen mit den leitenden Kreisen des Auslandes unterhalten hat, muß daher doch wohl sehr ernst angehört werden, wenn er gewisse Maßnahmen oder Unterlassungen der deutschen Politik daraufhin betrachtet, wie sie wohl auf die Stimmung des Auslandes wirken werden und wirken müssen. Was einzelne Kritiker dagegen vorgebracht haben, das kann doch wohl nur auf denjenigen Leser Eindruck machen, der nicht den Kernpunkt der gegenwärtigen Konfliktslage im Auge hat. Dieser Kernpunkt liegt doch darin, daß das oberste Kriegsziel der in der Entente vereinigten Völker in dem absoluten Aufhören des Wettrüstens nach dem Kriege und in der Herstellung einer internationalen Friedensordnung besteht und daß daher die Entente so lange zu kämpfen entschlossen ist, bis sie von Deutschland

auf irgendeine Weise eine zuverlässige Garantie für die Verwirklichung dieser ihrer Ziele errungen haben wird, sei es durch eine militärische Niederlage Deutschlands, die das Prestige der Militaristen zerstört, oder durch seine wirtschaftliche Aushungerung, oder durch eine innerpolitische Umwandlung, die ein- für allemal der politischen Vorherrschaft derjenigen Klassen und Kasten ein Ende macht, denen die Entente eine unheilbare Vorliebe für die rein militärische Behandlung der internationalen Interessenfragen zuschreibt. Alle übrigen Forderungen der Entente, wie übertrieben und wie wenig staatsmännisch sie in der bekannten Note auch formuliert gewesen sein mögen, hängen aufs engste mit diesem internationalen Programm zusammen: sie wollen den Anlaß zu künftigen Konflikten aus dem Wege schaffen, indem sie jedem Volke, sei es auch noch so klein, das Recht zusprechen, sich selber das größere Staatsganze zu wählen, an das es sich anschließen will. Mag man nun die abstrakte und schematische Anwendung dieses Prinzips noch so sehr kritisieren, mag man noch so scharf die auffallenden Widersprüche hervorheben, die in der bekannten Ententenote zwischen diesem Prinzip und den Annexionsplänen des zaristischen Rußlands klafften — so muß man doch das eine unbedingt vor Augen behalten: Wer den Grundgedanken jenes internationalen Rechtsprogramms verstanden und wer bemerkt hat, mit welcher Leidenschaft sich die Ententevölker dieser Idee bemächtigt haben, wie tief gerade auch das neue Rußland davon ergriffen ist — der wird wissen: Die Sache des Weltfriedens hängt jetzt entscheidend davon ab, daß eine überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes sich prinzipiell und unzweideutig gegen alle Annexionen ausspricht und eben dadurch sein aufrichtiges Eingehen auf die Idee einer neuen Völkerordnung und seinen Abscheu vor jeder Fortsetzung des alten Rüstungs-Elendes dokumentiert. Auf diesen Kernpunkt der ganzen Sachlage mit größtem Nachdruck hingewiesen zu haben, ist das große Verdienst des Prinzen Hohenlohe, und ich gestehe, daß mir demgegenüber der Hinweis auf die „Trümpfe", die nicht aus der Hand gegeben werden dürften, als eine recht undeutsche Alberich-Politik erscheint, die in stärkstem Kontrast zu dem Gebot einer großen Weltstunde steht. Der größte Trumpf, den wir jetzt mitbringen können, ist der, daß wir keine „Trümpfe" ausspielen wollen, sondern uns mit rückhaltloser Offenheit aus unserer eigenen besten Tradition heraus zu einem neuen Europa bekennen und alle Konsequenzen daraus ziehen, d. h. also eine Annexion widerstrebender Volksteile gar nicht mehr in Erwägung ziehen; mit solcher Gesinnung allein werden wir das bessere Europa für unsere berechtigten Ansprüche gewinnen und die Trümpfe der schlechteren Elemente wirksamer annullieren, als durch alle schlauen Vorbehalte. So lange bei uns noch so einflußreiche Kreise nach dem Besitz der flandrischen Küste schreien und dadurch verraten, daß sie kein neues Europa wollen, sondern nur an die eisernen Garantien glauben — so lange werden die Entente-Völker weiterkämpfen, und ein Friedenskongreß, zu dem man „Trümpfe mitbringt", wird überhaupt nicht stattfinden; wer das noch nicht gemerkt hat, der steckt in den verhängnisvollsten Illusionen, auch wenn er noch so realpolitisch redet; der kommende Friede wird nicht erschachert und ertrumpft werden, nein, er ist das gewaltigste moralische Problem, das der Menschheit bisher gestellt wurde, und eben jene unumgängliche moralische Voraussetzung des Friedensschlusses ist so in die Augen brennend, daß im Auslande selbst weite Kreise der materiell Gesinnten erkennen, daß alle künftige wirtschaftliche Sicherheit und Prosperität von der Erfüllung jener moralischen Bedingung, d. h. von dem endlichen

unzweideutigen Durchbruch einer neuen Gesinnung abhängt: darum will z. B. gerade das französische Volk lieber im Kampfe für jene neuen internationalen Rechtsideen untergehen, als wieder in die Hölle des alten Europas zurückkehren. Wer dieses psychologische Moment nicht entscheidend berücksichtigt, der rechnet falsch, auch wenn er alle Schacherkünste der Welt auf das Friedensproblem anwendet. Und darum eben sind die Kreise, die heute noch bei uns laut oder verschämt nach der flandrischen Küste rufen, die schlimmsten Feinde des Friedensschlusses und der künftigen deutschen Weltgeltung; denn sie bestärken das Ausland immer aufs neue in der Furcht, das deutsche Volk werde sich nicht davon abbringen lassen, seine stärkste Sicherheit auch weiterhin nur in der Fortdauer der europäischen Anarchie, d. h. des internationalen Wettrüstens zu sehen, statt endlich die Gesamtgarantie einer geeinigten Kulturwelt allen jenen fragwürdigen Sicherungen vorzuziehen. Und zwar schüren sie dieses Mißtrauen erstens, indem sie überhaupt die materielle Machtgarantie ganz einseitig in den Vordergrund rücken, ohne daran zu denken, daß dies allein schon eine Absage an eine neue Form des Völkerzusammenlebens ist und die andern natürlich sofort zu Gegengarantien treibt, die wir dann wieder übertrumpfen müßten, zweitens, indem sie ein Volk zu vergewaltigen drohen, das in seiner erdrückenden Mehrheit nichts von solcher Einverleibung wissen will, drittens, indem sie gerade dem schon so schwer getroffenen belgischen Volke ein neues Unrecht zufügen wollen, statt sich endlich mit der übrigen Kulturwelt moralisch auszusöhnen, dadurch, daß sie, gemäß dem mutigen Bekenntnis des Kanzlers bei Kriegsbeginn, das ursprüngliche Unrecht, das durch keines der aufgefundenen Dokumente wirklich gerechtfertigt worden ist *, in großem Sinne wieder gutzumachen trachten.

Abgesehen aber auch von dem hier hervorgehobenen Hauptgrunde, der sich mehr auf die tieferen Wechselwirkungen zwischen den Völkerseelen bezieht, haben doch auch die stärksten Gründe unmittelbarer politischer Klugheit dafür gesprochen, der Friedensstimmung der russischen Seele umsichtig entgegenzukommen, d. h. eben nicht im Sinne einer einseitigen deutsch-russischen Entente, sondern mit einem klaren europäischen Programm, das eine für Rußlands innere Entwicklung unentbehrliche, wirklich dauerhafte Beruhigung des europäischen Völkerlebens verbürgt hätte. Daß dies nicht geschehen ist, dem verdankt die deutsche Politik die neueste kriegsfreundliche Entwicklung des Ostens. Dafür liegen gewichtige Zeugnisse vor.

Es ist doch übrigens auch ganz unerfindlich, welchen Schaden es denn Deutschland hätte bringen sollen, wenn ein wirklich konkreter und unzweideutiger Versuch in der bezeichneten Richtung gemacht worden wäre. Selbst auf einer Friedenskonferenz würde es ja doch den deutschen Vertretern in jedem Augenblick frei stehen, heimzureisen, wenn der ehrliche Verzicht, den sie im Interesse eines Dauerfriedens aussprächen, und ein ehrliches Angebot der Wiederherstellung, das sie überbrächten, nicht die entsprechende Würdigung und Beantwortung fände. Es ist jedenfalls ein ganz verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, daß ein wirklich erlösendes, europäisches Wort von deutscher Seite die Kriegsenergie der Gegner verdoppeln werde, und daß Deutschland, je mehr es fordere, desto mehr imponieren werde, je radikaler es hingegen verzichte, desto mehr den Eindruck her-

* Denn alle die betreffenden Abreden bezogen sich nur auf den Fall einer deutschen Invasion!

vorbringen werde, daß es am Ende seiner Kräfte sei. Das eben sind jene ängstlichen Schlaubergereien, die der Größe der Aufgabe, die jetzt den Völkern gestellt ist, absolut nicht gewachsen sind. Dieser Glaube an die Schlaubergerei scheint tatsächlich dahin zu führen, daß auch deutsche Nichtannexionisten sich heimlich über die alldeutschen Programme freuen, weil sie denken, solche Großmäuligkeit müsse doch die Feinde kleinmäulig machen! Und dies nennt man doch noch „politisches" Denken! Nein, es ist eine grundfalsche, kurzsichtige Rechnung — politisch im höheren Sinne denkt und handelt man jetzt nur, wenn man sich nicht länger isoliert von dem leidenschaftlichen Streben der ganzen Kulturwelt nach einer neuen sittlichen Basis des Völkerlebens, diesem Streben nicht länger das alte Eisen der bisherigen nationalen Trutz- und Drohmittel entgegenwirft, und um des Erzbeckens von Briey oder der flandrischen Küste willen die Möglichkeit eines alle europäischen Kräfte befreienden und sichernden Friedensbundes der Völker preisgibt. Was hilft es, immer noch geheimnisvolle Trümpfe in der Tasche zu behalten, wenn es eben diese Haltung ist, die es den andern überhaupt verleidet, mit solchem Geisteszustand zu verhandeln und daran zu glauben, daß auf solchem Grunde ein dauerhafter Friede errichtet werden könne?

Viele Kritiker sind sehr schnell fertig mit dem Urteil, daß solche Artikel, wie die des Prinzen Hohenlohe, der deutschen Sache schweren Schaden bringen müßten. Man kann mit solchen Gutachten gar nicht vorsichtig genug sein. Ein Aufsatz kann von hoher, ja entscheidender weckender Wirkung auf das eigene Volk sein, obwohl er die Zustimmung der Gegner findet. Der „Temps" schrieb: „Wie gut für uns, daß die Deutschen auf ihre Propheten nicht hören!" Gibt das nicht zu denken? Wer während des Krieges wirklich aufmerksam die Zeitungen und Zeitschriften des deutschfeindlichen Auslandes studiert hat, der muß wissen, daß für das Ansehen des deutschen Namens im Ausland jetzt gar nichts wichtiger ist, als daß eine dem Alldeutschtum diametral entgegengesetzte weltpolitische Anschauung in möglichst vielen Stimmen deutlich zu Worte kommt. In Deutschland kann diese Anschauung wegen der militärischen Zensur nur verstümmelt zu Worte kommen — was bleibt daher den des Stimmrechts Beraubten übrig, als in der neutralen Presse zu reden. Und sind solche unabhängige Mahnungen und Kritiken nicht auch von hoher Bedeutung für die Klärung der öffentlichen Meinung in Deutschland? So wie die Armee sich von Fliegern aufklären läßt, die weit hinter die feindlichen Linien fliegen und dort sehen, was die in der Ebene Kämpfenden nicht sehen können, so sollten auch die weltpolitisch maßgebenden Kreise des deutschen Volkes heute auf diejenigen hören, die auf Grund alter Vertrauensbeziehungen in vielfacher Fühlung mit dem Auslande stehen und daher in der Lage sind, politische Aktionen und politische Worte in ihrer wahren Wirkung auf die Psyche der fremden Völker zutreffender zu beurteilen, als es in Amtsstuben der offiziellen Politiker und in den vom Ausland abgeschnittenen Redaktionsstuben möglich ist. Wie aber können heute solche Informationen das Ohr des deutschen Volkes anders erreichen, als durch das Medium der neutralen Presse? Wäre es etwa patriotisch, aus Furcht vor denen, die zufällig noch die Macht haben, zu allen Irrtümern und Unterlassungen zu schweigen, entstehe daraus, was da wolle? Soll eine wichtige, ja vielleicht rettende Wahrheit in so kritischer Zeit dem eigenen Volke unterschlagen werden, nur aus Furcht, das Ausland höre dabei zu und könne dadurch in seiner eigenen Kritik bestärkt werden? Könnte es aber nicht auch einmal sein, daß in einem bestimmten Punkte die Kritik

des Auslandes berechtigt ist? Soll die betreffende Wahrheit dann dem eigenen Volke vorenthalten werden, nur damit dem Auslande um keinen Preis irgendwo Recht gegeben werde? Oder ist angesichts von Entscheidungen von so ungeheurer Tragweite das furchtlose Suchen nach der vollen Wahrheit und deren offene Aussprache nicht wichtiger, als alle andern Rücksichten?

Man hat sich darüber beschwert, daß in den Artikeln des Prinzen Hohenlohe die extremen Forderungen der Entente-Note nicht genügend getadelt worden seien. Waren aber nicht gerade diejenigen Punkte der Entente-Note, die den größten Anstoß erregt haben, eine Konzession an das zaristische Rußland und sind dieselben nicht von dem neuen Rußland unzweideutig preisgegeben worden? Auch haben sich doch erst kürzlich die Führer der westlichen Entente-Staaten schon mit großer Annäherung an das russische Programm ausgesprochen. Was noch von dem alten Programm übrig geblieben ist, das steht wenigstens nicht im Gegensatz zu dem demokratischen Grundgedanken jener Mächtegruppe: daß im Interesse des dauernden Friedens keine Bevölkerung gegen ihren Willen zum Verbleiben in einem bestimmten Staatsganzen zurückgehalten werden solle. Der Mangel der deutschen Politik, der ihr leider viel Prestige geraubt hat, liegt in dem Mangel an einem großen Programm, das sich mit der Zukunft Europas beschäftigt: man redet und schreibt viel zu einseitig nur vom deutschen Frieden und von der künftigen Entwicklung des deutschen Volkes. Gerade das Volk der Dichter und Denker aber dürfte in bezug auf die geistig-sittliche Vertiefung der Kriegsziele nicht so von der Hand in den Mund leben. Denn es heißt: „Wem viel gegeben ist, von dem wird viel gefordert werden!" Ist es etwa angenehm, als Deutscher folgendes Urteil des sehr gemäßigten und recht weite Kreise des gebildeten England vertretenden „Manchester Guardian" (16. Mai 1917) lesen zu müssen?: „Die deutsche Regierung läßt sich in ihrer Stellung zum Friedensproblem von keinerlei Prinzipien leiten. Sie wartet ab, was zur See oder zu Lande passiert, ehe sie sich entscheidet. Dies ist nicht Staatsmannskunst, sondern Negation aller politischen Führerkraft; denn für einen rechten Staatsmann darf es nicht das Kriegsglück sein, von dem die Politik abhängig gemacht wird, sondern die Politik muß Charakter und Ausdehnung des Krieges bestimmen. Die deutsche Regierung versteht nicht, daß ihr Opportunismus die allgemeine Überzeugung vertieft, daß sie der Feind des Friedens und der Zivilisation ist." Für die Beantwortung der Frage, wie die deutsche Politik auf das Ausland wirkt, dürften diese Sätze eines notorisch nicht übelwollenden Blattes wohl sehr instruktiv sein . . .

Man sagt: Jene Annexionisten sind nur ein kleines Häuflein. Wo ist der Beweis dafür? Diese Leute haben eine sehr große und einflußreiche Presse für sich. Selbst wenn sie eine Minorität wären — wer kann behaupten, daß es nicht die letzten Endes maßgebende Minorität ist? Und das Schlimme ist: ihre Annexionsforderungen lassen sich auf gar kein Prinzip zurückführen, das irgendwie mit einem neuen Europa in Beziehung stände, sie berufen sich nicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, sondern sie stellen ihre Forderungen nur als strategische Notwendigkeiten auf, sie fordern deutsche Sicherungen, ohne Rücksicht auf den Zustand Europas, der dadurch geschaffen wird — damit aber erklären sie sich für die Fortdauer des bisherigen bewaffneten Friedens, d. h. für die Kriegsdrohung in Permanenz, und der Friede, den sie vorschlagen, kann in Wirklichkeit nichts als ein Waffenstillstand sein — diese Art von Friedensschluß aber ist es, die die ganze, heute gegen Deutschland stehende Welt mit

verzweifelter Entschlossenheit verwirft. Darum nützt der deutschen Regierung keine allgemeine Zustimmung zu einer internationalen Friedensordnung, kein allgemeines Friedensangebot, kein noch so gewichtiger Trumpf, so lange sie nicht in der Lage ist, die Annexionisten als eine nicht mehr in Betracht kommende Gruppe von sich abzuschütteln und damit der übrigen Kulturwelt drastisch zu zeigen, wer eigentlich in Deutschland wirklich regiert. Und wenn Deutschland der Entente zuruft: „Ihr allein seid es ja doch, die den Frieden nicht wollen, die immer wieder unsere Angebote ablehnen", so wird die Entente zurückrufen: „Sehr richtig, denn ein Friede, den wir mit den Gruppen und Anschauungen abschließen würden, die jetzt bei euch in Macht stehen, der wäre gar kein Friede, hätte gar keine Basis, denn euer Annexionismus ist ja noch ganz und gar Kriegsgeist — wir haben darum kein Vertrauen zu euch, so lange ihr nicht diesen Leuten gründlich den Meister gezeigt habt!" In diesem Sinne sind auch die Worte zu verstehen, die vor einigen Wochen der keineswegs pazifistische „New-Statesman" schrieb: „Eine deutsche Friedenstaube, die von einem demokratisierten Deutschland ausgeschickt würde, könnte auf angemessenen Empfang bei den Alliierten rechnen." Es ist immer das gleiche: Man mißtraut den jetzt noch die Macht habenden Klassen Deutschlands von Grund aus, man glaubt ihnen gern, daß sie Frieden schließen wollen, man will aber ihren Frieden nicht, weil sie der Welt keine moralischen Garantien für eine neue internationale Gesinnung geben, sondern immer nur nach Garantien für sich selber rufen. Es ist also von Grund aus richtig und entspricht einer gründlichen Vertrautheit mit der ausländischen Psyche, wenn Prinz Hohenlohe behauptet, daß eine radikale Absage an jene Kreise das Gebot der Stunde ist, und daß auf Deutschland die Verantwortung für die Fortdauer des Krieges falle, wenn die vernünftigdenkenden Kreise des deutschen Volkes die öffentliche Meinung ihres Landes nicht so zu erobern vermögen, daß das Ausland endlich volles Vertrauen fassen kann.

Möge die Mahnung des Prinzen Hohenlohe ihren Weg aus echtem deutschen Herzen zum deutschen Volke finden und gewisse Kreise von dem geistigen Starrkrampf befreien, der sie immer nur die äußeren Machtmittel und Garantien umklammern läßt, als ob darin der Lohn der Opfer und die Bürgschaft der Zukunft läge — während doch der moralische Gewinn, d. h. eben eine höhere Stufe der Völkergemeinschaft allein imstande ist, solche Opfer zu verklären und zu entsühnen: Ohne diesen moralischen Gewinn gibt es auch keinen ruhigen Horizont für den weltwirtschaftlichen Wiederaufbau und keinen Schutz für die nationale Entfaltung, sondern nichts als neue gegenseitige Verschwörung und Verhetzung und damit auch die furchtbarste Lähmung aller sittlichen Kräfte im innern Volksleben. Noch ist es Zeit, das zu erkennen und danach zu handeln! Möchte das deutsche Volk nur bald begreifen, daß die größten Feinde eines wirklich dauerhaften Friedens in seiner eigenen Mitte sitzen!

(Neue Zürcher Zeitung Nr. 985 und 994 vom 1. und 2. Juni 1917.)

Druck: Münchner Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn